



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 10 / 1976
1,50 DM



Ein Jahr Volksrepublik Angola

Inhalt

AIB-Aktuell

Ausweg aus der Libanonkrise? S. 3

Libanon

Interview mit Abdullah Hourani
Die PLO drängt auf eine politische Lösung S. 4 – 6

Deklaration der Libanonkonferenz S. 6 – 7

Vietnam

Abschlußerklärung der 1. National-
versammlung der SR Vietnam S. 8 – 10

Angola

Jürgen Ostrowsky
Ein Jahr Volksrepublik Angola S. 11 – 18

Konventionsentwurf der VR Angola
zur Bekämpfung des Söldnertums S. 16 – 17

Fidel Castro
Und sie haben sich geirrt! S. 19 – 20

Rede vom Innenminister Nito Alves
Poder Popular heißt Volksmacht S. 21 – 26

Gesetz Nr. 1/1976 über die Volksmacht S. 23

Zimbabwe

Interview mit Isaac Nyathi
Durchschaubare Ziele des Rhodesien-
plans Kissingers S. 27 – 32

Erklärung der 5 afrikanischen
Präsidenten S. 30

Chile

Hugo Fazio
Mythos von der Stabilisierung der
chilenischen Wirtschaft S. 32 – 34

Kurzinformation

UNO-Seerechtskonferenz, Iran S. 35

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,
4600 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg,
Wolfgang Gehrcke, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski,
Herbert Lederer, Steffen Lehndorff, Rolf R. Priemer,
Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus,
Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabriele Bröner,
Wolfram Bröner (presserechtlich verantwortlich)
Jürgen Ostrowsky, Wolfgang Ritter.

Anschrift der Redaktion: 3550 Marburg/L.,
Liebigstr. 46, Tel. 06421 / 24672.
Postscheckkonto 312093-607 PschA Frankfurt/M.,
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
4600 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung
von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Mitgliedern des Redaktions-
kollektivs arbeiteten mit:

W. Becker, B. Brinkmann, L. Brütt, R. Falk, D. Fendt,
H. Finkenbrink, M. Hellmann, E. Jettka, E. Larkey,
P. Maaskola, M. Passolt, G. Ritter

Redaktionsschluß dieser Nummer: 18. Oktober 1976

Beilagen und Anzeigen:

- Anzeige Konkret
- Anzeige und Beilage der Tat
- Eigenanzeige „Neue Abonnenten für's AIB werben!“

anti die
faschi
stisch
anti
tat
antifaschistische wochenzeitung

Kostenlose
Probexemplare
anfordern

milita
ristisch

Röderberg-Verlag, Postfach 4129, 6000 Frankfurt/M. 1

Bitte benutzen Sie beiliegende Bestellpostkarte!

AIB - Aktuell: Ausweg aus der Libanonkrise?

Was immer die zur Stunde andauernden syrisch-libanesisch-palästinensischen Gespräche in Schtaura oder andere Verhandlungsrunden wie die Sonderkonferenz der Arabischen Liga in Kairo bringen mögen, über eines war man sich in beiden Lagern des Libanonkonflikts gleichermaßen im klaren: Die endgültige Ablösung des alten Staatspräsidenten S. Frangieh durch den relativ „gemäßigten“ Christen E. Sarkis am 23. September d. J. würde trotz der verheerenden Ausuferung der Kriegsgeschehnisse die Möglichkeiten für eine politische Lösung im Libanon spürbar erhöhen.

„Zuerst der Libanon, dann der ganze Nahe Osten“

In den Augen des Führers der libanesischen Linken, K. Djumblatt, repräsentiert Präsident Sarkis „die Möglichkeit der Wiederherstellung der Einheit des Landes und des libanesisch-palästinensischen Zusammenlebens“ (Le Monde, Paris, 28. 9. 1976). Und der Vorsitzende der PLO, Y. Arafat, hatte demonstrativ am 23. September den Befehl an die palästinensischen bewaffneten Verbände ausgegeben, an allen libanesischen Fronten einseitig das Feuer einzustellen. In der gleichen Erklärung sicherte Arafat dem neuen Staatspräsidenten zu, die PLO werde sich zur prinzipiellen Unterstützung seiner Friedensbemühungen bereitfinden, was die gleichzeitig anlaufenden Gespräche der PLO mit Sarkis und der syrischen Generalität unterstrichen.

Mitten hinein in diese politischen Normalisierungsbemühungen platzte am 28. September die syrisch-rechts-libanesisch Militäroffensive in der Bergregion östlich Beiruts. Vorgetragen mit massiver Panzer-, Artillerie- und Luftwaffenunterstützung endete sie vorläufig Anfang Oktober mit empfindlichen Verlusten und Positionseinbußen der progressiven Kräfte.

Die Führer der Rechstallanz bekräftigten ihre unnachgiebige Position, „den Krieg auf das traditionell muslimische Gebiet ausdehnen (zu) wollen, wenn die Palästinenser nicht ihre schweren Waffen abliefern und in ihre Lager zurückkehren“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. 10. 1976). Für die libanesischen Reaktion wie ihre imperialistisch-zionistischen Alliierten bleibt das Festhalten an einer militärischen „Endlösung“ und der Zerschlagung des palästinensischen Widerstandes oberstes Ziel (vgl. dazu AIB, Nr. 9/1976).

Syriens Präsident Assad, dessen Föderationsvorhaben Libanon-Syrien-Jordanien sich weiter in der Schwebe befindet, beharrt auf der faktischen Aufgabe einer eigenständigen militärischen Präsenz der PLO im Libanon wie auf seiner Forderung nach Rücktritt der gewählten PLO-Führung. Die rechten Führungskreise in Damaskus erstreben nach wie vor die Etablierung ihrer politisch-militärischen Kontrolle über die PLO und den Libanon. Sie tun dies mit realer Duldung der arabischen Staatenwelt, ausgenommen der Irak, Libyen, Süd-jemen und Algerien.

Angesichts dieser bedrohlichen Lage für die palästinensisch-progressiven Kräfte im Libanon ist dem von der Helsinki-Konferenz des Weltfriedensrates am 27./28. September d. J. gewiesenen Ausweg und Solidaritätsgebot erhöhte Bedeutung zuzumessen. Einberufen durch eine Sondertagung des Büros des WFR-Präsidiums vom 5./6. September in Paris und unter Vorsitz des WFR-Generalsekretärs R. Chandra, nahmen Delegationen aus 55 Ländern und von 14 internationalen Organisationen an dieser „Internationalen Konferenz über die Verschwörung gegen das palästinensische Volk“ teil. In den – unter Enthaltung Rumäniens und Abwesenheit der syrischen Vertretung – verabschiedeten Dokumenten, einer Deklaration und einem Aktionsprogramm, werden die auf

der Pariser Tagung im wesentlichen bereits vorformulierten politischen Forderungen und Solidaritätsorientierungen konkretisiert und um eine nähere Charakterisierung der Libanonkrise (siehe den Wortlaut der Deklaration in diesem Heft) ergänzt.

Die Helsinki-Konferenz unterstrich die über die Grenzen des Landes und das Schicksal des libanesischen und palästinensischen Volkes hinausreichende Bedeutung der Ereignisse im Libanon. Sie markieren, wie u. a. der linkslibanesisch Hauptredner Farouk Massarany betonte, „einen kritischen Abschnitt der gesamten nationalen arabischen Befreiungsbewegung und stellen die positiven oder negativen Weichen für die Zukunft der antiimperialistischen Bewegung in dieser Region“. Die in der Deklaration auf die Kissinger-Taktik der „Teillösungen“ und der „Arabisierung“ zurückgeführte Libanonverschwörung brachte R. Chandra auf den Nenner „Zuerst der Libanon, dann der ganze Nahe Osten“ – eine Gefahr, die gebieterisch eine Wiederherstellung der antiimperialistischen arabischen Einheit und einer gerechten politischen Lösung im Libanon wie im Nahost-Konflikt erfordere. Eine entschiedene Kritik der syrischen Libanonpolitik wird in der Deklaration mit der Forderung nach unverzüglichem Truppenabzug verbunden.

Überdies verurteilte die Konferenz in dringenden Botschaften an die Arabische Liga und an Staatspräsident Sarkis die neuerliche Militäroffensive Syriens und der libanesischen Rechtsallianz und rief die Adressaten zu energischem Eingreifen auf, um ein neues Blutbad im Libanon zu verhindern.

Zugleich formulierte sie – „ermutigt von dem Anwachsen der Solidaritätsaktivitäten“ seit Anfang September d. J. – als ihr Grundanliegen die Formierung einer breitestmöglichen, auf humanitäre Hilfe abhebenden Solidaritätskampagne.

Ein „Friedensschiff“ für den Libanon

Wie der Hauptredner der PLO, A. Hourani, unterstrich, kommt dieser materiellen Unterstützung über die Hilfsgüter der sozialistischen Länder hinaus gerade auch in Westeuropa derzeit eine große Rolle zu, da sich die Menschen in den progressiv kontrollierten Gebieten akuten Problemen des Versorgungsmangels an Nahrungsmitteln, Wasser und medizinischen Gütern gegenübersehen (siehe AIB-Interview mit A. Hourani in diesem Heft). Von daher ergibt sich auch die Orientierung des Aktionsprogramms von Helsinki zur Initiierung konkreter Solidaritätsaktivitäten:

„Die Konferenz mißt der Sammlung von medizinischen Gütern, Nahrungsmitteln, Kleidung, Decken u. a. vom libanesischen und palästinensischen Volk unbedingt benötigten Dingen großen Wert bei. Diese Sammlung ist besonders dringend für die erfolgreiche Ausstattung eines Friedensschiffes gedacht, dessen Entsendung nach dem Libanon vom Weltfriedensrat vorgeschlagen wurde. Die Konferenz ruft eindringlich zur Sammlung von Geldspenden für den Internationalen Solidaritätsfonds auf, den der Weltfriedensrat zur Leistung humanitärer Hilfe eingerichtet hat.“

Wie Peter Wahl als Vertreter des Antiimperialistischen Solidaritätskomitees (ASK) in Helsinki erklärte, will das ASK im Rahmen dieser Initiative zur humanitären Hilfe seinen Beitrag auf bundesrepublikanischem Boden leisten. Das ASK ruft die demokratische Öffentlichkeit unseres Landes zu Geldspenden und Solidaritätsaktionen für das palästinensische und libanesisch Volk auf.

**Sonderkonto Prof. Erich Wulff
PSCHA Frankfurt/M., Kto-Nr. 527055-602
Kennwort: Palästina-Solidarität**

Interview mit Abdullah Hourani

Die PLO drängt auf eine politische Lösung

Im Rahmen der Internationalen Solidaritätskonferenz mit dem palästinensischen und libanesischen Volk am 27./28. September 1976 in Helsinki gewährte Abdullah Hourani als Leiter der PLO-Delegation unserer Redaktion dieses Interview zu aktuellen Fragen der Libanonkrise und des palästinensischen Widerstandes. Abdullah Hourani ist amtierender Generaldirektor des Informationsministeriums der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und Generalsekretär des Palästinensischen Komitees für Frieden und Afroasiatische Solidarität.

AIB: Nach Tel al Zaatar sehen sich die progressiven Kräfte im Libanon offenbar in eine ernste militärpolitische Lage gedrängt und die libanesische Rechtsallianz propagiert offen die Eliminierung der Palästinenser. Nun hörten wir am heutigen 28. September 1976 von einer neuen syrisch-libanesischen Großoffensive gegen ihre Stellungen. Wie beurteilen Sie die aktuelle Situation?

A. HOURANI: Es ist wahr, die libanesischen reaktionären Kräfte haben uns und die progressiven Kräfte im Libanon im Rahmen einer gemeinsamen militärischen Planung mit Israel und mithilfe des direkten israelischen Interventionismus – ich verweise auf die jüngst enthüllten Geheimvereinbarungen zwischen Camille Chamoun und Israels Verteidigungsminister Peres (siehe AIB, Nr. 9/1976, d. Red.) – in den letzten Monaten in eine Verteidigungsposition gedrängt. Das oberste Ziel dieses von imperialistischen Kräften und der arabischen Reaktion unterstützten Komplotts ist die Zerschlagung der PLO.

Leider mußten wir erleben, daß Syrien seit dem Frühjahr 1976 auf Seiten der Rechtskräfte im Libanon intervenierte. Diese Intervention hat die Situation immer mehr kompliziert und die Rechtskräfte erst in die Lage versetzt, die PLO und die progressiven Kräfte auf libanesischem Boden immer mehr einzukreisen. So gerieten wir in eine sehr komplizierte Verteidigungssituation und mußten ernste Verluste hinnehmen.

Ein neues Blutbad vermeiden

Heute haben syrische Truppen in Koordination mit rechten Milizen mit einer neuen militärischen Großoffensive gegen unsere Stellungen östlich von Beirut begonnen.

Yasser Arafat hat in einer dringenden Botschaft an die arabischen Staatsoberhäupter mitgeteilt, daß sie mit massiver Panzer-, Luftwaffen- und Artillerieunterstützung vorrücken und daß in einer Frontlänge von 10 bis 20 km erbittert gekämpft wird. Unser PLO-Vorsitzender hat zu einem unverzüglichen gesamtarabischen Eingreifen aufgefordert, um „ein neues an meinem Volk verübtes Blutbad“ zu verhindern.

AIB: Wie gestaltet sich angesichts dieser akuten militärischen Bedrohung und der israelisch-syrischen See- und Landblockade in den progressiv kontrollierten Gebieten gegenwärtig die Versorgungslage?

A. HOURANI: Sehen Sie, wir stehen nun seit mehr als 18 Monaten im Kampf, was zu einer Knappheit an Lebensmitteln, Medizin, Kleidung und sogar Wasser führte. Die palästinensischen und nationalen libanesischen Kräfte gerie-

ten also nicht nur wegen der militärischen Attacken, sondern zudem wegen des Mangels an Lebensmitteln etc., in eine sehr komplizierte Lage. Hunderte von Menschen, besonders in Tel al Zaatar, sind wegen des Mangels an Lebensmitteln und wegen Durstes gestorben. Sie haben nichts zu Essen gefunden, sie haben kein Wasser gefunden und diejenigen, die in Tel al Zaatar zu entkommen versuchten, wurden aufs grausamste von den Falangisten und Ultrarechten ermordet.

Auch die westdeutsche Öffentlichkeit muß wissen, daß es hier nicht um eine Sache der politischen Unterstützung der Palästinenser geht, sondern um eine Sache der humanitären Unterstützung, der humanitären Solidarität mit den an Hunger und Durst Sterbenden.

Lebensnotwendige Hilfe gegen die Versorgungsblockade

In diesem Fall sind wir jedem Volk dankbar für jegliche Unterstützung, auf jede erdenkliche Weise. Wir brauchen dort alles: Medizin, Kleidung, Lebensmittel, denn die Grenze ist zu Lande und zur See abgeriegelt. Die syrische Grenze ist geschlossen und die See ist auf der einen Seite von der israelischen Kriegsflotte, auf der anderen Seite von den Falangisten eingekreist.

AIB: Gibt es die Möglichkeit des Zugangs auf dem Luftweg?

A. HOURANI: Nein, sogar der Luftzugang ist uns versperrt. Allerdings können wir auf dem Seeweg Fracht, d. h. einige Schiffe von Zypern aus nach Saida oder Tyr, also nach Häfen im Süden Libanons, schicken. Ich möchte hervorheben, daß die Sowjetunion durch ernste Warnungen bzw. Druckausübung auf Israel und die USA, die Israelis dazu zu zwingen vermochte, die an die fortschrittliche Bewegung adressierten Schiffe nicht zu durchsuchen. Auf diese Warnung hin hat Israel seine Kontrolle gelockert bzw. seine Seepiratenakte reduziert und wenn jetzt Fracht gesandt wird, kann sie ankommen.



Palästinensische Opfer der rechten Militäroffensive

AIB: Ende Juli d. J. gab es doch eine Vereinbarung zwischen Syrien und der PLO. Was ist eigentlich daraus geworden? Und hat die PLO nicht mit dem Amtsantritt von Elias Sarkis neue Initiativen zu politischen Verhandlungen mit Damaskus wie den Ultrarechten unternommen?

A. HOURANI: Nichts wurde durch diesen Vertrag mit Syrien Ende Juli 1976 erreicht, da einerseits Syrien im Widerspruch dazu seine militärische Intervention beibehielt und da andererseits die Falangisten, ermutigt durch die syrische Hilfestellung, ihre Angriffe gegen die Palästinenser fortsetzten.

Friedensschwur Arafats an Sarkis

Als Sarkis am 23. September d. J. Präsident wurde, haben wir unsere Unterstützung für ihn erklärt. Genosse Arafat selbst sandte ihm eine Botschaft, in der er ihm vorab geschworen hat, daß ihn die Palästinenser unterstützen würden, daß die PLO seine Arbeit erleichtern wolle und daß die PLO auch dann das Feuer einstellen werden, wenn die Falangisten dies nicht gleichzeitig tun würden. Wir haben in der Tat am 23. September eine einseitige Waffenruhe durchgeführt, um die Lage zu entschärfen. Wie ich hörte, sollte vorgestern ein Treffen zwischen Arafat und Sarkis stattfinden, aber die Rechtskräfte haben es verstanden, durch Feuerüberfälle dieses Treffen zu verhindern, um die Lage zu komplizieren und die Schlacht im Libanon fortzusetzen.

Was uns betrifft, so sind wir jederzeit bereit, die Kampfhandlungen einzustellen und Präsident Sarkis zum Erfolg, d. h. zu einer politischen Lösung, zu verhelfen. Wir sind zu jeglicher Übereinkunft bereit und wir versichern, daß wir unser Versprechen, uns nicht in die inneren Angelegenheiten des Libanon einzumischen, einlösen werden.

AIB: Westliche Korrespondenten berichteten wiederholt über syrische Vorbedingungen an die Adresse der PLO, verhandelt würde erst dann, wenn Yasser Arafat bzw. die gegenwärtige PLO-Führung abgelöst sei. Was ist davon zu halten?

A. HOURANI: Was diese Forderung angeht, so wurde sie von Präsident Assad selbst nicht mit aller Klarheit geäußert. Aber aus einigen syrischen Quellen wurde bekannt, daß man der Ansicht sei, die Führung der PLO müsse ausgetauscht werden, um eine neue PLO-Führung zu etablieren, die für die Syrer akzeptabel wäre. Aus unserer Sicht zielt diese syrische Politik darauf ab, die PLO unter eigene Kontrolle zu stellen, die Unabhängigkeit der PLO zu liquidieren.

Über die PLO-Führung bestimmen die Palästinenser alleine

Aber Arafat wurde nicht von den Syrern oder irgendeinem anderen arabischen Land gewählt, sondern vom palästinensischen Volk. Und die Palästinenser allein haben zu entscheiden, ob sie Arafat austauschen wollen oder nicht; niemand sonst. Und ich glaube, daß das syrische Verlangen, Arafats Ansehen bei den Palästinensern nur noch mehr stärken wird.

AIB: Sie haben in ihrem Konferenzbeitrag von der engen Verbindung des Libanonkonflikts mit dem Nahostproblem gesprochen. Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang die Lage in den von Israel okkupierten Gebieten, speziell die Perspektive der Massenbewegungen am Westufer und eines Palästinenserstaates?

A. HOURANI: Wenn ich sage, daß der Nahostkonflikt mit der Libanonkrise verknüpft ist, so deshalb, weil der Ursprung der Libanonverschwörung in der fortdauernden Besetzung arabischer Territorien, in der andauernden Verweigerung der Rechte der Palästinenser durch Israel liegt, ihres Rechtes auf Rückkehr in ihre Heimat und auf die Errichtung ihres eigenen unabhängigen Staates. Bekanntlich hat sich Israel bisher strikt geweigert, die PLO und die Rechte der Palästi-

nenser anzuerkennen, obgleich sie von der Weltöffentlichkeit und der Mehrzahl der Staaten unterstützt und anerkannt wird.

Die PLO kämpft unbeirrt für einen eigenen Palästinenserstaat

Da der Kampf der Palästinenser ungebrochen weitergeht, tut Israel alles, um die PLO zu vernichten, um damit die Forderung des palästinensischen Volkes nach Befreiung seiner Heimat und nach Errichtung seines unabhängigen Staates zunichte zu machen.

Wir glauben, daß es eine wichtige Verbindung zwischen der Krise im Libanon und dem gesamten Nahostproblem gibt. Die weiter anwachsende weltweite Anerkennung der palästinensischen Bewegung wird von Israel und den USA nicht hingenommen. Also versuchen sie die PLO zu liquidieren, also organisieren sie Verschwörungen gegen sie im Libanon, ja sogar am Westufer, wo die Mehrheit der Palästinenser lebt.

Israel hat versucht, eine neue Gruppierung von Strohmannern am Westufer zu schaffen, um sie als vermeintliche Repräsentanten der Palästinenser, alternativ zu PLO, auszugeben. Aber unsere Bevölkerung hat diese Pläne durchkreuzt. Sie hat mit Erhebungen, mit Streiks gegen diese israelische Politik begonnen. Und sie hat bei den letzten Wahlen am Westufer bewiesen, daß sie hinter der PLO steht. Fast 90 % derer, die bei der letzten Wahl siegten, fühlen sich der PLO zugehörig. Sie haben nach der Wahl überall erklärt: Wir stehen hinter der PLO und die PLO allein repräsentiert das palästinensische Volk.

Die Libanonverschwörung könnte abgewehrt werden

Ich glaube, daß die Verschwörungen gegen die PLO, sowohl im Libanon als auch anderswo, weitergehen werden, solange es keine Gesamtlösung des Nahostproblems gibt. Jetzt aber konzentrieren sie sich im Libanon, weil es dort örtliche reaktionäre Kräfte gibt, die diese Verschwörung mittragen können. Und ich glaube, daß es etwas gibt, das diese Verschwörung im Libanon sehr begünstigt hat, nämlich die Lage der gesamten arabischen Befreiungsbewegung, die zur Zeit eine Rückentwicklung durchlebt. Nach dem Erfolg der US-Politik in Ägypten und Saudi Arabien versuchen sie es jetzt mit Syrien. Also nutzt diese nicht durch einen Aufschwung, sondern durch einen Niedergang gekennzeichnete Situation der arabischen Befreiungsbewegung der Verschwörung im Libanon. Ich bin der Ansicht: Würde sich die arabische Befreiungsbewegung gegen die amerikanische Politik in der ganzen Region erheben, so könnte die Verschwörung inner- und außerhalb des Libanon abgewehrt werden.

AIB: Vor einigen Tagen ging ein Vorschlag des israelischen Außenministers Allon durch die Presse, man wolle gerne einige besetzte Gebiete räumen, um einen jordanisch-palästinensischen Staat zu bilden. Sehen Sie hierin eine Verbindung zu dem syrischen Projekt einer Konföderation Jordan-Syrien-Libanon?

A. HOURANI: Wir haben mehrmals erklärt, daß wir gegen solche Pläne sind. Wir wollen unsere besetzten Gebiete zurückerlangen. Wir wollen unseren eigenen unabhängigen Staat errichten. Es ist einzig und allein die Sache des palästinensischen Volkes, der PLO, zu entscheiden, ob sie sich mit Jordanien oder Syrien vereinigen wollen oder nicht. Weder Allon noch sonst jemand kann das entscheiden.

AIB: Die PLO hat verschiedentlich aber ohne bleibenden Erfolg versucht, die politische Situation im Libanon wie auch die Beziehungen zwischen den Palästinensern und Syrien zu normalisieren. Gibt es mit der Amtseinführung des Präsiden-

ten Sarkis hoffnungsvollere Perspektiven?

A. HOURANI: Ich meine, daß die PLO ihre Politik im Libanon konsequent beibehalten hat. Sie hat von Anfang an erklärt, daß sie sich nicht an den inneren Angelegenheiten Libanons einmischen werde. Und wir führen diese Politik unter dem neuen Präsidenten Sarkis fort.

Während dieser 18 Monate haben wir immer auf eine politische Lösung gedrängt. Wir haben nicht eine Gelegenheit ausgelassen, zu einer Verständigung zu kommen, selbst mit den Falangisten. Wir haben mehr als einmal versucht, mit ihnen Kontakt aufzunehmen. Wir haben versucht, eine Waffenstillstandsvereinbarung herbeizuführen und die Rechtskräfte er sucht, die Sache friedlich mit den fortschrittlichen Kräften im Libanon zu diskutieren. Aber sie lehnten stets ab.

Syriens Intervention schwächt die PLO und Syrien selbst

Wir haben wiederholt versucht, mit Syrien in Kontakt zu kommen und ihnen zu erklären, daß ihre militärische Intervention den Konflikt nur komplizieren würde und daß es für die Entschärfung der politischen Konfrontation am besten wäre, wenn sie ihre Armee zurückzögen. Wir haben der syrischen Führung gesagt, daß ihre Intervention im Libanon auch ihre Anstrengungen gegen die israelische Aggression, die die hauptsächlich Bedrohung ist, schwächen werde. Ihre Intervention werde den palästinensischen Widerstand schwächen – und eben dies sei das Ziel der israelischen Aggressoren, der imperialistischen Kräfte. Von daher müßten wir, die Palästi-

nenser und Syrer, uns zusammenschließen, um den israelischen Okkupanten Hand in Hand entgegenzutreten, anstatt uns zu bekriegen.

Leider haben unsere syrischen Brüder nicht auf diesen Rat gehört.

Aber wir haben dessen ungeachtet unsere Kontakte zu unseren syrischen und libanesischen Freunden nicht ruhen lassen. Wir haben mehr als einen Vertrag mit den Syrern und selbst den Libanesen – ich meine die Falangisten – über eine Feueereinstellung unterzeichnet. Aber sie haben diese Abkommen nicht respektiert und ihre Politik fortgesetzt.

Anliegen an die bundesdeutsche Öffentlichkeit

AIB: Was erwartet die PLO von der Bonner Regierung, die jetzt in den UN-Sicherheitsrat aufgenommen werden soll?

A. HOURANI: Wir können von der westdeutschen Regierung nichts erwarten, wohl aber können wir die westdeutsche Öffentlichkeit bitten, Verständnis für unsere Sache aufzubringen. Wir hoffen, daß sie in der Lage ist, die gerechte Sache der Palästinenser zu verstehen, besonders in seiner jetzigen schwierigen Lage im Libanon. Die westdeutsche Regierung zu beeinflussen, liegt in der Verantwortung der öffentlichen Meinung in der BRD. Und ich hoffe, daß die Menschen in Westdeutschland ihr bestes tun werden, die gerechte palästinensische Sache zu unterstützen; und zwar auf der Basis der UN-Resolutionen, die entschieden haben, daß die Palästinenser in ihre Heimat zurückkehren dürfen und ihre Unabhängigkeit in einem eigenen Staat ausüben müssen.

Deklaration der Libanonkonferenz von Helsinki

Die Internationale Konferenz über die Verschwörung gegen das libanesisches und palästinensische Volk, veranstaltet am 27. und 28. September 1976 vom Weltfriedensrat in Helsinki unter Teilnahme von Delegationen aus 55 Ländern und von 14 internationalen Organisationen, drückt die tiefe Besorgnis der Weltöffentlichkeit angesichts der fortgesetzten und ernsthaften Verschlechterung der Situation im Libanon aus. Eine Lösung dieser Tragödie im Libanon muß ohne Aufschub oder Zögern gefunden werden.

Das anhaltende Blutvergießen – das bereits den Tod von über 40.000 Menschen und die Verwundung und Verstümmelung von beinahe 50.000 weiteren mit sich brachte und zu unsagbarem Elend, Leid und materieller Zerstörung von nie gekanntem Ausmaß in der Geschichte des Landes geführt hat – ist nicht Resultat eines religiösen Konflikts, wie es imperialistisch-reaktionäre Kreise darzustellen suchen. Es ist das unmittelbare Resultat einer von imperialistischen Kreisen ausgeklügelten Verschwörung, hauptsächlich vom US-Imperialismus, den herrschenden Kreisen Israels und der arabischen Reaktion. Die Wurzeln der Verschwörung liegen in der anhaltenden israelischen Besetzung arabischer Territorien und der hartnäckigen Vorenthaltung der unveräußerlichen nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina. Diese Verschwörung richtet sich nicht alleine gegen das libanesisches und das palästinensische Volk, sondern gegen alle arabischen Völker und die arabische Befreiungsbewegung. Ihr Hauptziel besteht darin, verlorene imperialistische Positionen im Nahen Osten zurückzuerobern, die arabischen Völker von ihren engsten Verbündeten – den sozialistischen Ländern, insbesondere der Sowjetunion, und den fortschrittlichen Kräften



WFR-Generalsekretär Romesh Chandra führte den Vorsitz der Libanonkonferenz in Helsinki

der Welt – zu isolieren und der arabischen Welt amerikanische Pläne aufzubürden, die den Hauptfeinden der arabischen Völker, dem US-Imperialismus und den herrschenden Kreisen in Israel ebenso dienen wie der arabischen Reaktion.

Die Konferenz unterstreicht die schwere Verantwortung der libanesischen Rechtskräfte bei dem Heraufbeschwören der gegenwärtigen Krise. Durch ihren Widerstand gegen alle demokratischen Reformen, für die das libanesisches Volk

kämpfte, gelangten sie zu den nationalen Interessen Libanons entgegengesetzten Positionen und schufen auf diese Weise eine Situation, die in der gegenwärtigen Tragödie ihren Höhepunkt erreichte.

Die Internationale Konferenz stellt fest, daß sich die Ausuferung der Libanonkrise im Sog der sogenannten „Schritt für Schritt“-Politik vollzog, einer Politik der „Teillösungen“, wie sie von US-Staatssekretär Dr. Henry Kissinger verfolgt wird. Diese Politik stieß auf den starken Widerstand der arabischen Völker. Sie zielt auf die Untergrabung der arabischen Solidarität, auf die Spaltung der arabischen Völker, auf das Aufeinanderhetzen von Arabern gegen Araber, um so mit jedem arabischen Land einzeln fertig zu werden. Sie verneint auch die unveräußerlichen nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina und sucht eine neue Situation im Interesse des Imperialismus, Zionismus und der arabischen Reaktion in dieser Region zu schaffen.

Diese Internationale Konferenz stellt ferner fest, daß die Verschwörung des Imperialismus, Zionismus und der arabischen Reaktion, welche gerichtet ist auf die Vereitelung der ernsthaften internationalen Anstrengungen für eine gerechte und friedliche Lösung des Nahostkonflikts durch die Wiedereinberufung der Genfer Konferenz unter gleichberechtigter Beteiligung aller betroffenen Parteien, einschließlich der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), in letzter Zeit neue Dimensionen angenommen hat. Dies trifft im besonderen zu, seit die internationale Anerkennung der PLO ebenso anwuchs wie die Unterstützung für die unveräußerlichen nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, einschließlich seines Rechtes, in sein Heimatland zurückzukehren und einen eigenen souveränen Staat zu gründen; was sich in den verschiedenen Resolutionen der Vereinten Nationen, vor allem in der XXIX. und XXX. Sitzungsperiode der UNO-Vollversammlung manifestierte.

Diese Internationale Konferenz erachtet es für äußerst bedeutsam, daß die Situation im Libanon gerade zu einer Zeit eine scharfe Verschlechterung erfuhr, als sich der Kampf in den von Israel okkupierten Gebieten gegen die Besatzung und für die Erfüllung der UN-Resolutionen zur Nahostkrise und der nationalen Rechte des arabischen Volkes von Palästina intensiviert.

Die Libanonkrise, die sich seit mehr als anderthalb Jahren verschlechtert, wurde dazu genutzt, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit von dem Hauptproblem im Nahen Osten abzulenken: der Notwendigkeit, die UNO-Resolutionen zum Nahen Osten und zu den nationalen Rechten des palästinensischen Volkes zu erfüllen. Die Krise diente auch zur Ablenkung von den Grausamkeiten, die die israelische Besatzungsmacht beging und lenkte von dem heroischen Kampf des Volkes in den besetzten arabischen Territorien ab.

Insbesondere ist es in dieser Hinsicht bedeutsam, festzustellen, daß rechte faschistische Kräfte im Libanon, ermuntert von Imperialismus und arabischer Reaktion, fortdauernd alle Anstrengungen für eine friedliche Beilegung der Krise verhinderten. Sie haben mit Hilfe der Imperialisten, der herrschenden Kreise Israels und der arabischen Reaktion die Situation systematisch zugespitzt. Die US-Imperialisten und die israelischen Führer haben die libanesischen Rechten kontinuierlich mit Waffen versorgt und israelische Kriegsschiffe haben eine Seeblockade gegen die libanesischen Häfen verhängt, um selbst Lebensmittellieferungen für die fortschrittlichen Kräfte und den palästinensischen Widerstand zurückzuhalten. Israelische bewaffnete Kräfte unternahmen ferner Kriegshandlungen im Süden Libanons. Dies alles wird betrieben in engem Zusammenwirken mit rechten faschistischen Kräften, die den palästinensischen Widerstand und die fortschrittlichen libanesischen Kräfte zu liquidieren trachten, um den Libanon zu teilen und einen Teilstaat auf dem Territorium des Libanon zu errichten.

Die militärische Intervention syrischer Truppen im Libanon

hat die Situation weiter zugespitzt und kompliziert sowie die Zerstörung und das Blutvergießen weiter erhöht. Diese militärische Intervention auf Seiten der Rechtskräfte hat die Spannungen angeheizt, die Gefahren der Teilung des Landes erhöht und die Herbeiführung einer demokratischen politischen Lösung der Krise erschwert und der antiimperialistischen arabischen Solidarität einen weiteren Schlag versetzt. Deshalb ist die sofortige Einstellung der militärischen Intervention Syriens eine absolute Notwendigkeit. Die Internationale Konferenz über die Verschwörung gegen das libanesisches und palästinensische Volk hält es für unbedingt erforderlich, daß im Interesse der arabischen Befreiungsbewegung und des Kampfes des palästinensischen Volkes für seine nationalen Rechte und für eine gerechte und friedliche Lösung des Nahostproblems eine baldige und friedliche Beilegung der Libanonkrise erreicht wird.

Die Internationale Konferenz über die Verschwörung gegen das libanesisches und palästinensische Volk unterstützt mit Nachdruck die Forderungen der libanesischen fortschrittlichen und patriotischen Kräfte und der Palästinensischen Befreiungsorganisation für eine sofortige demokratische und friedliche Lösung der Libanonkrise auf der Grundlage folgender Forderungen:

- Feuereinstellung auf dem gesamten libanesischen Territorium.
- Einstellung der militärischen Aktionen und unverzüglicher Abzug der syrischen Truppen aus dem Libanon.
- Lösung der internen Probleme durch die Libanesen selbst, ohne jede fremde Einmischung, auf demokratischer Grundlage und mit friedlichen Mitteln unter voller Beteiligung der libanesischen patriotischen und fortschrittlichen Bewegung, der einzigen Vertreterin der patriotischen Kräfte des Landes.
- Einhaltung des Kairoer Abkommens, das 1969 zwischen den libanesischen Behörden und der PLO vereinbart wurde und das die Beziehungen zwischen dem Libanon und der PLO festlegt und unter allen Umständen das Recht der palästinensischen Revolution garantiert, für die Wiedererlangung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes zu kämpfen.

Die Teilnehmer der Konferenz betonen, daß eine baldige demokratische Lösung des Libanonproblems auf der Grundlage der Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität des Libanon erheblich zum Erreichen einer gerechten und friedlichen Lösung der Nahostkrise beitragen würde.

Die Internationale Konferenz appelliert an alle arabischen patriotischen Kräfte, sich angesichts der imperialistischen, zionistischen und reaktionären arabischen Verschwörung zu vereinigen, um die patriotische und fortschrittliche Bewegung im Libanon und die palästinensische Revolution unter Führung der PLO zu verteidigen. Sie ruft sie dazu auf, all ihre Hauptanstrengungen gemeinsam gegen ihre Hauptfeinde zu richten. Eine solche Einheit würde zum Sieg über die US-imperialistischen Verschwörungen nicht nur im Libanon, sondern im gesamten Nahen Osten beitragen.

Die Konferenz appelliert an alle vom Geist des Friedens erfüllten Menschen der Welt, ihre volle materielle und moralische Unterstützung für die gerechte Sache des libanesischen und palästinensischen Volkes einzusetzen. Eine solche Solidarität vermag dem palästinensischen und libanesischen Volk, den Opfern dieses Krieges, dringende Hilfe zu leisten, deren Umfang dem von diesen Völkern erduldeten Leiden angemessen sein sollte. Diese Solidarität gibt der Weltöffentlichkeit die Möglichkeit, den fortdauernden Verbrechen an dem libanesischen und palästinensischen Volk entgegenzutreten. Sie leistet einen Hauptbeitrag im Kampf für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten.

(Quelle: Hektrographiertes Konferenzmaterial, Helsinki, 28. 9. 1976)

Vom 24. Juni bis 5. Juli dieses Jahres tagte in Hanoi die 1. Nationalversammlung des wiedervereinigten Vietnam (siehe AIB 7-8/1976). Neben den Beschlüssen bezüglich der Repräsentation des Landes (Namensgebung, Hauptstadt, Hymne, Flagge usw.) und der Wahl der Regierungsorgane der neugegründeten Sozialistischen Republik Vietnam stand die Diskussion über die zukünftige Entwicklung des wiedervereinigten Vietnam im Mittelpunkt der Beratungen.

Der erste Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Werktätigen, Le Duan, hatte mit seinem politischen Bericht eine fundierte Grundlage für die Diskussion und Beschlußfassung gegeben. Le Duan betonte, daß die strategische Aufgabe der vietnamesischen Revolution in der neuen Etappe darin bestehe, die nationale Wiedervereinigung zu vollenden und das ganze Land rasch und stetig zum Sozialismus zu führen. Er kennzeichnete diesen Prozeß folgendermaßen: „Es ist ein Prozeß der Beibehaltung der Diktatur des Proletariats, der Entfaltung des kollektiven Mitbestimmungsrechtes der Werktätigen und der Durchführung von drei Revolutionen: Revolution der Produktionsverhältnisse, wissenschaftlich-technische Revolution und ideologisch-kulturelle Revolution, wobei die wissenschaftlich-technische Revolution den Kern darstellt.“

Mit der gleichzeitigen Durchführung dieser drei Revolutionen soll in den nächsten 15 bis 20 Jahren die materiell-technische Grundlage des Sozialismus in Vietnam geschaffen werden.

Die im vollen Wortlaut wiedergegebene Abschlusßerklärung der Nationalversammlung, die auf der Plenarsitzung am 3. Juli 1976 einstimmig verabschiedet wurde, billigt und begrüßt die von Le Duan vorgetragenen Analysen und Aufgabenstellungen. Gleichzeitig gibt die Abschlusßerklärung die Diskussionsergebnisse der Beratungen wieder und kann somit als umfassende Darstellung der politischen Maßnahmen und Ziele der Sozialistischen Republik Vietnam betrachtet werden. Die Verabschiedung dieser programmatischen Abschlusßerklärung durch die Nationalversammlung ist ein weiterer Schritt hin zur Erfüllung des Testaments von Ho Chi Minh: Der Schaffung eines wiedervereinigten, reichen und sozialistischen Vietnam!

Abschlusßerklärung der 1. Nationalversammlung der SR Vietnam

Gegenwärtig erlebt unser Vaterland Tage von historischer Bedeutung.

Unter der Leitung der von Präsident Ho Chi Minh gegründeten und aufgebauten Partei der Werktätigen erhob sich tapfer unser Volk, führte im Kampf geeint, die Revolution vom August 1945 zum Siege und gründete die Demokratische Republik Vietnam den ersten Staat der Arbeiter und Bauern in Südostasien.

Im Laufe der zurückliegenden mehr als dreißig Jahre hat unser Volk zwei imperialistische Staaten besiegt, seine Unabhängigkeit und Freiheit wiedergewonnen und dabei mit Erfolg in der einen Hälfte des Landes die ersten Fundamente für den Sozialismus gelegt. Der Sieg unseres Volkes im patriotischen Widerstandskampf gegen die amerikanische Aggression ist der ruhmreichste in der langen Geschichte seines Kampfes gegen die ausländischen Invasionen. Mit diesem Sieg wird eine neue Seite der Geschichte Vietnams aufgeschlagen. Von nun an wird unser Land ein für allemal unabhängig und geeint sein.

Das ganze Volk unter ein und demselben Dach

Das Ergebnis der allgemeinen Wahlen vom 25. April 1976 veranschaulicht den Willen und die Gefühle unseres ganzen Volkes. Es bestätigt die Wahrheit: „Vietnam ist ein Land, die vietnamesische Nation ist eine Nation.“

Die aus diesen Wahlen hervorgegangene Nationalversammlung setzt sich aus Vertretern der Arbeiter, der Bauern, der revolutionären Intellektuellen, der verschiedenen Nationalitäten und Religionen, demokratischer und patriotischer Persönlichkeiten zusammen. Sie gibt ein lebendiges Bild des ganzen, unter ein und demselben Dach versammelten vietnamesischen Landes. In der viertausendjährigen Geschichte der Nation ist dieser Kongreß der Repräsentanten des Volkes der umfassendste, den es jemals gegeben hat – dieser Kongreß, der die neue Epoche, in der das Land auf den Sozialismus zuschreitet, feierlich einleitet.



Die Nationalversammlung hat über den Namen des Landes, die Landeshauptstadt, die Staatsflagge, das Staatswappen und die Nationalhymne entschieden. Sie hat die Organe und Personen, die den Staat leiten sollen, und die Kommission, die die neue Verfassung ausarbeitet, gewählt.

Durch diese historische Sitzung der Nationalversammlung ist unser Land auf der staatlichen Ebene wiedervereinigt worden. Die Sozialistische Republik Vietnam ist ein das ganz Land umfassender Staat der Diktatur des Proletariats, der sich gründet auf das Bündnis der Arbeiter und Bauern und der von der Arbeiterklasse geführt wird.

Das Verdienst der Partei Ho Chi Minhs

Die Nationalversammlung gibt im Namen des ganzen vietnamesischen Volkes ihrem absoluten Vertrauen in die Partei der Werktätigen Ausdruck. Durchdrungen von dem unbesiegbaren revolutionären Gedankengut unserer Epoche, dem Marxismus-Leninismus, und die Intelligenz und das revolu-



tionäre Heldentum der Arbeiterklasse und des Volkes von Vietnam zusammenfassend, hat die Partei der Werktätigen die richtige Linie vorgezeichnet, die es der vietnamesischen Revolution erlaubt, voranzuschreiten. Fast ein halbes Jahrhundert hat die Partei den Kampf unseres Volkes für nationale Unabhängigkeit und Wiedervereinigung, für Volksdemokratie und Sozialismus organisiert und gelenkt und unser Volk von Sieg zu Sieg geführt. In der neuen Etappe wird die Führung der Partei stets der entscheidende Faktor für den vollständigen Sieg der sozialistischen Revolution und den Aufbau des Sozialismus sein.

In diesem glorreichen Augenblick wird die Nationalversammlung zum Sprecher des heiligen Gefühls der Vietnamesen im ganzen Land und erweist ihre tiefste Verehrung den unermeßlichen Diensten des Präsidenten Ho Chi Minh, des Nationalhelden, des verehrten Lehrmeisters der vietnamesischen Revolution, des Gründers der Partei der Avantgarde, der die Vereinigte Nationale Front und die Volksstreitkräfte aufgebaut hat, des Schöpfers der demokratisch-republikanischen Regierung in unserem Land, der sein ganzes Leben der nationalen Befreiung und Wiedervereinigung und dem Fortschreiten Vietnams auf dem Weg zum Sozialismus gewidmet hat.

Das große Werk des Präsidenten Ho Chi Minh wird ewig währen wie die Berge und Flüsse des Landes. Seine revolutionären Gedanken werden den Weg des Fortschritts unseres Volkes immer erhellen. Wir verpflichten uns, seinem Beispiel zu folgen, sein heiliges Testament vollständig zu verwirklichen.

Der Heroismus der Volksstreitkräfte

Die Nationalversammlung würdigt den glühenden Patriotismus, die Energie, die Unbezähmbarkeit und den schöpferischen Geist, die unser Volk beim Aufbau und der Verteidigung des Landes unter Beweis gestellt hat. Das vietnamesische Vaterland ist stolz auf seine Söhne, die, aus allen gesellschaftlichen Schichten stammend, hartnäckig für Unabhängigkeit, Freiheit und Sozialismus gekämpft, ohne Umschweife den Kampf geführt und den nationalen Aufbau begonnen haben. Damit schrieben sie in goldenen Lettern ruhmvolle Seiten der Geschichte Vietnams.

Die Nationalversammlung ehrt die Kader und Kämpfer der Volksstreitkräfte, die in all den Jahrzehnten mit unbezwingbarem Mut gekämpft, die grausamsten Feinde besiegt und hervorstechende Taten vollbracht haben, die die ruhmreichen Traditionen der heroischen Volksarmee Vietnams fortsetzen, einer Armee, „die treu zur Partei steht, voller Ehrfurcht gegenüber dem Volke ist, immer bereit ist zu kämpfen, sich für die Unabhängigkeit und die Freiheit des Vaterlandes, für die Sache des Sozialismus zu opfern und dafür jeden Auftrag erfüllt, jede Schwierigkeit überwindet und jeden Feind besiegt“. Im Namen des Volkes des ganzen Landes bringt die Nationalversammlung ihre tiefe Dankbarkeit gegenüber den heldenhaften Kämpfern zum Ausdruck, die „ihr Leben gegeben haben, damit das Vaterland überleben kann“. Unser Volk

verpflichtet sich, sich der heldenhaften Kämpfer würdig zu erweisen, die mutig gelebt haben und ehrenvoll gefallen sind und die so die nationalen Traditionen der Verteidigung der Unabhängigkeit unseres Vaterlandes schmücken.

Im Namen des vietnamesischen Volkes drückt die Nationalversammlung ihre herzlichsten Gefühle und unveränderliche kämpferische Solidarität den Brudervölkern von Laos und Kampuchea gegenüber aus, die mit uns zusammen gegen den gemeinsamen Feind gekämpft und große Siege errungen haben.

Hilfe zur Heilung der Kriegswunden

Im Namen des vietnamesischen Volkes bringt die Nationalversammlung ihre aufrichtige Dankbarkeit gegenüber der Sowjetunion, China und den anderen sozialistischen Brudervölkern zum Ausdruck, die uns in unserem patriotischen Kampf gegen die amerikanische Aggression von ganzem Herzen unterstützt und geholfen haben und die in ihrer Hilfe fortfahren und uns heute beim wirtschaftlichen Wiederaufbau, der Wiederherstellung des Landes unterstützen und uns helfen, die Wunden des Krieges zu heilen.

Die Nationalversammlung ist voller aufrichtiger Dankbarkeit gegenüber den Völkern in der Welt, darunter den fortschrittlichen Amerikanern, die von dem Gedanken des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit überzeugt, unserem Volk Sympathie und Unterstützung in seinem Widerstandskampf erwiesen haben und es auch heute weiterhin unterstützen.

Die Nationalversammlung billigt ganz und gar den politischen Bericht „Das ganze Volk baut einmütig das sozialistische vereinigte vietnamesische Vaterland auf“ des Genossen Le Duan, des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Partei der Werktätigen, der im Namen der Partei die Linie und die Aufgaben der vietnamesischen Revolution in der neuen Etappe dargelegt hat.

Die Nationalversammlung bekräftigt erneut, daß es die strategische Aufgabe der vietnamesischen Revolution in der neuen Etappe ist, „die nationale Wiedervereinigung zu vollenden und das ganze Land schnell, kraftvoll und sicher in Richtung auf den Sozialismus voranzubringen. Der Norden muß fortfahren, den Aufbau des Sozialismus zu intensivieren und die sozialistischen Produktionsverhältnisse zu vollenden. Der Süden muß zur gleichen Zeit die sozialistische Umgestaltung und den Aufbau des Sozialismus in Angriff nehmen.“

Der Hauptinhalt der sozialistischen Revolution

Der wesentliche Inhalt der sozialistischen Revolution und des Aufbaus des Sozialismus im gesamten Land besteht darin, „die Diktatur des Proletariats fest aufrechtzuerhalten, das Recht der kollektiven Machtausübung des arbeitenden Volkes zu stärken, die drei Revolutionen (die Revolution in den Produktionsverhältnissen, die wissenschaftlich-technische Revolution, die ideologische und kulturelle Revolution, wobei die wissenschaftlich-technische Revolution den Eckpfeiler darstellt) gleichzeitig zu vollziehen, die sozialistische Industrialisierung des Landes zu fördern, die sozialistische Großproduktion, das sozialistische System kollektiver Verantwortlichkeit aufzubauen und den sozialistischen neuen Menschen zu erziehen, das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen abzuschaffen, Armut und Rückständigkeit zu beseitigen, die revolutionäre Wachsamkeit zu erhöhen, die nationale Verteidigung zu verstärken, die öffentliche Sicherheit und gesellschaftliche Ordnung fest aufrechtzuerhalten, Konterrevolutionären entschlossen Einhalt zu gebieten, all ihre Versuche, das Haupt zu erheben, rechtzeitig zu zerschlagen, bereit zu sein, die Manöver, Aggressions- und Sabotageakte von Seiten des Imperialismus und seiner Lakaien zu vereiteln – das gesamte Volk zu einen, nach besten Kräften ein

sozialistisches Vaterland aufzubauen mit einer modernen Industrie und Landwirtschaft, einer starken nationalen Verteidigung, einer fortschrittlichen Kultur und Wissenschaft, einem Leben in Fortschritt und Glück.“

Vorrang der Industrialisierung

Die politische Linie für die Errichtung der sozialistischen Ökonomie unseres Landes besteht in der „vorrangigen und rationalen Entwicklung der Schwerindustrie auf der Grundlage der verstärkten Entwicklung der Landwirtschaft und der Leichtindustrie, Industrie und Landwirtschaft zu koordinieren, das ganze Land in einer modernen landwirtschaftlichen und industriellen Wirtschaftsstruktur aufzubauen, in der Errichtung der Wirtschaft auf zentraler Ebene und gleichzeitigen Entwicklung der regionalen Wirtschaft, in der Verbindung der zentralen mit der regionalen Wirtschaft, der Ökonomie mit der nationalen Verteidigung, in dem Versuch, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den sozialistischen Brudern und den anderen Ländern auf der Basis der Wahrung der nationalen Unabhängigkeit, der Souveränität und im Interesse der Errichtung einer unabhängigen und souveränen Wirtschaft zu erweitern.“

Um die obengenannte strategische Aufgabe zu erfüllen und die Linie der sozialistischen Revolution durchzuführen, gilt es, die Leitung der Partei auf allen Gebieten zu stärken, das Recht der kollektiven Machtausübung des arbeitenden Volkes und die Rolle des Staates in der Führung der nationalen Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens durchzusetzen.

In unserer Gesellschaft übt das arbeitende Volk die oberste Gewalt aus, wir müssen also ein kollektives Herrschaftssystem des Volkes errichten, die Formen sozialistischer Demokratie unablässig verbessern und vervollkommen, die Rolle der Repräsentationsorgane des Volkes und der Massenorganisationen vollständig in Gang bringen, sicherstellen, daß alle Bürger ihre Rechte vollständig ausschöpfen und ihre Pflichten gemäß den Bestimmungen des Gesetzes erfüllen können.

Die konkreten Aufgaben unseres Volkes sind in der Gegenwart folgende:

den Staatsapparat vervollkommen und konsolidieren; die Wiederherstellung und Entwicklung der Wirtschaft beschleunigen; die alten Produktionsverhältnisse umgestalten; die neuen Produktionsverhältnisse, die sozialistischen Verhältnisse, herstellen und vollenden; die Zirkulation und die Verteilung der Waren verbessern und ein sozialistisches Verteilungssystem sichern; sich für die Intensivierung der wissenschaftlichen und technischen Arbeiten verwenden, um der Produktion, dem täglichen Leben und der nationalen Verteidigung wirkungsvoll zu dienen; alle Zweige der Kultur, des Unterrichtswesens, des öffentlichen Gesundheitswesens entwickeln; eine solide und starke, durch das ganze Volk abgesicherte nationale Verteidigung aufbauen; die öffentliche Ordnung und Sicherheit aufrechterhalten; die Lebensbedingungen des Volkes schrittweise erhöhen; die Grundlagenforschungen auf allen Gebieten zu einem guten Abschluß führen; eine ökonomische Entwicklung von großem Ausmaß in den zukünftigen, langfristigen Plänen vorbereiten; Massenbewegungen zum Wettbewerb in der Produktion und in der angewandten Ökonomie für den Aufbau des Sozialismus auslösen.

Wider den bürgerlichen Nationalismus

Die Nationalversammlung billigt voll und ganz die Außenpolitik, die in dem vom Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Partei der Werktätigen Vietnams vorgelegten Bericht dargelegt worden ist. Das Wesen dieser Politik ist es, damit fortzufahren, das Banner der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus hochzuhalten; den wahren Patriotismus mit dem proletarischen Internationalismus harmonisch zu

vereinigen; alle opportunistischen Tendenzen und alle Erscheinungen des bürgerlichen und kleinbürgerlichen Nationalismus zu bekämpfen; die Unabhängigkeit der Souveränität zu verteidigen und dabei das Band der Solidarität mit den Völkern der Welt enger zu knüpfen, die im Kampf stehen gegen den Imperialismus, mit dem US-Imperialismus an der Spitze, gegen Kolonialismus und Neokolonialismus und Rassendiskriminierung, für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus; zur Festigung und Stärkung des sozialistischen Weltsystems beizutragen; unser Bestes zu tun, um unsere Beziehungen der Solidarität; der brüderlichen Freundschaft, der dauerhaften Zusammenarbeit und der gegenseitigen Hilfe zu den Völkern von Laos und Kampuchea zu wahren und zu entwickeln; den Kampf der Völker Südostasiens für wirkliche Unabhängigkeit, Frieden und Neutralität, für die Entfernung amerikanischer Truppen und Militärbasen von ihrem Territorium zu unterstützen; die Beziehungen mit den anderen Ländern auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität, des gegenseitigen Nichtangriffs und Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichheit, des gegenseitigen Vorteils und der friedlichen Koexistenz herzustellen und zu erweitern.

In Ausführung der oben erwähnten, von der Partei der Werktätigen Vietnams definierten Aufgaben, Linie und Politik wird es unserem Staat und unserem Volk gelingen, ein friedliches, unabhängiges und sozialistisches Vietnam aufzubauen, das einen aktiven Beitrag zum revolutionären Kampf der Völker der Welt leistet.

Alles für die Front der Arbeit, Produktion und Studien!

Die erste Sitzung dieser 6. Legislaturperiode der Nationalversammlung wird in die Geschichte als ein bedeutender Markstein eingehen. Nach 117 Jahren Kampf hat unser Volk der Herrschaft und Aggression imperialistischer und kolonialistischer Mächte ein für alle Mal ein Ende gesetzt, die nationale Unabhängigkeit und Einheit umfassend wiedererlangt, und es geht sicheren Schrittes dem Sozialismus entgegen.

Unser Volk ist geeint, mutig und arbeitsam. Es verfügt über eine kluge und schöpferische Leitung unserer Partei und genießt außerdem eine beträchtliche internationale Hilfe. Es ist somit völlig in der Lage, den endgültigen Sieg für den Sozialismus zu erringen. Unser Volk und unsere Streitkräfte haben die imperialistischen Aggressoren in mutigem Kampf und in großen Siegen geschlagen. Laßt uns heute den revolutionären Heroismus in die Arbeit, in die Produktion übertragen, um die Lösung zu verwirklichen: „Alles für die Produktion, für den Aufbau des Sozialismus, für den Wohlstand des Vaterlandes und das Glück des Volkes.“

Die Nationalversammlung ruft alle 50 Millionen Landsleute im ganzen Land – alle Arbeiter, Bauern, das Militär, Intellektuelle, alle Volksschichten, die Menschen verschiedener ethnischer Herkunft und Religionszugehörigkeit – auf, sich beherrscht in die Front der Arbeit, der Produktion und der Studien einzureihen für den Sieg des Sozialismus und ein zivilisiertes und glückliches Leben für unser Volk, heute und in Zukunft. Sie appelliert an die im Ausland lebenden Vietnamesen, deren Gedanken stets dem Vaterland zugewandt waren, nach besten Kräften ihren Beitrag zum Wiederaufbau des Landes zu leisten.

Unser Volk möge seine Einigkeit stärken und mit Elan vorwärtsschreiten!

Es lebe die Sozialistische Republik Vietnam!

Es lebe die Partei der Werktätigen Vietnams!

Präsident Ho Chi Minh wird ewig in unserem revolutionären Werk weiterleben!

(Quelle: Bulletin de Viet Nam, Paris, Nr. 1/1976, S. 24–26)

Jürgen Ostrowsky Ein Jahr Volksrepublik Angola

Das erste Jahr der Unabhängigkeit Angolas nach nahezu 500 Jahren kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung, das sich am 11. November 1976 vollendet, sah die junge Volksrepublik über die Hälfte dieser Zeit im militärischen Abwehrkampf gegen ihre äußeren Feinde und deren Handlanger; und selbst nach dem Rückzug der südafrikanischen Aggressionstruppen am 27. März d. J. sind längst nicht alle Umtriebe der internationalen Reaktion unter Kontrolle, geschweige denn eingestellt. Nach dem kläglichen Scheitern des Versuchs, Angola durch offene Intervention im Einflußbereich des Imperialismus zu halten, bedient sich dieser nun vielfältiger anderweitiger Mittel. Sein Ziel ist es, den Aufbau eines unabhängigen Angola und die Verwendung des Reichtums dieses Landes im Interesse seines Volkes zur Überwindung der Unterentwicklung zu verhindern.



Proklamation Präsident Netos am 11. 11. 1975



„Angola – Armut eines reichen Landes“ lautete der Titel einer am 15. Oktober vergangenen Jahres ausgestrahlten Fernsehdokumentation: Obwohl Angola unermesslich reich an Bodenschätzen ist und über fruchtbare Böden verfügt, ist es nach fünf Jahrhunderten Kolonialherrschaft ein unterentwickeltes Land, in dem Analphabetismus, Armut, Krankheit und geringe Lebenserwartung das Leben der Einwohner immer noch weitestgehend bestimmen.

Kolonialerbe: Konzernherrschaft, Armut und Unterentwicklung

Die Wirtschaftsstruktur Angolas weist die typischen Merkmale einer auf ausländische Interessen orientierten Ökonomie auf:

Großbetriebe namentlich im Bergbau- und Erdölsektor, die mit ausländischer Technologie, ausländischem Kapital, unter ausländischer Leitung und mit unterbezahlten einheimischen Arbeitskräften geförderte Rohstoffe auf überseeische Märkte – insbesondere in die USA, Portugal, Kanada und die BRD – exportierten; beherrscht von internationalen Konzernen wie Gulf Oil, Texaco oder Cie. Française des Pétroles im Ölsektor, der südafrikanischen DIAMANG, British Steel, Krupp, der französischen SIDELOR, Firmen der Rockefeller-Gruppe aus den USA oder portugiesischen Kapitalgruppen (z. B. der Bankgruppe Espirito Santo oder der CUF-Konzerngruppe der Champalimaud-Sippe) in den Bergbaubereichen.

Nicht anders verhielt es sich in der Großplantagenwirtschaft. Angolas bedeutende Kaffeeproduktion lag zu einem großen Teil in den Händen ausländischer Gruppen, z. B. der französischen Bank Rallet, welche die größte Kaffeeplantage der Welt, die CADA, ihr eigen nannte, aber auch deutscher Landbesitzer, z. B. des F. W. von Rochow; eine der größten Sisalplantagen des Landes besaß der Krupp-Repräsentant in Angola, Kai von Ahlefeldt. Selbst die gering entwickelte Konsumgüterindustrie Angolas stand unter ausländischem Einfluß, so die Firmengruppe CUCA (Brauereien, Fischverarbeitung, Flaschenherstellung u. ä.), in der neben der CUF rhodesische, südafrikanische, schweizerische und US-amerikanische (Crown Cork & Seal Co., Philadelphia) Interessen dominierten.

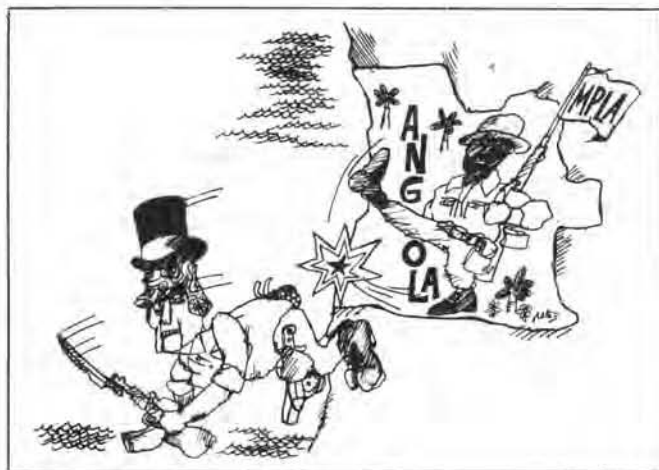
Die bedeutendste der sämtlich auf die Häfen des Landes zu laufenden Bahnlinien (keine einzige verbindet das Land in Nord-Süd-Richtung), die Benguela-Bahn, befand sich im Besitz des britischen Konzerns Tanganjika Concessions Ltd. 1).

Andererseits lebte und lebt der größte Teil der Angolaner unter vielfach primitivsten Bedingungen als Kleinbauern und

Viehhalter, deren Bemühungen jedoch kaum das Lebensnotwendige erbringen. Große Gebiete Angolas sind in ihrer Entwicklung durch die Kolonialherrschaft nicht nur behindert, sondern sogar noch zurückgeworfen worden: Landraub, Zwangsarbeit und hohe Abgaben zerstörten die wirtschaftlichen Grundlagen der Stammesgesellschaften sowie deren Zusammenhalt und Kultur. Am Reichtum des Landes hatten sie keinen Anteil.

Neben Kriegsschäden tritt die westliche Sabotagepolitik

Waren Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur Angolas durch den Kolonialismus und die Vormachtstellung des Auslandskapitals deformiert, so fügten der Unterdrückungskrieg Portugals gegen die MPLA und die Terroraktionen von FNLA, UNITA und südafrikanischen Truppen dem Land weiteren unermeßlichen Schaden zu: Zerstörung und Verwüstung von Feldern und Pflanzungen, von Straßen, Eisenbahnlinien und Brücken; Vernichtung und Demontage von Maschinen, Motoren, Fahrzeugen, Schiffen und wichtigen technischen Einrichtungen aller Art, Raub von Waren und Geldern; der Tod unzähliger Angolaner in den Befreiungskämpfen, Verwundungen und Verstümmelungen, Flüchtlingselend und Obdachlosigkeit; schließlich die Flucht der meisten Portugiesen und damit der Verlust der meisten Fachkräfte für die Produktion, Leitung, Planung und Verwaltung.



Während die MPLA und das angolische Volk darangingen, die Folgen von Kolonialismus und Krieg zu beseitigen, setzten die imperialistischen Mächte ihre Versuche fort, die Entwicklung der Volksrepublik Angola zu sabotieren. Vor allem die USA versuchten Angola durch die „bewährten“ Methoden der Destabilisierung – Wirtschaftsboykott, politische Störmanöver wie ihr Veto gegen die UN-Aufnahme der VR Angola, Geheimdienstaktivitäten – ein ähnliches Schicksal zu bereiten wie Chile und so die „Überlegenheit der freien Marktwirtschaft“ zu demonstrieren. Da jedoch die Staaten der EG und selbst der US-Konzern Gulf Oil sich mehr davon erhoffen, überhaupt noch Beziehungen mit Angola aufrecht zu erhalten als durch Boykott völlig „aus dem Geschäft“ zu geraten, verlegen sich die imperialistischen Mächte und ihre Vasallen in Afrika auf eine Doppelstrategie: Einerseits werden offizielle politische und wirtschaftliche Beziehungen angeknüpft; andererseits wird die Unterstützung der reaktionären Kräfte nicht eingestellt.

Als Sprachrohr dient ihnen u. a. Sambias Präsident Kaunda, der noch im August die Bildung einer „Koalitionsregierung“ aus MPLA, FNLA und UNITA in Angola forderte²⁾. Sambia – das noch immer keine vollen diplomatischen Beziehungen zur VRA aufgenommen hat – dient auch nach wie vor als Basis für Terrorakte der versprengten UNITA-Kommandos. Von Zaïre aus – wo die CIA neben Sambia und der Republik

Südafrika gegenwärtig ihre umfangreichste Agentengruppe in Afrika unterhält – operieren Sabotagegruppen aus FNLA- und Söldnerarmeeresten, die u. a. Brandanschläge auf Zuckerkfelder im nördlichen Angola und die Anlagen der Gulf Oil in Cabinda verübten³⁾. Zugleich haben südafrikanische Einheiten wiederholt Überfälle auf das angolische Grenzgebiet zu Namibia unternommen – Ende August nahmen Soldaten der angolischen Volksbefreiungsarmee (FAPLA) dort einen südafrikanischen Soldaten gefangen⁴⁾. Die Feinde des angolischen Volkes – die Anführer von FNLA und UNITA – genießen in den imperialistischen Ländern oder auch im von den Sozialisten des Mário Soares regierten Portugal jede Möglichkeit, ihre konterrevolutionäre Propaganda zu verbreiten. Im Mai d. J. besuchte eine FNLA-Gruppe z. B. die Bundesrepublik, um für Unterstützung ihrer Aktionen zu werben⁵⁾.

„Der Feind fabriziert Lügen“

In der Presse der Bundesrepublik werden sowohl die bei der Bewältigung der gewaltigen Aufgaben in Angola naturgemäß auftretenden Probleme als auch die konterrevolutionären Umtriebe begierig aufgegriffen und maßlos übersteigert für eine Hetzkampagne gegen die VR Angola, die MPLA und die internationalistische Hilfe insbesondere Kubas ausgeschlachtet. Gemeinsamer Nenner dieser an Erfindungen und Verfälschungen reichen Kampagne ist einerseits die ohnmächtige Wut über den Verlust der „fast idealen Rohstoffbasis für Mitteleuropa bzw. für die NATO-Staaten“⁶⁾, andererseits das Ziel, Verunsicherung und Zweifel in die Solidaritätsbewegung zu tragen und den Vormarsch der Befreiungsbewegung im südlichen Afrika als „Griff Moskaus nach Südafrika“ zu denunzieren.

Folgerichtig werden immer dieselben Klischees bemüht:

- In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung läßt man Präsident Agostinho Neto „um seine Macht (bängen)“ und formiert gegen ihn vom Redaktionsschreibtisch aus „eine russische Gruppe“; Informationsquelle: „amerikanische Informationen“; Verdachtsmomente: Außenminister José Eduardo dos Santos ist „mit einer Russin verheiratet“, Innenminister Nito Alves habe Neto überredet, die Todesurteile gegen vier Söldner vollstrecken zu lassen, „um die Beziehungen zu Washington und London weiter zu verschlechtern“⁷⁾.
- Wo immer ein Volk begonnen hatte, seinen Weg ohne den Imperialismus selbst zu bestimmen, brach für die reaktionäre Presse noch stets der Untergang an: in Chile wie in Vietnam oder Moçambique⁸⁾. Nicht anders in Angola: „Seit der Machtübernahme versinkt Angola immer tiefer im wirtschaftlichen Chaos“ und „die Wirtschaft taumelt von einer Krise in die andere“ behauptete z. B. die Welt am 16. Juli. „Chaos“ zu schaffen ist freilich das Ziel der von eben derselben Presse als Vorkämpfer der „Freiheit“ gelobten UNITA: „Unsere derzeitige Strategie (ist es), ... den Guerillakampf zu benutzen, um die Verkehrsverbindungen zu paralisieren und die Wirtschaft zu ruinieren“⁹⁾.
- Daß Angola eine sowjetisch-kubanische Kolonie sei, ist einhellige Ansicht MPLA-feindlicher Kräfte, von US-Verteidigungsminister Rumsfeld über den Spiegel, Außenminister Genscher („ideologischer Kolonialismus“), Franz Josef Strauß („eine ungeheure weiträumige sowjetische Strategie, die mit Hilfe revolutionärer Befreiungsbewegungen kommunistischer Flagge den Südtel Afrikas erobern will“), das Neonazi-Blatt Deutsche National-Zeitung („Wird Afrika wieder Kolonie?“) bis hin zur Peking Rundschau („Der sowjetische Sozialimperialismus (ist) eifrig dabei, ... Angola ... unter seine Kontrolle zu bringen“)¹⁰⁾.

Ahmed Sékou Touré, Präsident der Republik Guinea, die stets auf seiten der Befreiungsbewegung stand, konstatierte

einmal: „Der Feind fabriziert Lügen. Das ist sein Geschäft“¹¹⁾. Mag etwa Agostinho Neto – z. B. anlässlich der Solidaritätskonferenz von Luanda im Februar 1976 – klarstellen, daß Angola von den Ländern, die ihm Hilfe leisten, weder abhängig sei noch von ihnen beeinflusst werde¹²⁾, mag z. B. der Spiegel an anderer Stelle durchaus zutreffend über die Rolle der Kubaner in Angola berichten (s. u.) – die Verleumdungskampagne wird unbeirrt weiter betrieben, denn sie ist Bestandteil des Kampfes gegen die Selbständigkeit des angolischen Volkes. Es ist daher bezeichnend, daß weder die wahren Ziele der MPLA und des angolischen Volkes noch ihre Anstrengungen und Leistungen bei der Bewältigung der anstehenden Probleme und Aufgaben entsprechende Beachtung erfahren.

Aufbauarbeiten in einer Notstandssituation

Die Verfassung der Volksrepublik Angola definiert im ersten Artikel: „Die Volksrepublik Angola ist ein souveräner, unabhängiger und demokratischer Staat, dessen erstes Ziel die völlige Befreiung des angolischen Volkes von den Hinterlassenschaften des Kolonialismus, von der Fremdherrschaft

und der imperialistischen Aggression sowie der Aufbau eines blühenden und demokratischen Landes ist, das völlig frei von jeder Form der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ist und die Hoffnungen der Volksmassen erfüllt“. Dieses Ziel ist der Aufbau des Sozialismus.

Gleichzeitig jedoch steht Angola vor der Aufgabe, die unmittelbaren Kriegsfolgen zu beseitigen, um ein Niveau der Produktion und Versorgung der Bevölkerung zu erreichen, das die wesentlichen Bedürfnisse der Massen zu befriedigen vermag und dies mit den längerfristigen Zielsetzungen zu verbinden. Agostinho Neto: „Wir leben in einer Notstandssituation. Wir betreiben mehrere Operationen, z. B. die Kaffee- und Zuckerernte, die Verteilungsorganisation. Aber wir müssen gleichzeitig auf lange Sicht vorgehen: im Hinblick auf die Planung der gesamten Wirtschaft, die uns zumindest erlauben soll, die eigenen Bedürfnisse zu erfüllen“¹³⁾.

Die MPLA und die Regierung der VR Angola sowie die Massenorganisationen – die Frauenorganisation OMA, die Jugendorganisation JMPLA sowie die Gewerkschaft UNTA – legen daher zugleich mit den Aufbauarbeiten die Grundlagen der künftigen Gesellschaft, gestützt auf zwei wichtige Gesetze: das Gesetz über die Volksmacht vom 5. Februar 1976 und das Gesetz über die Rolle des Staates in der Wirtschaft,



Der Hafen von Luanda ist wieder voll in Betrieb



30 kubanische Fachleute halfen diese Raffinerie wieder in Gang zu setzen

das Grundlage zur Vergesellschaftung von Betrieben, zur Bildung von Kooperativen und Genossenschaften sowie für die Rolle des Privateigentums ist.

„Der Kampf geht weiter – Jetzt auf dem Feld der Produktion!“ lautet eine der Hauptlosungen der MPLA in der gegenwärtigen Phase. Ziel dieser Kamagne ist es, die Produktion in Landwirtschaft und Industrie zunächst einmal wieder auf das Niveau vor dem Beginn des zweiten Befreiungskrieges im Sommer 1975 zu bringen. Allein in Luanda war die Produktion auf weniger als 25 % gefallen. Haupthindernis für eine Wiederaufnahme bzw. Steigerung der Produktion war der Mangel an geeigneten Fachkräften, nachdem die portugiesischen Techniker und Ingenieure geflohen waren.

Ankurbelung der Produktion und Sozialversorgung

An ihre Stelle traten in vielen Fabriken kubanische Mechaniker und Facharbeiter, die sowohl die Produktion wieder in Gang setzten als auch Ausbildungskurse für Angolaner begannen. Der Erfolg: Die Textilfabrik von Luanda arbeitet bereits wieder in zwei Schichten. Ähnliches gilt auch für andere Bereiche: Zwar arbeiten die meisten Betriebe erst mit etwa 50 % ihrer Kapazität, aber 95 % sind trotz des Kadermangels wieder eröffnet worden, und die Fabriken des verstaatlichten CUCA-Konzerns z. B. haben bereits wieder das Produktionsniveau der Kolonialzeit erreicht¹⁴). Zugleich wurden die Löhne beträchtlich erhöht: Arbeiter, die unter der Kolonialherrschaft umgerechnet 50 US-Dollar verdienten, beziehen heute 200 Dollar¹⁵).

Während die Produktion in den verschiedenen Landesteilen wieder ansteigt, ist der Zustand des Verkehrs- und Transportsystems nach wie vor katastrophal und stellt ein ernstes Hindernis für die Versorgung z. B. Luandas mit Lebensmitteln

dar. Von den früher ungefähr 30 000 Lastwagen in Angola waren nach dem Krieg nur noch etwa 6 000 betriebsfähig. Die VR Angola bestellte LKWs in Brasilien und in Schweden; eine Lieferung von 200 Lastwagen traf im August d. J. aus der DDR ein, begleitet von Automechanikern, die neben der Wartung zugleich die Ausbildung angolanischer Kräfte zur Aufgabe haben¹⁶).

Bei der Bewältigung der dringendsten sozialen Probleme, der Gesundheitsversorgung und der Alphabetisierung, bewähren sich die traditionellen Basisorgane der MPLA, die Aktionskomitees bzw. Volkskommissionen, oftmals in enger Zusammenarbeit mit den kubanischen Freiwilligen. Sie reorganisieren den Handel, namentlich in den Slumvierteln von Luanda, den Muçeques, die Erziehung, das Gesundheitswesen. In Sambizanga, einem der Muçeques, berichtete die Washington Post, „bedeutet ‚Volksmacht‘ auch die Unterhaltung von 11 Grundschulen, zwei wöchentlich zweimal geöffneten medizinischen Stationen, besetzt mit zwei kubanischen und zwei angolanischen Ärzten sowie Abendschulen zum Schreiben- und Lesenlernen für Erwachsene. ‚Am Abend werden wir von Erwachsenen überrannt. Jeder möchte Lesen und Schreiben lernen‘, erzählt der Vorsitzende des Unterkomitees für Erziehungswesen“¹⁷). Der Spiegel berichtete: „Als zum Beispiel Ende Februar die geschlagene UNITA aus ihrer Provinzhauptstadt Huambo (früher: Nova Lisboa) abzog, gab es dort außer einer Rot Kreuz-Mission nur einen einzigen angolanischen Arzt. Heute garantiert ein kubanisches Ärzteteam der Bevölkerung kostenlose medizinische Versorgung. Und obwohl nach dem Exodus der Portugiesen nur eine Handvoll angolanischer Mediziner im Land verblieben, gibt es jetzt ungefähr wieder so viel Ärzte wie während der Kolonialzeit, also etwa 200 bis 300 – die meisten von ihnen Kubaner“¹⁸).

Die Kaffeeschlacht steht im Mittelpunkt der Agrarrevolution

Artikel 8 der angolanischen Verfassung legt fest: „Die Volksrepublik Angola betrachtet die Landwirtschaft als Grundlage und die Industrie als entscheidenden Faktor für die Entwicklung“. Um die im selben Artikel vorgesehene staatliche Orientierung und Planung der Wirtschaft „zum Wohle des angolanischen Volkes“ zu realisieren, werden ein großer öffentlicher Sektor der Produktion sowie die Verstaatlichung sämtlicher Naturreichtümer angestrebt – Verfassungsaufträge, die bereits im MPLA-Programm von 1962 formuliert worden waren. Auf der Grundlage des Gesetzes über die Rolle des Staates in der Wirtschaft vom 5. März 1976 ist bereits ein großer Teil der Landwirtschaft reorganisiert worden: Allein im Juni d. J. wurden 36 Plantagensellschaften staatlicher Kontrolle unterstellt; in der Kaffeeanbauprovinz Uige wurden 386 der 432 Kaffeeplantagen verstaatlicht; von der Zuckerproduktion befinden sich 90 % in Staatsbesitz¹⁹⁾.

Neben der Verstaatlichung – die namentlich die großen Pflanzungen betrifft – wurde insbesondere die Bildung von Kooperativen zum Strukturprinzip der Landwirtschaft; daneben besteht nach wie vor individueller kleiner Landbesitz.

Obwohl die angolanische Regierung die Erweiterung der landwirtschaftlichen Produktion um neue Kulturen – z. B. Weizen, Reis und Obst, die bislang zum größten Teil eingeführt werden mußten – anstrebt²⁰⁾, liegt das Schwergewicht nach wie vor auf dem Hauptanbauprodukt Kaffee. Die meisten der 2 500 weißen Siedler, die ungefähr 75 % der Kaffeeproduktion beherrschten, sind geflohen, den angolanischen



Langspielplatte der Jugendorganisation der MPLA

Der Erlös (ca. 10,- DM pro LP) dient dem Aufbau des Schulwesens in ANGOLA!

Bestellungen gegen vorherige Überweisung von 17,- DM (einschl. Porto) auf das Konto Nr. 2 015363500 bei der BfG Bremen (Paul Schröder, Kennwort Angola). Bei Abnahme von 5 oder mehr LPs zum Weiterverkauf 11,- DM pro LP!

Anschrift: Paul Schröder, Besselstr. 17, 2800 Bremen 1

Arbeitern aber fehlen die Kenntnisse zur Organisation der Plantagenwirtschaft; überdies fehlten zu Beginn der Erntezeit etwa 150 000 Arbeitskräfte. Die Erwartungen waren daher sehr niedrig, was den Ernteertrag betraf; andererseits lagern in Angola noch große Mengen Kaffee aus früheren Ernten, so daß die relativ günstige Preisentwicklung auf dem Weltmarkt wahrgenommen werden konnte. An der Ernte beteiligten sich unter Anleitung der UNTA, der OMA und der JMPLA viele Tausende von Freiwilligen – ein Erfolg des von der MPLA angestrebten Lernprozesses, daß revolutionäres Bewußtsein sich als Bewußtsein der Notwendigkeit darstellt, die Produktion aufrecht zu erhalten und zu steigern, um den Prozeß des Aufbaus zu konsolidieren²¹⁾.

Verstaatlichung und Kontrolle der Konzernbetriebe

In noch größerem Ausmaß als in den übrigen Sektoren bestimmt der Mangel an ausgebildeten Fachkräften die Situation in der Bergbauindustrie und den Produktionsbetrieben. Die MPLA strebte daher neben der Verstaatlichung zahlreicher Betriebe – CUCA und die Stahlwerke der CUF oder die Companhia Mineira do Lobito, an der Krupp beteiligt war – zunächst die Übernahme der Kontrolle, nicht aber die volle Verstaatlichung der beiden größten im Lande operierenden ausländischen Monopole, der Cabinda Gulf Oil Co. und der DIAMANG, an. Verhandlungen über solche neuen Verträge führten bereits zur Übernahme von 51 % der Gulf Oil durch die VR Angola; der Abschluß der Verhandlungen mit der DIAMANG wird noch vor Ende dieses Jahres erwartet. Inzwischen hat Cabinda Gulf die Produktion wieder aufgenommen, die auf Anordnung der US-Regierung im Dezember 1975 eingestellt worden war, und hat den Stand vor Beginn des zweiten Befreiungskrieges bereits wieder erreicht²²⁾.

Während die VR Angola auch im Industriebereich vorrangig die Wiedergewinnung des Vorkriegsniveaus der Produktion

anstrebt, werden gleichzeitig Kommissionen zur Restrukturierung sämtlicher Industriezweige gebildet, so für die Nahrungsmittel-, Textil-, Leicht-, Schwer-, Erdöl-, Bergbau- und Elektrizitätsindustrie. Ihre Aufgaben umfassen u. a. die Erstellung von Planungsgrundlagen für die Entwicklung dieser Industriezweige, die Erfassung und Auswahl von möglichen Leitungskadern, die Ausarbeitung von Plänen zur Ausbildung von Fachkräften, die Erstellung von Dringlichkeitsplänen für die Aufrechterhaltung der Produktion zumal in den verstaatlichten Betrieben in Kooperation mit den Vertretungen der Arbeiter und den Gewerkschaften²³⁾.

Volkskommissionen als revolutionäre Basisorgane

In allen Fragen der Entwicklung des Landes – sei es der Bereich der Produktion, sei es der Aufbau des Schulwesens – spielen die Arbeiter- und Volkskommissionen eine entscheidende Rolle. Ihre gesetzliche Verankerung (vgl. die Auszüge aus dem Gesetz sowie die Rede des Innenministers Nito

Alves zur Verkündung des Gesetzes in diesem Heft) entspricht der im Artikel 3 der Verfassung erklärten Absicht: „Den Volksmassen wird eine breite und effektive Teilnahme an der Ausübung der politischen Macht durch die Konsolidierung, Erweiterung und Entwicklung der organisierten Formen der Volksmacht garantiert“.

Damit wurde die historische Legitimität der Aktionskomitees und Volkskommissionen als revolutionäre Basisorgane des angolischen Volkes bestätigt, die sie im Kampf für die nationale Befreiung, gegen die Konterrevolution und für die Interessen der Volksmassen erworben hatten. Es war kein Zufall gewesen, daß z. B. die UNITA es zu einer ihrer Forderungen erhoben hatte, die MPLA müsse die Volkskommissionen auflösen, in welchen UNITA-Anführer zu Recht die eigentliche Massenbasis der MPLA und damit der angolischen Revolution sahen.

In den Volkskommissionen betätigten und betätigen sich namentlich die Angehörigen der Massenorganisationen, der UNTA, JMPLA und OMA. Sie stellten auch neben der MPLA die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahlen zu

Konventionsentwurf der VR Angola

Präambel

Ernsthaft besorgt über den Söldnereinsatz in bewaffneten Konflikten mit dem Ziel, den Prozeß der nationalen Befreiung von rassistischer, kolonialer und neokolonialer Herrschaft durch Waffengewalt zu bekämpfen;

in Anbetracht, daß das Verbrechen des Söldnertums Bestandteil eines Prozesses der Aufrechterhaltung rassistischer, kolonialer oder neokolonialer Herrschaft über ein Volk oder einen Staat mittels Waffengewalt ist;

in Anbetracht der Resolution der Vereinten Nationen und der Organisation für Afrikanische Einheit, die den Einsatz von Söldnern in diesen bewaffneten Auseinandersetzungen als einen kriminellen Akt und Söldner als Kriminelle verurteilt haben und die Staaten zu energischen Maßnahmen aufgerufen haben, die Organisierung, Anwerbung und den Transport von Söldnern auf ihren Territorien zu verhindern und die Urheber dieses Verbrechens sowie ihre Helfershelfer ihrer gerechten Strafe zuzuführen;

in Anbetracht, daß die UN- und OAU-Resolutionen sowie die Stellungnahmen und Praxis einer zunehmenden Anzahl von Staaten die Entwicklung von neuen Grundsätzen des internationalen Völkerrechts hervorheben, in denen Söldnertum als das internationale Verbrechen verankert wird; überzeugt von der Notwendigkeit, ein Gesetzeswerk einheitlich zu kodifizieren und die bereits festgelegten Grundsätze zur Verhinderung und Unterdrückung des Söldnertums weiterzuentwickeln;

sind die Hohen Vertragschließenden Parteien von den folgenden Punkten überzeugt:

Artikel 1

Definition

Das Verbrechen des Söldnertums wird von einem Individuum, einer Gruppe oder Vereinigung, staatlichen Vertretern sowie von einem Staat selber begangen mit der Absicht, mittels Waffengewalt einen Akt der Selbstbestimmung zu unterbinden, wobei folgende Handlungen praktiziert werden:

- a) Organisierung, Finanzierung, Versorgung, Ausrüstung, Ausbildung, Förderung oder Einsatz militärischer Kräfte einschließlich von Ausländern in dem betreffenden Land zum persönlichen Vorteil, gegen Sold oder irgendeine andere Entlohnung;



Abgeurteilter US-Söldner Grillo vor dem Luanda-Tribunal

- b) Anwerbung, Aufnahme oder Versuch der Anwerbung genannter Kräfte;
- c) die Erlaubnis der Durchführung der in Absatz a) angeführten Aktivitäten auf dem ihrer Rechtssprechung oder in anderer Hinsicht ihrer Kontrollgewalt unterstellten Territorium, die Gewährung von Transit- und Transportmöglichkeiten oder die Unterstützung anderer Handlungen der obengenannten Kräfte.

Artikel 2

Der Tatbestand der Kommando- und Befehlsgewalt über Söldnertruppen wird als feindlicher Akt betrachtet.

Artikel 3

1. Wenn ein Vertreter eines Staates kraft der obengenannten Bestimmungen für Handlungen oder für die Unterlassung obengenannter Bestimmungen verantwortlich ist, soll er dafür bestraft werden.

2. Wenn ein Staat kraft der obengenannten Bestimmungen für Handlungen oder Unterlassungen, die durch die obengenannten Bestimmungen als kriminell deklariert wurden, verantwortlich ist, kann ihn ein anderer Staat zur Verantwortung ziehen:

- a) in seinen Beziehungen mit dem verantwortlichen Staat und
- b) vor kompetenten internationalen Organisationen.

den Volkskommissionen, die im Mai in den Muçeqes von Luanda als erster Stufe durchgeführt worden waren. Die meisten zeichnet eine ähnlich konsequente Überzeugung aus wie z. B. eine Kandidatin der OMA, die einem Fernsehteam antwortete: „Ich wurde Kandidat, weil ich Mitglied der alten Untergrundorganisation war. Ich habe es immer als Pflicht empfunden, für die ausgebeuteten Klassen in unserem Volk tätig zu sein, nämlich für die Bauern und Arbeiter. Das kann ich am besten mit Hilfe der MPLA“²⁴). Die von den Kommissionen und der MPLA trotz katastrophaler Ausgangsbedingungen vollbrachten Leistungen sprechen für sich: „In der Muçeqe Golf gab es vor dem 25. April (1974) nur einen einzigen, weit entfernten Wasserbrunnen – für 30 000 bis 40 000 Leute. Heute fahren immerhin täglich Wasserwagen hinaus. Die MPLA baute die armselige einzige Schule aus und richtete einen Sanitätsposten ein – bescheidene Errungenschaften, ‚aber vorher‘, so der Verantwortliche der MPLA für Massenmobilisation, ‚Camarada‘ Cardoso, ‚hatte man diese Leute völlig abgeschrieben‘“, berichtete eine Journalistin im Sommer 1975²⁵).

Neue Anforderungen an die MPLA im Zuge der sozialen Revolution

Mit dem Aufbau der Volksmachtorgane auf den verschiedenen Ebenen kommen auch auf die MPLA selber neue Anforderungen zu. Die der MPLA in den Volksmachtorganen zu fallende Rolle erfordert das Abgehen von der Struktur einer relativ breiten Front mit dem Ziel der nationalen Befreiung als gemeinsamer Basis: „Zum Unterschied von der Periode der Kämpfe gegen den Kolonialismus entfaltet sich jetzt, da die revolutionäre Umgestaltung des Produktionssystems beginnt, der Kampf gegen alle Formen der Ausbeutung des Menschen, und dieser Kampf muß zu Ende geführt werden. Man muß die Teilnahme der Arbeiter, der bäuerlichen Massen und der revolutionären Intelligenz an der Leitung des Staates gewährleisten, die soziale Basis der Revolution genauer bestimmen; die Einheit von Trägern konträrer Ansichten in einer Organisation läßt sich nicht mehr aufrecht erhalten. Notwendig ist eine den revolutionären Zielen entsprechende Ideologie und Politik“²⁶).

zur Bekämpfung des Söldnertums

Artikel 4

Söldner sind keine gesetzlichen Truppen. Bei Gefangenennahme entfällt der Status des Kriegsgefangenen.

Artikel 5

Verbrechen von Söldnern und andere Verbrechen, für die Söldner verantwortlich sind.

Ein Söldner trägt sowohl für seinen Status als Söldner als auch für jedes andere Verbrechen die Verantwortung.

Artikel 6

Nationale Gesetzgebung

Jeder Unterzeichnerstaat wird alle legislativen und sonstigen Maßnahmen ergreifen, die zur vollen Anwendung der vorliegenden Konvention nötig sind.

Artikel 7

Rechtsprechung

Jeder Unterzeichnerstaat unternimmt Anstrengungen, jedes Individuum, das das in Artikel 1 dieser Konvention definierte Verbrechen begeht, vor Gericht zu stellen und zu bestrafen, außer wenn er dem Staat ausgeliefert wird, wo das Verbrechen begangen worden ist oder begangen worden wäre.

Artikel 8

Auslieferung

1. Jeder Staat, in dessen Grenzen das Verbrechen des Söldnertums begangen worden ist, oder dessen Staatsangehörige, die aufgrund Artikel 1 Angeklagte sind, kann ein Auslieferungersuchen an den Staat richten, der sie festhält.

2. Die in Artikel 1 definierten Verbrechen sind allgemeine Verbrechen, sie werden nicht von einer nationalen Gesetzgebung berührt, die eine Auslieferung von politischen Straftätern ausschließt.

3. Sollte ein Auslieferungsantrag von einem der in Absatz 1 genannten Staaten verweigert werden, muß der das Auslieferungersuchen ablehnende den Strafvollzug übernehmen.

4. Wenn in Übereinstimmung mit Absatz 1–3 dieses Artikels der Strafvollzug übernommen wird, setzt der vollziehende Staat, den ersuchenden bzw. den Staat, der dem Ersuchen nachgekommen ist, über die Vollstreckung des Vollzugs in Kenntnis.

Artikel 9

Juristische Garantien

Wenn eine Person oder eine Gruppe vor Gericht gestellt werden wegen der in Artikel 1 definierten Verbrechen, werden ihnen alle Garantien eines fairen und ordentlichen Prozesses zugesichert. Diese Garantien umfassen:

Das Recht des Angeklagten, sich in seiner Muttersprache mit den Prozessunterlagen vertraut zu machen; das Recht, jegliche Erklärung hinsichtlich der gegen ihn erhobenen Anklage abzugeben; das Recht, sich an den Ermittlungen und der Beweisführung in seiner Muttersprache zu beteiligen; das Recht, die Dienste eines Rechtsanwaltes in Anspruch zu nehmen oder sich nach Wahl selbst zu verteidigen; das Recht, selbst oder durch einen Rechtsanwalt Zeugnisse zu seiner Verteidigung abzulegen; das Recht, Zeugen vor Gericht zu laden und sich an ihrer Befragung sowie an der Befragung der Zeugen des Anklägers zu beteiligen.

Artikel 10

Gegenseitige Hilfe für Gerichtsverfahren

Die vertragsschließenden Parteien gewähren sich gegenseitig die größtmögliche Hilfe hinsichtlich der Gerichtsverfahren über die in Artikel 1 dieser Konvention definierten Verbrechen.

Artikel 11

Pflicht der Staaten zur Sicherung wirksamer Bestrafung

Jeder Unterzeichnerstaat wird alle nötigen administrativen und gerichtlichen Maßnahmen zur wirksamen Bestrafung von nach Artikel 1 dieser Konvention schuldigen Personen und Gruppen ergreifen, insbesondere der Staat, in dem der Prozeß stattfindet, sichert die effektive und ausreichende Bestrafung der Schuldigen.

Artikel 12

Beilegung von Konflikten

Jede Auseinandersetzung in Bezug auf die Auslegung dieser Vereinbarung wird zwischen den Unterzeichnern entweder durch Verhandlungen oder durch einen von allen betroffenen Parteien akzeptierten Internationalen Gerichtshof beigelegt.

(Quelle: Granma, Havanna, 12. 7. 1976)

Daß dieser Prozeß der nationaldemokratischen Revolution, in welchem die Grundlagen für die sozialistische Entwicklung gelegt werden, nicht ohne Widersprüche und Differenzen verläuft, die bis zur Entstehung von revolutionsfeindlichen Kräften aus der bisherigen gemeinsamen Front heraus führen können, ist eine historische Erfahrung. Dennoch ist „auch im Volke selber die Einsicht vorherrschend: wir können den Sozialismus nicht ohne die unabdingbare Existenz einer Partei aufbauen“, wie Agostinho Neto in einem Interview äußerte²⁷⁾. Die internationale Bedeutung der angolischen Revolution ist kaum zu überschätzen – die aggressive Feindschaft des Imperialismus gilt einem historischen Ereignis in der Geschichte der afrikanischen Revolution. Daraus folgt umso mehr, daß die angolische Revolution, d. h. das angolische Volk, die MPLA, die Volksrepublik Angola, weiter auf die internationalistische Solidarität rechnen können muß, welche ihr die sozialistischen Länder und die anderen fortschrittlichen Kräfte in aller Welt bisher gezeigt haben.

Große Impulse für die Befreiung des südlichen Afrika

Die Volksrepublik Angola hat ihrerseits das Festhalten an den Prinzipien des Internationalismus und ihre Absicht bekundet, den revolutionären Kräften jede mögliche Unterstützung zu kommen zu lassen. Bereits auf dem Treffen von Conakry (Republik Guinea) zwischen Agostinho Neto, Fidel Castro, Luiz Cabral und Ahmed Sékou Touré hatte der Präsident der VR Angola dies mit den Worten bekräftigt: „Der Sieg des angolischen Volkes . . . stellt eine Ausgangsbasis für die Fortsetzung des Kampfes bis zur völligen Befreiung Afrikas dar. (. . .) Afrika muß frei sein – vollkommen frei – und wir müssen die Kämpfer für diese Freiheit sein!“²⁸⁾.

Das Aufleben der Befreiungskämpfe in Namibia und Zimbabwe sowie in der Republik Südafrika selbst ist unmittelbar durch den Sieg der VR Angola begünstigt worden. Mehr noch – Angola stellt sowohl ein neues Hinterland für die Befreiungskämpfer der SWAPO Namibias dar als auch eine günstigere Basis für die Auslandsorganisationen der SWAPO und des ANC Südafrikas: beide verlegten ihre Hauptquartiere von Lusaka nach Luanda.

Angolas revolutionäre Regierung gehörte ihrerseits zu den ersten, welche die Demokratische Arabische Republik Sahara anerkannten, die im Februar von der Befreiungsbewegung POLISARIO ausgerufen worden war²⁹⁾. Ihre Außenpolitik ist von einer eindeutig auf die Stärkung der antiimperialistischen Kräfte auf internationaler Ebene gerichteten Zielsetzung gekennzeichnet: so wurde die Volksrepublik Angola bereits als 154. Mitglied in die UNCTAD aufgenommen, strebt sie den Beitritt zur Organisation Erdölproduzierender Länder (OPEC) an und trat sie bereits auf der Konferenz der Nichtpaktgebundenen im August in Colombo auf³⁰⁾.

Dort legte die VR Angola den Entwurf einer Konvention gegen das Söldnertum vor, die auf den Ergebnissen des Söldnertribunals von Luanda basiert. Mit dieser Vorlage, deren Einbringung in die Vollversammlung der Vereinten Nationen beabsichtigt ist, demonstriert sie eindrucksvoll ihr Bestreben an der Ausgestaltung von internationalen Beziehungen auf der Basis der friedlichen Koexistenz mitzuwirken, die die Achtung der Souveränität eines jeden Landes zum Inhalt haben und gegen Terror und den Bruch völkerrechtlicher Grundsätze die Verteidigung der Würde des Menschen stellen – Prinzipien, welche die Volksrepublik Angola in ihrer Verfassung zur Grundlage ihrer Politik machte.

Hilfe für die Kriegswaisen Angolas

Solidarität mit dem angolischen Volk und Unterstützung seiner Aufbaumühnungen ist mehr als nur moralische Verpflichtung. Sie stellt einen Beitrag dar zur Stärkung der

Position Angolas und damit aller Kräfte, deren Ziel die Durchsetzung dieser Prinzipien und die Vollendung des Kampfes für die Freiheit aller Völker ist. Materielle Solidarität für Angola ist am dringendsten vonnöten im sozialen Bereich: Zu den zahlreichen Folgelasten des Befreiungskampfes, welche Angola zu bewältigen hat, gehört in diesem Bereich die Unterbringung, Verpflegung und Erziehung der Kriegswaisen. Viele von ihnen, berichtete im Frühjahr die Staatssekretärin für soziale Fragen, Maria de Assunção Vahekeny, hatten Uniformen angezogen und sich den Verbänden der FAPLA angeschlossen. Viele von ihnen leben nach wie vor in den Armeegarnisonen – ein Zustand, dem das Sozialministerium abzuwehren bemüht ist, indem es Pionierschulen und Internate sowie Waisenhäuser aufbaut³¹⁾. Ein solches Projekt, den Aufbau des Waisenhauses von Ngangola, zu unterstützen, hat sich das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) vorgenommen. Die mit dem Aufbau des freien Angola solidarischen Kräfte sind aufgerufen, dieses Projekt tatkräftig zu unterstützen!

Anmerkungen:

- 1) Vgl. hierzu: Objective Justice (Vereinte Nationen), New York, Nr. 1/1974; und: E. de Sousa Ferreira, Strukturen der Abhängigkeit, Frankfurt a. M. 1975
- 2) Guardian, Manchester, 24. 8. 1976
- 3) Vgl. hierzu z. B.: Newsweek, New York, 30. 8. 1976
- 4) Afrique Asie, Paris, Nr. 117/20. 9. 1976, S. 58
- 5) Nach: Facts & Reports, Amsterdam, Nr. 11/2. 6. 1976, S. 7
- 6) Übersee-Rundschau, Nr. 7–8/1968, S. 26
- 7) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. 7. 1976
- 8) Vgl. hierzu: Antiimperialistisches Informationsbulletin (AIB), Nr. 11–12/1974, S. 33 ff.
- 9) Afrique Asie, Nr. 116/6. 9. 1976, S. 33
- 10) Zitate bzw. Belege in der Reihenfolge nach: Der Spiegel, Nr. 40/1976; Der Spiegel, Nr. 12/1976; Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26. 1. 1976; Bayernkurier, 13. 3. 1976; Deutsche National-Zeitung, 23. 1. 1976; Peking Rundschau, Peking, 3. 2. 1976
- 11) Ahmed Sékou Touré, Crime crapuleux de l'imperialisme (Rede anlässlich der Trauerfeier für Amílcar Cabral), Conakry, 20. 1. 1973
- 12) Vgl. hierzu: AIB, Nr. 3/1976, S. 7
- 13) Afrique Asie, Nr. 114/12. 7. 1976, S. 18
- 14) Nach: Afrique Asie, Nr. 116, S. 33; und: ARD-Weltspiegel, 27. 6. 1976
- 15) African Development, London, September 1976, S. 875
- 16) Facts & Reports, Nr. 19/22. 9. 1976, S. 7
- 17) Washington Post, 24. 5. 1976
- 18) Der Spiegel, Nr. 30/1976
- 19) Horizont, Berlin, Nr. 40/1976, S. 18
- 20) Afrique Asie, Nr. 114, S. 18
- 21) Vgl. hierzu auch: Recuperar la tierra – transformar la agricultura (Interview mit Carlos Fernandes, Staatssekretär für Landwirtschaft der VR Angola), in: Bohemia, Havanna, 14. 5. 1976, S. 61 ff.
- 22) Financial Times, London, 7. 5. 1976; Marchés tropicaux, Paris, 27. 8. 1976
- 23) Marchés tropicaux, 20. 8. 1976
- 24) ARD-Weltspiegel, 27. 6. 1976
- 25) Der Spiegel, Nr. 32/1975
- 26) Alves Bernardo Baptista, Die Grundlagen der Volksmacht, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, Prag, Nr. 6/1976, S. 803 f.
- 27) Afrique Asie, Nr. 114, S. 19
- 28) AIB, Nr. 4/1976, S. 44
- 29) Vgl. hierzu: AIB, Nr. 4/1976, S. 33 ff.
- 30) Vgl. hierzu: AIB, Nr. 9/1976, S. 30 ff.
- 31) Granma, Havanna, 18. 4. 1976



Nach fünf Jahrhunderten kolonialer Unterdrückung mußte sich das angolische Volk in einem zweiten Befreiungskampf gegen ausländische Invasoren und Handlanger des Imperialismus seine endgültige Befreiung erkämpfen. Das vorliegende Taschenbuch gibt Einblick in Ursprünge, Entwicklungen und Probleme des Befreiungskampfes wie der MPLA; es gibt einen Überblick über Wiederaufbau und gesellschaftliche Veränderungen und enthält einen umfassenden Dokumentenanhang.

G. Bröner/J. Ostrowsky, Die angolische Revolution, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/M., 240 S., 10,50 DM.

Fidel Castro

Und sie haben sich geirrt!

(. . .) Wir haben unsere elementare internationalistische Pflicht in Angola erfüllt. In Erfüllung dieser Pflicht tun wir keinen Gefallen, sondern erfüllen einfach eine Pflicht. Wir waren immer der Auffassung, daß ein Mann, der sich nicht für andere opfern kann, unfähig ist, sich für irgendetwas zu opfern; ein Volk, das sich nicht für andere Völker opfern kann, ist unfähig, sich für sich selbst zu opfern, ein Volk das nicht bereit ist, für die Freiheit anderer zu kämpfen, wird niemals bereit sein, für seine eigene Freiheit zu kämpfen.

Wir haben unsere internationalistische Pflicht für unser Brudervolk von Angola erfüllt, und wir sind stolz darauf, dies getan zu haben. Wir sind stolz auf unser revolutionäres Volk, das nötigenfalls den Willen und die Bereitschaft gehabt hätte, Hunderttausende seiner Kämpfer abzustellen. Wir sind stolz auf unsere revolutionären Reservisten und Soldaten, die Schulter an Schulter mit den Angolanern mit dem gleichen Heldentum und dem gleichen Mut kämpften, die ihr Handeln in ihrem eigenen Land kennzeichnen würde. Wir sind stolz auf jene Soldaten, die 10 000 km von ihrem Heimatland entfernt und unter dem Schlachtruf: „Der Kampf geht weiter, der Sieg ist sicher“, ihren eigenen Schlachtruf „Patria o Muerte, Venceremos“ (Vaterland oder Tod, wir werden siegen, d. Red.) ausriefen. Und sie waren vollkommen berechtigt, dies zu tun, weil ihr Kampf Seite an Seite mit den angolanischen Brüdern gleichbedeutend mit dem Kampf für ihr eigenes Land war!

Kubanische Militärhilfe solange wie nötig

Es gab eine Menge Diskussionen in internationalen Kreisen über unsere Hilfe für die Volksrepublik Angola und über kubanisches Militärpersonal in Angola. Die ganze Sache ist sehr klar und einfach. Wie wir alle wissen, ist allmählich all das militärische Personal abgezogen worden, das in der gegenwärtigen Situation nicht mehr benötigt wird. Aufgrund eines Abkommens zwischen der Regierung der VR Angola und der Regierung von Kuba bleiben jedoch kubanische Militäreinheiten und Waffen, die zur Unterstützung der VR Angola im Fall einer Aggression von außen erforderlich sind, noch in Angola. Und sie werden so lange dort bleiben wie nötig.

Was heißt nach der Meinung der Regierungen von Angola und Kuba, der MPLA und der Kommunistischen Partei von Kuba: „So lange wie nötig“?

Nun, wir sagen es noch einmal. So lange es dauert, um die Streitkräfte der VR Angola zu organisieren, auszurüsten und zu trainieren, und bis zu dem Tage, da sie uns nicht mehr brauchen, um irgendeine Invasion, wie die kürzlich erlittene, zurückzuschlagen. Und der Tag wird kommen, an dem sie solche militärische Hilfe nicht mehr benötigen, genau wie in unserem Fall, seit wir in der Lage waren, starke Verteidigungskräfte zu organisieren.

Eines der schändlichsten Verbrechen, das in letzter Zeit von den Imperialisten verübt wurde, war eben die Invasion in Angola, bei der sie in einem leisen, schmutzigen Krieg die regulären Truppen der südafrikanischen Faschisten benutzten. Aber in Angola wurde den südafrikanischen Faschisten die Stirn geboten. Deshalb sei niemand getäuscht oder verwirrt. Angola hat genügend militärische Hilfe! Und, falls eine neue Invasion geschehen sollte, werden kubanische Soldaten erneut Schulter an Schulter mit dem angolanischen Volk kämpfen.

Es gibt Spekulationen in gewissen Kreisen hinsichtlich des Inhalts der Gespräche zwischen dem Genossen Neto und



uns – ob die Gespräche mit militärischen Angelegenheiten zu tun hätten. Tatsächlich betraf das wenigste, worüber wir gesprochen haben, militärische Angelegenheiten. Diese Dinge wurden vor langer Zeit besprochen. Alles zu seiner Zeit, sagen wir.

Angola durchläuft jetzt eine Phase, die nicht in der Hauptsache militärisch bestimmt ist. Aber es wird noch – wie wir nach dem Triumph der kubanischen Revolution – mit dem Kampf gegen konterrevolutionäre Banden konfrontiert. Unnötig zu betonen, daß die Imperialisten versuchen – in gleicher Weise, wie sie es jahrelang in Kuba taten – die friedliche Arbeit in Angola zu stören, zu sabotieren und in Unordnung zu bringen. Aber, um die Wahrheit zu sagen, die konterrevolutionären Organisationen, die FNLA und UNITA, sind völlig demoralisiert und werden nie wieder auf die Beine kommen. Jetzt widmen sie sich zwei verschiedenen Typen von Kriegführung: ein Krieg der Erklärungen in einigen Hauptstädten, mit einer Menge Gerede über „in die Offensive gehen“, Schlachten, Siege etc., die nur auf dem Papier existieren. Tatsache bleibt, daß das, was diese Gruppen von Banditen – die wir nur zu gut kennen, weil sie sich, wie Ihr

Euch alle erinnert, hier in Kuba der Ermordung von Lehrern, Ärzten, Arbeitern und Bauern verschrieben haben – wirklich tun, das Folgende ist: Sie kommen in ein Dorf und versuchen Terror unter den Menschen zu säen. Sie morden Frauen, indem sie ihnen die Bäuche aufschlitzen, und sie ermorden Kinder, indem sie sie in den Häusern, die sie in Brand gesteckt haben, zu Tode verbrennen lassen.

Das ist die Art abscheulicher Verbrechen, die sie begehen, durch die sie mehr und mehr den Haß der Bevölkerung ernten. Diese Banditengruppen haben keine Chance in Angola, noch werden sie jemals einen Kampf gegen die FAPLA anfangen können.

Das neue Angola braucht „Helden des Friedens“

Angola ist jetzt hauptsächlich mit Aufgaben von zivilem Charakter konfrontiert. Für die Angolaner ist die Zeit gekommen, ihr Land wieder aufzubauen und zu entwickeln, und die Revolution vorwärts zu treiben. Sie sind mit einer Menge von Aufgaben unter sehr schwierigen Bedingungen konfrontiert.

Welches Erbe hinterließ der Kolonialismus in Angola?

Die Kolonialisten machten sich keine Mühe, den Angolanern beizubringen, wie man einen Traktor oder einen Lastwagen fährt. Sie lehrten sie überhaupt nichts. Sie bildeten sie noch nicht einmal als gelernte Arbeiter aus.

In Angola hinterließ der Kolonialismus in seiner Nachfolge eine Analphabetenrate von 90 %. Darüberhinaus verließen die kolonialen Besitzer Farmen, Fabriken, einfach alles, und nahmen die Techniker mit. Die Hilfe, die Angola heute am dringendsten braucht, ist von zivilem Charakter, von technischem Charakter. Und die Gespräche zwischen der angolanischen und kubanischen Delegation haben diese Form der Zusammenarbeit behandelt.

Wir werden mit den Angolanern auf jedem Gebiet zusammenarbeiten: auf politischem Gebiet, auf militärischem Gebiet, indem wir ihnen helfen, ihre Streitkräfte zu organisieren und zu trainieren, ihnen helfen, Kader für den Kampf gegen Sabotage und Konterrevolution auszubilden! Und wir werden mit den Angolanern auf vielen anderen Gebieten zusammenarbeiten, auf denen wir in der Lage sind, dies zu tun.

Natürlich kann die Hilfe für Angola nur durch die Zusammenarbeit aller sozialistischen Länder bewältigt werden. Und die sozialistischen Länder haben ihren Willen erklärt, mit Angola zusammenzuarbeiten; einige auf diesem Gebiet, andere auf einem anderen.

Wir haben die Zusammenarbeit Kubas mit Angola auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens untersucht. Ein Kontingent von Ärzten und Gesundheitsdienst Helfern arbeitet schon in Angola, und es ist unsere Absicht, diese Art der Zusammenarbeit noch zu erweitern. Dies ist ein Gebiet, auf dem wir Erfahrung haben, und in Angola gibt es sehr umfangreiche Anstrengungen, weil die Kolonialisten auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens überhaupt nichts machten. Dies ist der Grund, warum wir auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens einen wichtigen Beitrag leisten werden.

Wir werden Angola außerdem den Nutzen unserer Erfahrung und unserer Hilfe auf dem Gebiet des Bauwesens zukommen lassen. Wie Ihr alle wißt, haben wir einen beträchtlichen Fortschritt auch auf diesem Gebiet gemacht, und wir sind in der Lage, mit den Angolanern zusammenzuarbeiten. Wir werden außerdem auf den Gebieten der Erziehung, der Fischerei, des Zuckerrohranbaus, der Zuckerindustrie – sie haben vier Zuckerfabriken und haben übrigens schon die Zuckerernte begonnen – und des Kaffeeanbaus zusammenarbeiten. Natürlich werden wir falls erforderlich, auf jedem anderen Gebiet zusammenarbeiten. In dieser Richtung werden wir zu arbeiten haben.

Das heldenhafte Stadium, das Stadium des Krieges, ist vorbei. Dies ist das Stadium des Friedens, und es erfordert Helden des Friedens!

Es gibt mehrere hundert Kubaner, die auf den verschiedensten Gebieten arbeiten, aber wir glauben, daß die Zeit kommen wird, in der zwei- bis dreitausend und sogar noch mehr benötigt werden. (. . .)

Alles in allem benötigen sie dringend Techniker jeder Art. Dies ist das Gebiet, auf dem unser Land Angola Hilfe geben kann. Es wäre dies noch nicht einmal eine Art von Hilfe, die vom ökonomischen Gesichtspunkt her sehr viel kostete, weil es nicht eine Sache von Tonnen Zucker oder Tonnen von Waren ist, denn Angola ist ein Land, das riesige natürliche Ressourcen und ein großes ökonomisches Potential hat. Die Hilfe, die sie jetzt brauchen, ist menschliche Hilfe von ausgebildeten Männern und Frauen.

Zehntausende Kubaner sind zur zivilen Hilfe bereit

Dies ist der Grund, warum wir von unserem Volk, von unseren Arbeitern, und vor allem unseren jungen Leuten erwarten, daß genau so wie Hunderttausende bereit waren, in Angola zu kämpfen, nun Zehntausende bereit sein werden, Angola zivile Hilfe zu geben.

Das heißt nicht, daß wir jede Person, die gehen will, nach Angola schicken. Wir werden nur eine kleine Zahl derjenigen schicken, die bereit sind, zu gehen. Für uns ist das, was zählt, der Geist der Solidarität, der Geist der Zusammenarbeit.

Niemand soll denken, daß ein Volk etwas verliert, wenn es einem anderen hilft. Wenn ein Volk einem anderen hilft, ist dies kein Verlust, sondern ein Gewinn. Unser Land verliert nichts dadurch, daß es einen Arzt in irgendein Land schickt – wie diejenigen, die wir ihren Beruf in Algerien, Jemen, Tansania, Somalia, oder Angola selbst ausüben ließen. Tatsächlich gewinnt das Land dadurch, weil es einen Berufsvertreter gewinnt, der bewußter, revolutionärer wird. Unser Land hat überhaupt nichts dadurch verloren, 900 Bauarbeiter nach Vietnam zu schicken. Stattdessen haben wir hierdurch gewonnen, weil heute diese Arbeiter begeisterte und großartige Kerne in unserer Bauindustrie bilden. Als sie aus Vietnam zurückkamen, wurden sie zur Arbeit an den wichtigsten, auf höchster Dringlichkeitsstufe stehenden Projekte unseres Landes eingesetzt. Unser Land verliert nichts, wenn es einer unserer Techniker verläßt, um eine internationalistische Mission auszuführen. Stattdessen gewinnt unser Land eine ganze Menge. Unsere revolutionäre Bewußtheit und unsere politische Entwicklung gewinnen dadurch. Und diese Haltung auf Seiten unseres Volkes, bereit zu sein zu kämpfen, und bereit zu sein, auf diesem oder jenem Gebiet zu helfen, ist eine Quelle des Stolzes für jede revolutionäre Partei, für jedes Land, und es stellt einen guten Gradmesser dar für die Reife und revolutionäre Bewußtheit unseres Volkes.

Dies ist der Grund, warum sich die Imperialisten immer irren in Bezug auf Kuba, weil sie keine Maßstäbe haben, um solche moralischen Angelegenheiten zu beurteilen. Sie können einfach den Geist und das Bewußtsein eines Volkes nicht schätzen. Sie irrten sich in der Playa Girón (Schweinebucht). Und sie machten einen weiteren Fehler, als sie die Invasion Angolas planten. Sie konnten sich nicht einmal vorstellen, daß Kuba, ein Land, das von Angola durch eine Entfernung von 10 000 km getrennt ist, diesem diese Art von Beistand leisten könnte. Dies war der Grund, warum sie glaubten, daß das Volk, das einer Blockade unterworfen war, das Volk, das sie mit soviel Einsatz zu ruinieren versucht haben, nicht diese Art von Hilfe gewährleisten könnte. Und sie haben sich geirrt! (. . .)

(Quelle: Granma, Havanna, 8. 8. 1976)

Rede von Innenminister Nito Alves

Poder Popular heißt Volksmacht

Das am 5. Februar 1976 vom Revolutionsrat der Volksrepublik Angola verabschiedete Gesetz über die Volksmacht stellt die Verankerung des Hauptinstrumentes der demokratischen Machtausübung durch die Volksmassen in allen staatlichen und gesellschaftlichen Bereichen dar.

Obwohl mit den Aktionskomitees, die von der MPLA initiiert worden waren, eine Form der Volksmacht bereits im Befreiungskampf praktiziert worden war, stellt die umfassende Bildung solcher Komitees bzw. Kommissionen für große Teile der Bevölkerung Angolas etwas Neues dar; dasselbe gilt für die Wahlen zu den Kommissionen, die im Sommer 1976 zunächst in Luanda stattgefunden hatten. Hieraus erklärt sich der grundsätzliche Charakter der Ausführungen Nito Alves, der vor der Unabhängigkeit bereits MPLA-Verantwortlicher für die Massenorganisationen gewesen war. Die Durchführung der Wahlen und die Bildung der Volkskommissionen stellen daher für viele Angolaner einen Lernprozeß dar, in welchem sie mit den grundlegenden Fragen der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung ihres Landes vertraut werden.



Innenminister Nito Alves (l. v.) und Ministerpräsident Lopo do Nascimento

pflegt, über ein einziges System ihren Willen zu äußern – zu sagen, was sie über ihre eigenen politischen, kulturellen, sozialen usw. Angelegenheiten denkt; das andere System ist in unserer Zeit nicht mehr denkbar. Wir nennen das heutige System das System der Delegation der Macht.

Das Delegieren der Macht

In früheren Zeiten, als die Produktivkräfte dies ermöglichten, kannte die Menschheit bekanntlich die sogenannte direkte Demokratie. Die Bewohner einer bestimmten Gegend z. B. – von einer Nation konnte man noch nicht sprechen, es waren Clans – hatten die reale Möglichkeit, sich in einer großen Versammlung zusammenzufinden, wo alle Bürger an der Lösung ihrer Probleme, der Probleme der Verteidigung oder des Lebens in ihrer Gemeinschaft beteiligt waren. Aber als der kapitalistische Markt entstand und mit ihm der Begriff der Nation, als sich die Nation praktisch um einen Wirtschaftsmarkt formierte, konnten die so entstandenen großen Nationen zumindest räumlich gesehen die direkte Demokratie nicht mehr praktizieren. Man kann sich schlecht vorstellen, daß das Volk von Angola von Cabinda bis zum Cunene-Fluß, d. h. 6 Mio Einwohner oder auch 4 Mio (wir werden später sehen, was der Krieg hier verändert hat), sich versammelt, um sich direkt an der Diskussion der allgemeinen Angelegenheiten des Staates zu beteiligen.

Da also eine direkte Demokratie nicht mehr durchführbar ist, weil die Produktivkräfte unserer Zeit dies nicht ermöglichen, pflegt die Nation ihren Willen zu realisieren, indem sie zu einem Mechanismus der Ausübung ihrer Macht, ihrer Souveränität greift, den wir **Mechanismus der indirekten Demokratie** nennen. Diese indirekte Demokratie bildet schließlich die Staatsorgane. Die gewählten Vertreter des Staates vollziehen politische Akte, die jederzeit den ausdrücklichen Willen der ausgebeuteten Massen widerspiegeln müssen. Im konkreten Fall unseres Landes führt die MPLA als Repräsentant der angolischen Nation – sie ist nicht nur Vertreterin des Volkes, sondern ebenso der Nation – einen Kampf, um in Theorie und Praxis die innersten und tiefsten Bedürfnisse der am meisten ausgebeuteten Schichten zu verwirklichen. D. h. das angolische Volk delegiert z. B. an die Volkskommissionen der Stadtteile eine bestimmte Macht oder an die Arbeiterkommissionen in einer bestimmten Fabrik; von dieser Ebene aus delegiert und wird das angolische Volk künftig an die Volkskommission der Provinz eine bestimmte Macht delegieren; das angolische Volk wird im Rahmen dieses Systems der zu schaffenden Provinzkommission entsprechende Vollmachten übertragen.

(. . .) Die **Nation**, auch die angolische Nation, wird oft mit dem **Volk** verwechselt. In Wirklichkeit verhält es sich aber anders. Die harte Sprache der Wahrheit, der historischen Wahrheit, zeigt uns nämlich, daß es anders ist. Solange das System der Ausbeutung in der Welt existiert, d. h. solange es Kapitalismus gibt, und solange es eine Wirtschaftsform des Übergangs zu höheren Produktionsformen gibt, darf man Nation und Volk nicht verwechseln. Die gesamte Nation

Die Nation muß sich also dessen bewußt sein, daß diese Macht nur auf indirektem Wege ausgeübt werden kann. Aber wir können auch sagen, daß eine der Hauptgrundlagen des Gesetzes über die Volksmacht ein an der Basis praktiziertes System von Volksversammlungen ist. In der Stadt heißen sie heute Volksversammlungen des Stadtteils, auf dem Land Volksversammlungen des Dorfes. Sie sind die einzigen Organe, die auf einer direkten Demokratie beruhen. Die Kommissionen, die auf höherer Ebene entstehen, kommen durch indirekte Wahl zustande.

Wenn wir vom System der Delegation der Macht sprechen, also von Stadtteil- oder Dorfkommissionen, dann stellt sich erneut das Problem der Souveränität des Volkes. Wie kann in einem System, wo diejenigen, die die Nation regieren sollen, indirekt gewählt werden, das Volk oder die ganze Nation die Kontrolle und schließlich seine eigene Souveränität ausüben?

In einem solchen System der indirekten Wahlen, einem fortschrittlichen System, hat die Nation die Möglichkeit, ihre Souveränität ausgehend von dem einzigen Prinzip, der **Kontrolle des Volkes** über seine Mandatsträger, auszuüben. Das heißt: Unter allen Umständen und zu jeder Zeit hat die Volksversammlung eines Dorfes, eines Stadtteils die völlig legale, institutionell abgesicherte Möglichkeit, die Genossen zu kontrollieren, denen im Stadtteil, im Dorf ein bestimmtes Mandat von den Massen übertragen wurde.

Die Essenz einer echten Volksdemokratie

Das fortschrittliche Verwaltungsrecht, das in Angola noch keine Tradition hat (wir sind dabei, seine Grundlagen zu schaffen), geht zudem davon aus, daß diese Möglichkeit des Eingreifens der Massen, der Nation nur dann wirksam werden kann, wenn die Volksversammlung eines bestimmten Gebiets, etwa die Stadtteil- oder Dorfversammlung, die legale Möglichkeit hat, in jeder Situation, wenn gute Gründe vorliegen, ihre eigene Kommission abzusetzen oder die Entlassung des betreffenden Kommissars vorzuschlagen. Mit anderen Worten: Das Gesetz über die Volksmacht, das morgen in der Zeitung *Diário da República* zur Bekanntgabe an die Nation veröffentlicht wird, sieht vor, daß jede Kommission, die Stadtteilkommission auf Stadtteilebene, die Gemeindekommission auf Gemeindeebene, die Kreiskommission auf Kreisebene, die Provinzkommission auf Provinzebene, jederzeit absetzbar ist – wegen Nichteinhaltung der politischen Linie der MPLA oder der Richtlinien der Regierung etc.; aus ernstzunehmenden Gründen kann also eine solche Kommission jederzeit abgesetzt werden, und nicht nur das. Auch was den Kommissar betrifft, der auf Gemeindeebene der Vertreter der Regierung in der Gemeinde ist oder der Kreiskommissar als Vertreter der Regierung und des Revolutionsrats im Kreis, der Provinzkommissar als Vertreter der Regierung und des Revolutionsrats in einer Provinz, so kann seine Entlassung von den Massen vorgeschlagen werden. Nur auf diese Weise, glauben wir, kommen wir schließlich zu einer dynamischen, aktiven Demokratie, zu einem System der echten Volksdemokratie. Da räumlich gesehen eine direkte Demokratie unmöglich ist, wird sie durch ein System der verschiedenen Entscheidungsebenen, der verschiedenen Delegationsformen, durch das System der Beteiligung des Volkes an einer zeitlich gesehen relativ direkten Demokratie ergänzt.

Wir sehen also, daß die **Volksmacht** in Angola zumindest in der gegenwärtigen Phase die Theorie und Praxis des Übergangsstadiums zu einem neuen Produktionssystem ist, und die MPLA wird sehr bald festlegen, welches System das sein wird. Aber wir alle wissen, daß der Name nicht das Problem ist, sondern der Inhalt, die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Aber jetzt ergibt sich ein anderes Problem: Was hat das für

Konsequenzen, da der Staat in Angola ein Staat des Übergangs ist, des Übergangs zu einer höheren Regierungsform, da dieser Staat in der Zeit des Krieges entstanden ist, in der es eine antiimperialistische Front gab und gibt, die objektiv alle werktätigen Klassen und alle patriotischen Schichten der nationalen Bourgeoisie umfaßt? Das Problem verdient, sehr genau untersucht zu werden, und zwar ganz besonders von den Leitungs- und Einsatzkommissionen.

In einer Zeit, in der es eine antiimperialistische Front gibt, die unbestreitbar von der MPLA unter Führung des Genossen Präsidenten Dr. Agostinho Neto geleitet wird, stellt sich die Frage, wie in einer Situation des Klassenbündnisses die Grundlagen der Volksmacht geschaffen werden können. In der Politik ist Nüchternheit und Objektivität notwendig. Es ist nämlich erforderlich, die Grundlagen der Volksmacht zu schaffen und gleichzeitig die **antiimperialistische Front** zu bilden und einen **revolutionären antiimperialistischen Prozeß** durchzuführen. Die Geschichte Angolas beweist es.

Die Grundlage der Volksmacht ist die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, durch die werktätigen Massen. Die Volksmacht ist die Negation jeder Form der Ausbeutung in Angola. Die Idee der Negation der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, wie sie von der MPLA definiert wurde, wird vor allem von den Arbeitern und Bauern schneller umgesetzt. Es läßt sich daher erreichen, daß sowohl die tägliche Praxis der antiimperialistischen Front als auch der Staat von der Basis her und nicht künstlich entstehen und effektiv arbeiten. Es ist also möglich, daß zeitlich und räumlich in Angola die antiimperialistische Front und die Volksmacht nebeneinander bestehen. Denn die Volksmacht hat nach Auffassung der MPLA und des Revolutionsrats eine historische Mission zu erfüllen, die über den Rahmen einer antiimperialistischen Front hinausgeht. Man muß ruhig und überlegt an die Frage herangehen, wie die MPLA sagt, um voranzuschreiten und die historischen Gesetze einer jeden Etappe genau zu erfüllen.



Gebäude der Volkskommission in Catambor

Es ist so gesehen von besonderer Wichtigkeit, wie der Revolutionsrat formulierte, daß – und hier liegt die Verantwortung der Kommissionen – bei den nächsten Wahlen zu den Gemeinde-, Kreis- und Provinzkommissionen die Werktätigen dort die Mehrheit haben; denn nur so läßt sich das Gesetz über die Volksmacht wirklich buchstabengetreu verwirklichen.

Wenn wir hier von der MPLA und im besonderen von den Leitungskommissionen sprechen, dann meinen wir, daß das Gesetz über die Volksmacht sich nur dort anwenden läßt, wo die Leitungskommissionen auch wirklich stark sind, wo die Aktionskomitees und die Komitees der MPLA auch wirklich gefestigt sind. Denn, wie wir sehen, ist eine tatsächliche, ja echte Volksmacht nur möglich, wenn sie von den Parteiorganisationen ihre Orientierung erhält und diese praktiziert. Das

Gesetz Nr. 1/1976 über die Volksmacht

Kapitel I

Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 – Definition

1. Organe der Volksmacht, auf die sich die folgenden Artikel beziehen, sind die Organe, durch die die Volksmassen unter Führung und Kontrolle ihrer revolutionären Avantgarde, der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA), die politische Macht ausüben.

2. Den Organen der Volksmacht obliegt die Verteidigung, Festigung und Weiterentwicklung der revolutionären Errungenschaften der Volksmassen, vor allem der Arbeiter und Bauern.

Artikel 2 – Die Organe der Volksmacht

1. Organe der Volksmacht sind:

- a) Die Gemeindekommissionen in den Gemeinden
- b) Die Kreiskommissionen in den Kreisen
- c) Die Provinzkommissionen in den Provinzen
- d) Die Volksversammlung. (. . .)

Kapitel II

Die Basisorgane der Volksmacht

Abschnitt I – Die Volksorganisation in den Dörfern

Artikel 4 – Definition und Zusammensetzung

1. Die Volksversammlung des Dorfes ist das Organ, worüber die Einwohner des Dorfes die Volksmacht ausüben.

2. Die Volksversammlung des Dorfes setzt sich aus allen Bewohnern des Dorfes zusammen. Stimmrecht haben jedoch nur diejenigen, die das 18. Lebensjahr erreicht haben.

Artikel 5 – Aufgaben

Aufgabe der Volksversammlung des Dorfes ist es:

- a) Die Volkskommission des Dorfes zu wählen und zu entlassen;
- b) über die Tätigkeit der Volkskommission des Dorfes zu befinden;
- c) den Gesundheitsbeauftragten zu wählen und zu entlassen.

Artikel 6 – Zusammenkunft

Die Volksversammlung des Dorfes tritt mindestens einmal im Monat zusammen oder wenn sie von der Volkskommission des Dorfes oder von einer festzulegenden Mindestzahl von Einwohnern einberufen wird.

Artikel 7 – Definition, Zusammensetzung, Wahl

1. Die Volkskommission des Dorfes ist das Vertretungsorgan der Dorfbewohner.

2. Die Volkskommission des Dorfes setzt sich aus mindestens fünf und höchstens zehn Mitgliedern zusammen, die direkt und öffentlich in der zu diesem Zweck einberufenen Volksversammlung des Dorfes gewählt werden.

3. Außer den ordentlichen Mitgliedern der Volkskommission des Dorfes werden noch drei Ersatzmitglieder gewählt.

Artikel 8 – Aufgaben

Aufgabe der Volkskommission des Dorfes ist es:

- a) Die Bauernmassen zur Diskussion und Lösung ihrer drin-

gendsten und unmittelbaren Probleme und für die Aufgaben des Widerstandes und des Aufbaus der Volksdemokratie zu mobilisieren und zu organisieren;

b) die Verbindung zu den übrigen Organen der Volksmacht zu gewährleisten, um so zur Stärkung des Bündnisses von Arbeitern und Bauern beizutragen;

c) auf der Grundlage der richtigen politischen Linie der MPLA ständig die politische Situation zu analysieren und die von den Volksmassen im revolutionären Prozeß zu übernehmenden Aufgaben und Kampfformen festzulegen mit dem Ziel des Aufbaus einer Gesellschaft, die frei ist von der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen;

d) konkrete Maßnahmen vorzubereiten und zu treffen, um die Richtlinien der übergeordneten Organe der Volksmacht zu verwirklichen;

e) unter den Massen die richtigen Ideen zu verbreiten, um ihr politisches Bewußtsein zu heben und ihre Teilnahme am Kampf zu erhöhen;

f) Aberglaube, Tribalismus, Regionalismus und Rassismus durch die öffentliche Diskussion im Volk zu bekämpfen, um so einen Beitrag zur Hebung des politischen Bewußtseins der Bauernmassen zu leisten;

g) Alkoholismus, Prostitution, Müßiggang, Fernbleiben von der Arbeit und andere unsoziale Verhaltensweisen zu bekämpfen;

h) die Formen der Neuordnung des sozialen Lebens auf dem Dorf zu diskutieren und festzulegen;

i) Stellung zu nehmen zu den Formen der Organisation der Produktion im Dorf und besonders zur Reservierung von Land für den gemeinsamen Anbau von Nahrungsmitteln und zur Anwendung der auf höherer Ebene entwickelten Prinzipien der Agrarreform;

j) kollektive Produktionsformen zu entwickeln und zu unterstützen;

k) sich zur Verteilung der Produkte im Dorf zu äußern und dabei Spekulation, Hamstern, Schmuggel und Wirtschafts-sabotage in Zusammenarbeit mit den zuständigen Institutionen zu bekämpfen und die Kontrolle der Bauern über die Vermarktung ihrer Produkte zu entwickeln;

l) Stellung zu nehmen zur Lösung von Wohnungs-, Gesundheits-, Erziehungs-, Nachrichten- und Transportproblemen sowie zu allen Angelegenheiten, die für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Volksmassen in dem entsprechenden Dorf von Bedeutung sind;

m) sich zu äußern zu den Formen der Beteiligung des Volkes an der Sicherung und Verteidigung des Dorfes unter Anleitung durch die zuständigen Instanzen der Volksbefreiungsstreitkräfte (FAPLA);

n) bei den zuständigen Justizorganen die Verurteilung der Verbrechen des Verrats am Befreiungskampf zu fordern, wenn diese im Zuständigkeitsbereich dieser Organe oder von in diesem Bereich wohnhaften Personen begangen wurden;

o) die Tätigkeit der öffentlichen Dienste und Behörden durch zu diesem Zweck aufgestellte Verordnungen zu überwachen;

p) regelmäßig der Volksversammlung des Dorfes und der Gemeindekommission Rechenschaft über ihre Tätigkeit abzulegen;

q) von der Gemeindekommission angeforderte Gutachten zu erstellen;

r) monatlich oder wann immer es erforderlich ist, die Volksversammlung des Dorfes einzuberufen. (. . .)

(Quelle: Lei do Poder Popular, Luanda 1976)

ist eine These, die sich für uns alle bereits bestätigt hat. Um das zu erreichen, müssen die Leitungskommissionen große Anstrengungen unternehmen, damit die augenblicklichen Schwächen auf dem Gebiet der Organisation überwunden werden, die z. B. in den jeweiligen Provinzen bestehen. Die Genossen von Kuanza-Sul beispielsweise müssen sich unbedingt im Sinne unserer Bewegung organisieren. Dasselbe gilt für die Genossen von Malanje. Nur wenn die MPLA über eine starke Organisation verfügt, wird es möglich sein, die Volksmacht zu errichten. Und nur so wird jede Form des Opportunismus, jede andere, wenig geeignete Form der politischen Tätigkeit ausgeschlossen. Schließlich stellt sich das Problem auch im Staat, nämlich, wenn das Volk über Volkskommissionen der Stadtteile und Dörfer am Staatsleben beteiligt ist. Es erhebt sich dann die Frage: Welches Prinzip soll dabei zugrunde gelegt werden? Das einzige Prinzip ist das des demokratischen Zentralismus.

Der Mechanismus des Anhörens und des Dialogs . . .

Der demokratische Zentralismus bietet die einzige Gewähr dafür, daß die übergeordneten Instanzen keine Stellung beziehen, ohne die Basis vorher zu befragen.

Nehmen wir ein konkretes Beispiel: Eine Provinz, die dezentral verwaltet werden soll (was das ist, werde ich später erklären), kann ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn die Zentralgewalt ständig darüber informiert ist, was in der Provinz geschieht. Es ist wichtig, daß die Meinung der Provinz respektiert wird und die einzige Möglichkeit, dies abzusichern, ist zweifelsohne der demokratische Zentralismus. Wenn die Provinz Meinungen respektieren muß bzw. wenn ihre Auffassung von der Zentralgewalt respektiert werden muß, dann hat selbstverständlich auch die Zentralgewalt das Recht, die Auffassungen der Provinz zu korrigieren, wenn sie mit den grundlegenden Interessen der Nation kollidieren. Und in einer Provinz muß die oberste Instanz, nämlich die Provinzregierung, die Auffassung eines Kreises respektieren; dasselbe gilt für das Verhältnis Kreis – Dorf. Mit anderen Worten: Nur auf der Grundlage dieses Mechanismus, von unten nach oben und von oben nach unten, eines Mechanismus des Anhörens, des Erklärens und des Dialogs ist diese Regierungsform zu verstehen. Mehr noch: Der demokratische Zentralismus beschränkt sich nicht einfach auf das Anhören der Basis durch die Leitungsinstanzen. Das wäre wenig; vielmehr muß auch die Spitze, müssen die ganzen übergeordneten Instanzen, wie es im Gesetz vorgesehen ist, den Basisorganen Rechenschaft ablegen.

So muß z. B. der Provinzkommissar regelmäßig Versammlungen im Kreis abhalten; die Provinzkommission regelmäßig Sitzungen mit untergeordneten Instanzen abhalten zur gegenseitigen Information.

Was heißt Rechenschaftslegung? Es ist wichtig, daß die Basisinstanzen wissen, ob der vom Revolutionsrat gefaßte Plan auch durchgeführt wird oder nicht; daß das Dorf weiß, ob seine Ansicht gehört wurde oder nicht und wenn ja, ob die Provinzkommission seinen Bedürfnissen gerecht wird oder nicht. Fehlt dieser Mechanismus, dann haben wir es mit einem bürokratischen Staat zu tun. Wenn den untergeordneten Organen nicht Rechenschaft von den von ihnen gewählten Organen abgelegt wird und sie nicht zur Rechenschaft gegenüber den übergeordneten Organen verpflichtet sind, dann handelt es sich noch nicht um einen volksdemokratischen Staat im eigentlichen Sinne.

. . . ist unbürokratischer demokratischer Zentralismus

Der demokratische Zentralismus beschränkt sich jedoch nicht darauf. Er sieht außerdem vor, daß etwa eine Provinzkommission und auch der Provinzkommissar, wenn es die Umstände des Kampfes erlauben und es der revolutionäre Prozeß

ratsam erscheinen läßt, zu einer Volksversammlung gehen und offene Selbstkritik vortragen, wenn objektiv Fehler begangen wurden. Das Prinzip der Selbstkritik ist im Gesetz genau fixiert. Es genügt also nicht zu kritisieren. Die Kritik erstarkt mit der Selbstkritik und wenn z. B. die übergeordneten Organe nicht nur zur Kritik an den untergeordneten Organen, sondern auch zur Selbstkritik fähig sind, dann schaffen wir wirklich einen volksdemokratischen Staat.

Zum Abschluß des ersten Teils meiner Ausführungen noch eine Frage: Welche Beziehungen bestehen auf Provinz-, Kreis- und Stadtteilebene zwischen den Organen der Bewegung und denen des Staates? Wir hoffen, daß sich in der Zukunft die Kompetenzen – zwischen der Leitungskommission und der Provinzkommission – nicht mehr überschneiden werden. Der Provinzkommissar erhält in seiner Provinz in der Tat Richtlinien von der Regierung und vom Revolutionsrat. Die Leitungskommission kann auf Provinzebene in einem ständigen Dialog mit dem Provinzkommissar stehen, um zu verhindern, daß der Provinzkommissar die Linie der MPLA verläßt. Aber die Leitungskommission kann nicht einen politisch-administrativen Akt eines Provinzkommissars annullieren. Die Leitungskommission hat also, um es noch einmal zu sagen, nicht die Kompetenz, unmittelbar konkrete Maßnahmen des Provinzkommissars wieder rückgängig zu machen, denn in der Regierungsgewalt untersteht der Provinzkommissar nicht der örtlichen oder regionalen Leitungskommission, sondern der Zentralregierung. Wir hoffen, daß solche Konflikte schnell gelöst werden und daß es zu keinen größeren Auseinandersetzungen oder Unklarheiten mit den Provinzkommissionen kommt, wenn die Leitungskommissionen ihre Aufgabe erfüllen. Das gleiche gilt für die Aktionskomitees in den Kreisen. Das Aktionskomitee eines Kreises kann nicht die Maßnahmen des Kreiskommissars umstoßen; der Kreiskommissar erhält seine Richtlinien vom Provinzkommissar, und das Aktionskomitee des Kreises kann dies nicht rückgängig machen, weil das zum totalen Chaos, zur Anarchie führen würde. Die einzige Möglichkeit, daß die Organe der Bewegung und des Staates miteinander harmonisieren, besteht darin, daß jeder die Aufgaben wahrnimmt, die ihm erteilt wurden – im Falle der Leitungskommission von der MPLA, wenn es sich um ein Regierungsmitglied handelt von der Regierung und der MPLA.

Direkte und öffentliche Wahl der Volkskommissionen

Wir wollen uns auch mit dem Problem der **Wahlen** beschäftigen. Die Errichtung der Volksmacht ist bereits vorbereitet. Wir wissen, an welchem Tag wir beispielsweise in Luanda Wahlen haben werden, wir wissen, wann in Kuanza-Sul gewählt wird, auch der Tag der Wahlen in Kuanza-Norte ist festgelegt. Und damit die Wahlen zu einem Erfolg werden, haben wir über ihre Form diskutiert, und wir sind zu dem Schluß gekommen, daß folgende Form in der gegenwärtigen Phase die beste ist, nämlich das Prinzip der direkten Wahl. Was die Wahl mit Wählerlisten, Stimmzetteln usw. angeht, so ging der Revolutionsrat davon aus, daß dieses Prinzip in der gegenwärtigen Phase für Angola noch nicht anwendbar ist. Dieser klassische Mechanismus ist äußerst kompliziert, und wir beabsichtigen, daß die Wahlen schnell durchgeführt werden und politisches Vertrauen in den Prozeß setzen. Wir haben also für die nächsten Wahlen noch keine Wählerlisten und keine Stimmzettel, wir werden vielmehr eine direkte Wahl haben.

Die direkte Wahl sieht folgendermaßen aus: In einem Stadtteil werden sich am Wahltag alle Bewohner über 18 Jahre zum Wahllokal begeben. Sie wählen dort die Volkskommission ihres Stadtteils. Dies ist die einzige Möglichkeit, ein einigermaßen sauberes Wahlverfahren zu gewährleisten. Im Dorf versammeln sich ebenfalls alle Bewohner im Wahllokal, das ist der Versammlungsort der Dorfversammlung, um die Volkskommission ihres Dorfes zu wählen. Die Wahl wird

direkt und öffentlich sein, geheime Wahl gibt es nicht. Diese Form der Wahl wurde in vielen Ländern der Welt praktiziert. In künftigen Versammlungen und Seminaren können wir im einzelnen die Gründe unserer Entscheidung für die direkte Wahl darlegen.

Alte Kolonialagenten sind nicht wählbar

Die Wahl ist direkt und öffentlich. Also stellt sich die Frage: Wer soll gewählt werden? Wer eignet sich als Kandidat für eine Stadtteilkommission oder eine Provinzkommission? Es ist erst einmal denkbar, daß ein aktives Mitglied der MPLA gewählt wird. Der Genosse, der gewählt wird, muß ein aktives Mitglied der MPLA sein, das in irgendeiner Weise in der Produktion steht. Es muß ein Genosse sein, der arbeitet – entweder in der Fabrik, was vorzuziehen ist, oder in der Landwirtschaft oder in einem anderen Arbeitsbereich, aber es muß auf jeden Fall ein Genosse sein, der konkret in der Produktion beschäftigt ist. Aber es sind viele Genossen in der Produktion tätig. Es müssen also noch genauere Festlegungen getroffen werden. Es gibt eine bestimmte Kategorie von Angolanern, von angolanischen Bürgern, die nicht gewählt werden können; denn wenn diese Schicht, diese Kategorie



Zuckerfabrik Tentatavia

von Angolanern, gewählt würde, gäbe es nirgendwo eine Volksmacht.

Wenn ich von einer Schicht, von einer Kategorie von Bürgern spreche, dann will ich anführen, was das Gesetz über die Volksmacht sagt. Es gibt z. B. in den angolanischen Fabriken, entweder in der Leitung einer Fabrik oder in der Fabrik selbst, in bestimmten Bereichen des öffentlichen Lebens Angolas, in der Verwaltung, im Finanzwesen aufgrund eines Opportunismus, der auf das zurückzuführen ist, was wir Ironie der Geschichte nennen, Elemente, die mit der DGS (ehemaliger portugiesischer Geheimdienst, d. Red.) zusammengearbeitet haben.

Während die anderen Genossen kämpften, sich im Gefängnis oder in den Wäldern befanden, waren diese Elemente Techniker oder Spezialisten – in Radiostationen der Kolonialmacht. Während die Bomben aus den portugiesischen Fiat- und Fougas-Flugzeugen fielen, die „Flechas“ (aus Afrika) bestehende Terrorkommandos der Kolonialmacht, d. Red.) heftige Angriffe starteten, während in S. Nicolau und in anderen angolanischen Konzentrationslagern Angolaner kaltblütig erschossen wurden, gab es Angolaner, die dafür arbeiteten, daß der Kolonialismus tun konnte, was er tat. Es ist klar, daß diese Kameraden nicht gewählt werden können. Ein Agent der PIDE (die PIDE wurde 1969 in DGS umbenannt, d. Red.) kann nicht für die Volksmacht kandidieren.

Ich möchte hier an einen Ausspruch erinnern, der nicht von mir stammt, sondern von einem Führer der MPLA, dem Genossen Lúcio Lara, der vor einiger Zeit sagte: Es gab auch

Angolaner, die sich schämten, sich Angolaner zu nennen, während das Vaterland im Kampf stand. Diese Scham gibt es heute nicht mehr. Diese Genossen müssen jedoch zuerst einmal ihr kämpferisches Engagement unter Beweis stellen, um gewählt werden zu können.

Das Problem der Demokratie ist also eine Frage von Leben und Tod für die Volksmassen. Ein großer revolutionärer Theoretiker hat gelehrt: Wenn ein fortschrittlicher Staat entsteht, wenn eine Bewegung, in unserem Fall eine Bewegung wie die MPLA, die Macht ergreift, dann muß sie sehr aufmerksam und wachsam sein. Wir können die Demokratie nicht auf Bürger ausdehnen, die diese Demokratie verkaufen würden. Daher die rigorose Einschränkung, die für alle gilt, die sich immer noch zum ELP („Portugiesische Befreiungsarmee“, 1974 von der portugiesischen Reaktion aufgebaute Bürgerkriegsarmee, d. Red.) zugehörig fühlen, die immer noch FNLA-Leute oder Agenten der PIDE sind. Es wäre eine Gefahr für das angolanische Volk, für die MPLA, wenn wir die Demokratie auf diese Menschen ausdehnen würden. Das ist die bittere Wahrheit, aber diese Wahrheit muß mit all ihren Konsequenzen immer wieder gesagt werden.

Den Opportunismus beim Namen nennen

Die antiimperialistische Front, die die MPLA erhalten muß (sie zu negieren hieße, die Politik nicht zu verstehen; sie muß erhalten werden, wie es auch in der Proklamation gefordert wurde), kann nur eine dynamisch konzipierte Front sein, wobei der Härte des Reinigungsprozesses niemand aus subjektiven Gründen zum Opfer fallen darf. Die MPLA weist keine Personen zurück, sie weist Linien zurück. Aber die MPLA muß auch eine grundlegende Auslese vornehmen und zwar dahingehend, daß die Volksmassen jederzeit und bei jedem Kandidaten die Möglichkeit haben, sich von jenen Bürgern zu befreien, die, sobald sie wählen dürfen oder gewählt werden, das Volk zu ihrem ersten Opfer machen. Das gilt es zu vermeiden. Das ist es, was wir Gesetzlichkeit des Systems nennen.

Das Regime muß eine bestimmte Gesetzlichkeit verteidigen. Diese Gesetzlichkeit muß notwendigerweise revolutionär sein. Die **revolutionäre Gesetzlichkeit**, die die MPLA verteidigt, ist völlig unvereinbar mit jeglicher Art von Opportunismus und deshalb – wir unterstreichen das noch einmal ohne Rücksicht auf die Konsequenzen – können alle früheren Agenten der PIDE, alle Agenten von CIA, ELP, FNLA usw. (wir wollen dieses Thema jetzt abschließen) nicht gewählt werden. (...)

Maßstäbe: revolutionäre Hingabe und Qualifikation

Hier erhebt sich die Frage: Was zeichnet einen Provinzkommissar aus? Wenn der Provinzkommissar eine so große Verantwortung trägt, welchen Anforderungen muß er dann gerecht werden? Unserer Meinung nach müssen hier vor allem zwei Dinge genannt werden: Er muß ein bedingungsloser Kämpfer sein, den eine bedingungslose Treue zur politischen Linie der MPLA und die bedingungslose Durchführung der Direktiven des Zentralkomitees und des Politbüros der MPLA auszeichnet, und zweitens muß er für dieses Amt qualifiziert sein.

Was die **Qualifikation** angeht, so hat es darüber schon viele Diskussionen gegeben. Sie besteht vor allem in der Fähigkeit, eine bestimmte Aufgabe zu bewältigen. Diese Fähigkeit, die Kompetenz eines Beamten definieren wir nicht so wie das Kolonialregime. Wie die MPLA diese Fähigkeit definiert, ist eine Sache; wie Regimes, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verteidigen, sie definieren, ist eine andere Sache. Wir dürfen natürlich nicht populistisch (im Sinne von verlogener Volksverbundenheit, d. Red.) sein; eine verantwortungsbewußte Bewegung betreibt keinen Po-

populismus. Auch Populismus ist eine Form des Opportunismus. Aber klar ist, daß wir versuchen, für diese Aufgaben immer die Fähigsten zu finden. (. . .)

Eines der Übel des alten Regimes und eines der Übel der Bürokratie ist nun einmal die **Korruption** auf allen Ebenen. Leider haben wir, wenn wir heute in Angola von Korruption sprechen, noch keine Definition davon und noch keine konkrete Darstellung, warum diese Korruption entsteht. Aber die Korruption ist in einer Unzahl von Spielarten zu beobachten, und eine der uns bekannten ist die Politik der Speichellecker. Ein Provinzkommissar muß ständig Meinungen anhören. Er muß so kämpfen, daß er keine Schmeichler heranwachsen läßt, denn sie sind schlecht für einen Provinzkommissar, ja für alle Menschen; sie können unter bestimmten Umständen sogar die Revolution gefährden.

Wir sprechen hier von dem Gesetz über die Volksmacht, von einem eminent politischen Gesetz. Schließlich ist das Gesetz über die Volksmacht der Beginn eines Staates, an dem die Massen selbst beteiligt sind. Dabei ist zu beachten: Wenn ein Recht gewährt wird, wird gleichzeitig eine Pflicht gesetzt. Wir haben bereits gesehen, daß die Volkskommissionen der Stadtteile nun bedeutende Verantwortung tragen müssen, die weit über die Aufgaben hinausgeht, die diese Stadtteil- oder Dorfkommisionen bisher wahrgenommen haben.

Das Gesetz über die Volksmacht – ein eminent politisches Gesetz

Dieses politische Programm muß verwirklicht werden und zwar nach folgendem Prinzip: Jeder politische Akt, jede Regierungsmaßnahme, die sich nicht in den Rahmen der Gesetze einfügen, stellen einen illegalen Akt dar. Es muß klar sein: Wir werden dafür kämpfen, daß es nicht zu einer Fülle von Ungesetzlichkeiten kommt, denn sonst entsteht ein Chaos, und niemand kann wirklich regieren, auch die MPLA nicht. So erhalten die Genossen, die die Stadtteilkommisionen, die Kreis-, Provinz- und Gemeindegemeinschaften leiten werden, am Tag der Wahlen, am Tag der Amtsübernahme die Aufgabe, die Massen bei der Verwaltung der Angelegenheiten der Nation anzuleiten. (. . .)

Verwaltungsreform im Übergangsstaat

Die Genossen, die nur aus wirtschaftlichen Zwängen heraus Verwaltungsbeamte waren, die ihrer Rolle als Beamte gerecht wurden, diese Genossen, die während des Krieges nicht gegen die MPLA waren und es auch jetzt nicht sind, ihnen stellen wir nichts in den Weg. Sie können in den Apparat nach der vorgesehenen Reform übernommen werden.

Es gibt natürlich bei einer solchen Reform ein Problem: In der Tat haben einige Leute Angst, nämlich die, die dem Volk von Angola gegenüber keine reine Weste haben. Alle derzeitigen Verwaltungsbeamten haben nichts zu befürchten, weil sie nichts verlieren, im Gegenteil nur gewinnen; denn wer bei diesem revolutionären Prozeß verloren hat, das war der Kolonialismus. Wir sind uns alle einig: Durch die Befreiung Angolas hat der Imperialismus verloren. Er wird vollständig verlieren, auch wenn es noch nicht ganz so weit ist. Auf militärischem Gebiet ist es möglich, auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet wird es sich zeigen. Aber wer in der Tat durch die revolutionären Veränderungen verliert, das sind die Rückwärtsgewandten. Sie müssen mit der Verwaltungsreform rechnen. Und diese Reform, die bald in Kraft tritt, wird ebenso wie das Gesetz über die Volksmacht ein Sieg der Arbeiter- und Bauernmassen, ein Sieg aller, die arbeiten, ein Sieg der revolutionären Kleinbürger, der revolutionären Intellektuellen sein. Es gibt also keinen Grund zu fragen, wie man es oft hört: „Aber was geschieht mit uns?“ Wer ist wir? Man müßte fragen: „Was geschieht mit dem Volk von Angola?“ Das ist eine völlig legitime Frage. Anstatt zu fragen: „Was wird aus mir als Verwaltungsbeamter, was wird aus mir als Direktor, was wird aus mir in meiner jetzigen Position?“, müßte man fragen: „Was geschieht mit den Volksmassen Angolas?“ Das sind zwei verschiedene Dinge.

Wir sehen also, daß der Aufgabenbereich des Innenministeriums sehr komplex ist, wie überhaupt alle Bereiche; denn hier geht es um die Umwandlung des Staates, um einen Staat im Übergang. In einer Kriegssituation wie bei uns konnte die **Polizei** nicht beim Innenministerium bleiben. Sie nimmt zur Zeit rein militärische Aufgaben wahr, und deswegen ist sie keine Institution, die dem Innenministerium untersteht. Das muß ganz klar sein, auch um zu vermeiden, daß der Gedanke aufkommt, wir lebten in einem Terrorregime. Und so wurde die Polizei in den militärischen Apparat, in das Verteidigungsministerium integriert, um zu zeigen, daß alle bewaffneten Kräfte Teil eines militärischen Kampfes sind. (. . .)

Und schließlich kann die MPLA stolz sein (das soll hier gesagt werden, wenn man unsere eigenen Voraussetzungen, unsere politische, soziale usw. Situation berücksichtigt, wenn man berücksichtigt, was wir aus anderen Ländern an Gesetzgebung in vergleichbaren Phasen kennen), ein Gesetz vorgelegt zu haben, daß in der Tat ein Gesetz über die Volksmacht ist, das zu den fortschrittlichsten gehört, wenn wir andere Länder in vergleichbaren Situationen heranziehen. Wir haben dieses Gesetz vorgelegt.

A Luta Continua! Der Kampf geht weiter!

(Quelle: Lei do Poder Popular, hrsg. vom Informationsministerium der VR Angola, Luanda 1976)

konkret

„die beste linke Zeitschrift, sehr zu empfehlen“
(sagt Tintenfisch 9: Jahrbuch für Deutsche Literatur)



ab 28. Oktober an jedem Kiosk

Interview mit Isaac Nyathi Durchschaubare Ziele des Rhodesienplans Kissingers

Als die fünf afrikanischen Frontstaaten Ende September d. J. in der sambischen Hauptstadt Lusaka den Rhodesienplan von US-Außenminister Kissinger und Rassistenchef Smith zurückwiesen, kursierten in westlichen Breiten die wildesten Gerüchte über eine angeblich gegenteilige, also „positive“ Haltung der Befreiungsbewegung von Zimbabwe. Welche Position der von Joshua Nkomo geführte African National Council (ANC) von Zimbabwe tatsächlich zu den aktuellen diplomatischen Aktivitäten bezieht und was die gegenwärtige Kampfsituation in Zimbabwe kennzeichnet, das schildert unser Interview-Partner Isaac Nyathi. I. Nyathi ist Mitglied des Revolutionsrates des ANC.

AIB: In den westlichen Hauptstädten hatte man an die Kissinger-Missionen der letzten Wochen große Hoffnungen geknüpft und wiederholt von „großen Fortschritten“ in der Rhodesienfrage berichtet. Wie wertete die Befreiungsbewegung Zimbabwes diese propagandistisch hochgespielten Aktivitäten mit den Rassisten-Regimes im Süden Afrikas?

I. NYATHI: Die Situation im südlichen Afrika stieß schon immer in der kapitalistischen Welt, insbesondere den USA, Großbritannien, Frankreich und Westdeutschland auf großes Interesse. Doch nie zuvor konzentrierte sich dieses Interesse so sehr auf die Ebene der Diplomatie, die hauptsächlich auf dem ökonomischen Bereich fußt, auf welchem die Beziehungen immer basierten.

Was das Interesse an den Vorgängen in diesem Gebiet in der letzten Zeit gesteigert hat, ist der Guerillakrieg. Jetzt, nach dem erfolgreichen nationalen Befreiungskampf der Völker von Angola und Moçambique hat dieser Guerillakrieg erheblichen Auftrieb bekommen. Diese Erfolge haben nicht nur die Rassisten in Südafrika in Furcht versetzt, sondern auch ihre imperialistischen Hintermänner, vor allem die USA. Aus diesem Grund hat Vorster nun zum ersten Mal Südafrika verlassen und versucht, in einer diplomatischen Mission in der westlichen Welt, die politische und ideologische Aufmerksamkeit seiner Anhänger auf etwas zu richten, was er für eine Gefahr hält: die steigende Flut des nationalen Befreiungskampfes im südlichen Afrika.

Kissinger: Sendbote westlicher Wirtschaftsinteressen

Bei einem dieser Auslandsaufenthalte traf Vorster kürzlich in Zürich mit Kissinger zusammen. Diesem Treffen folgte sofort eine Reise Kissingers ins südliche Afrika. Im südlichen Afrika besuchte Kissinger in Dar es-Salaam Präsident Nyerere, reiste dann weiter nach Sambia zu Präsident Kaunda und setzte schließlich seine Reise nach Pretoria fort, um mit Herrn Vorster zusammenzutreffen. Nach Vorster traf er sich zweimal mit Smith. Das Hauptthema war dabei natürlich der Befreiungskampf im südlichen Afrika und die Frage, wie sie sich aus dieser Situation herausmanövrieren können angesichts der Eskalation des Widerstandskampfes in Zimbabwe, Namibia und Südafrika. Der wahre Grund des Kissinger-Besuches in diesem Teil der Welt ist also der Versuch der Wahrung amerikanischer Interessen in diesem Gebiet.



Protestaktion gegen den Smith-Kissinger-Plan Ende September d. J. in Mpopoma

AIB: Welche konkreten Interessen des US-Imperialismus sehen Sie hinter den Kissinger-Aktivitäten?

I. NYATHI: Da sind zunächst einmal die amerikanischen Investitionen: über 20 Mrd Dollar allein in Südafrika und etwa eine Mrd Dollar in Zimbabwe – das ist ungeheuer viel. Wie Sie wissen, importiert Amerika bis heute – gegen die UN-Sanktionen – Chrom und Chromprodukte von Zimbabwe mit der Ausrede, dies sei strategisches Material, das sie nicht aus der Sowjetunion beziehen möchten. Die UdSSR ist das einzige andere Land das diese Produkte in großen Mengen herstellt. Es sind diese Interessen, die die Kissinger-Mission motivierten und die zu dem Versuch führten, eine Situation zu verhindern, wie sie in Angola und Moçambique eingetreten ist, wo die progressiven Kräfte die Macht übernommen haben und wo die amerikanischen Monopole die nationalen Natur-schätze nicht mehr nach Gutdünken ausbeuten können. Die Völker haben die Macht ergriffen und machen von ihrem Recht, über ihre nationalen Naturvorkommen zu verfügen, Gebrauch. Dasselbe dürfte wohl in Zimbabwe und Namibia eintreten; und das ist genau was Kissinger verhindern möchte.

Was verbirgt sich hinter Vorsters Rhodesien-engagement?

Daher mußte er mit seinen Agenten Smith und Vorster beraten, was sie zu unternehmen hätten, um – wie er es nennt – eine „kommunistische Machtübernahme“ zu vermeiden. Aus ihrer Sicht steht dieser Kampf unter antikommunistischen Vorzeichen und daher darf den „Kommunisten“ nicht erlaubt werden, das zu tun, was sie in Angola und Moçambique getan haben. In Wirklichkeit natürlich geht es vielmehr darum, daß sie ihr Eigentum retten wollen: ihre Investitionen in diesem Gebiet. Und sie wollen diese Gebiete als Märkte für ihre Rohstoffimporte und ihre Warenexporte erhalten.

Das ist der Hauptgrund für den Besuch Kissingers wie dafür, daß er während seines Aufenthaltes im südlichen Afrika einen Plan für verfassungsmäßige Änderungen in Zimbabwe entwarf. Dieser Plan enthält ein Sechspunkte-Maßnahmeprogramm.

AIB: Welche Rolle spielt heute das südafrikanische Vorster-Regime in der Rhodesienfrage und welchen Platz nimmt es Ihrer Meinung nach in den imperialistischen Anpassungsplänen ein?

I. NYATHI: Die Tragödien Zimbabwes waren immer eng mit äußerer Einmischung verbunden, insbesondere durch Südafrika. Es ist eine geschichtliche Tatsache, daß Südafrika immer ökonomisch und politisch mit Zimbabwe verbunden und an den Vorgängen in Zimbabwe interessiert war. Aus vielen Gründen haben manche Leute Zimbabwe als sechste südafrikanische Provinz bezeichnet. Andere, wie etwa die Südafrikaner, haben es den Pufferstaat gegen die Guerillas genannt.

Das führt uns zu der Frage, weshalb Vorster so großes Interesse an der zukünftigen Entwicklung von Zimbabwe zeigt. Schließlich weiß er mit Sicherheit, daß alles, was in Zimbabwe passiert und was nicht im Interesse der monopolfreundlichen Regimes liegt, daß alles, was die Errichtung eines neokolonialistischen Regimes in Zimbabwe nicht fördert, sein eigenes Regime in Südafrika gefährden wird. Das also wäre der zweite Aspekt seines Engagements. Der dritte Aspekt verbirgt sich hinter der Frage nach der Art der ökonomischen Bindungen zwischen Rhodesien und Südafrika. Sie wurzeln in der Geschichte der Kolonisation, im Auftauchen Cecil Rhodes und der Errichtung seiner Handelsgesellschaft, der British-Southafrican-Company. Diese Firma hat sich heute zu einem multinationalen Konzern entwickelt, der Anglo-American-Cooperation unter Harry Oppenheimer. Dieser Konzern besitzt riesige Güter im Lande. Er besitzt Gerbereien, große Zuckerplantagen und die Baumplantagen in den östlichen Distrikten. Der Konzern hat ausgedehnte Bergbauanlagen im Lande: Chrom, Kupfer, Gold etc.

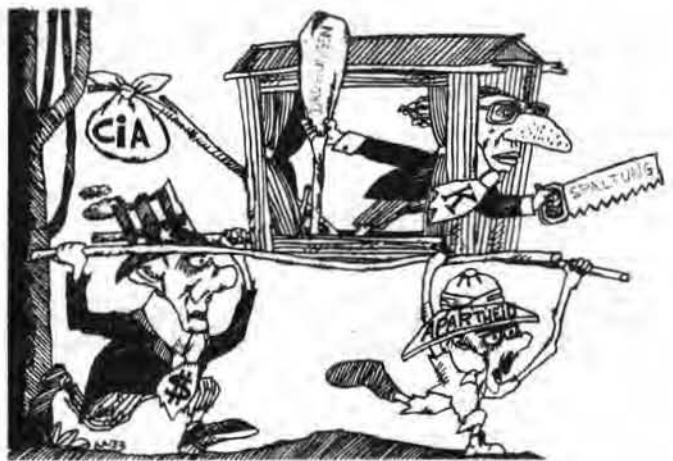
So ähnlich sehen alle Geschäftsinteressen in Rhodesien aus. Genauso wie auch die der britischen Firmen mit den Namen Lonrho und Tiny Rowland. Das sind die internationalen Finanzmächte die das Smith-Regime während all der Jahre finanziert haben und die hauptsächlich in Südafrika engagiert sind. Dort nämlich sind ihre ursprünglichen Niederlassungen. Von dort aus wurde auch dieser ganze Plan entwickelt und handelt Vorster als politische Marionette, wenn er Smith Instruktionen gibt. Was also in Zimbabwe passiert, passiert in Wirklichkeit in Südafrika.

Smith: Majoritätsregierung nicht in 1 000 Jahren

AIB: Können Sie den von Kissinger und Smith vorgelegten Rhodesienplan und seine Hauptziele erläutern?

I. NYATHI: Vor allen Dingen hat Smith die Mehrheitsregierung akzeptiert. Zum zweiten wurde die Schaffung eines staatsrates beschlossen, der sich aus 50 Mitgliedern, zur Hälfte Europäern, zur Hälfte Afrikanern zusammensetzt. Dieser Staatsrat soll als oberstes Gremium den Ministerrat ernennen. Und der Ministerrat soll eine afrikanische Majorität und einen afrikanischen Vorsitzenden erhalten. Die Entscheidungen dieses Ministerrates sollten mit 2/3 Mehrheit gefällt werden. Drittens sollte nach der Schaffung der Staatsversammlung und des Ministerrates der Guerillakrieg in Zimbabwe eingestellt werden. Viertens sollten die ökonomischen Sanktionen gegen Rhodesien aufgehoben werden. Das sind die ersten Bedingungen die dieser Plan enthält.

Wie unschwer zu erkennen ist, bestand das Hauptziel dieses Planes darin, das Smith-Regime zu legalisieren. Wenn das Smith-Regime erst einmal legalisiert wäre, sollten die ökonomischen Sanktionen aufgehoben werden. Als nächstes sollte der Guerillakrieg aufhören. In dieser Situation ist zu beach-



Kissingers Afrika-Reise und ...

ten, daß es der Guerillakrieg, der bewaffnete Kampf des Volkes von Zimbabwe war, der die gegenwärtigen Manöver zur Lösung des Zimbabwe-Konflikts überhaupt in Gang gesetzt hat.

Die westlichen Länder haben schon immer die Position Rhodesiens abgelehnt, schon seit 1965 als Smith die einseitige Unabhängigkeit erklärte. Sogar als sie sich zu einer Einigung bereit zeigten, hielten sie Smith für nicht akzeptabel. Obwohl es Smith nicht unterstützte, versuchte Großbritannien – ich glaube mehr als fünfmal – zu verhandeln; doch ungeachtet all dieser Versuche war es unmöglich, Smith zu Verhandlungen zu bewegen. Als letztes fanden die bekannten Verfassungsgespräche zwischen dem African Nation Council (ANC) und Smith, vor allem mit Joshua Nkomo, statt, die im März 1976 endeten. Sogar bis zum Ende dieser Verhandlungen hat Smith glattweg die Anerkennung der Majoritätsregierung innerhalb der nächsten 1 000 Jahre abgelehnt. Dann aber kamen ganz plötzlich seine Schutzherrn und befahlen ihm, was er zu tun habe und er gab nach.

So stellen sich die Ziele dieser Aktion wie folgt dar:

1. Die amerikanischen Investitionen im südlichen Afrika durch eine Normalisierung über die Legalisierung des Smith-Regimes zu retten.
2. Die Aufhebung der ökonomischen UN-Sanktionen zu erwirken und
3. den bewaffneten Kampf zu eliminieren.

Das waren die grundlegenden Hauptziele.

AIB: Trifft das Kissinger-Smith-Programm darüberhinausreichende Aussagen zur Wirtschafts- und Militärpolitik?
I. NYATHI: Ja, und zwar relativ konkret. Als einer von sechs Punkten ist im Smith-Plan ein Programm zur Abwicklung umfassender amerikanischer Investitionen im Lande vorgesehen. Dabei wurden Summen von bis zu 2 Mrd Dollar für die Finanzierung der ökonomischen Entwicklung und die Erhöhung des technologischen Niveaus genannt.

Wo die Schalthebel der Macht liegen

Für uns läuft das auf die Absicht hinaus, das Volk unseres Landes mit amerikanischer Unterstützung zu kaufen. Man versucht, die afrikanische Bevölkerung zu bestechen und den Europäern, die das Land verlassen wollen, Ausgleichszahlungen zu gewähren.

Aber woher nehmen sie das Geld für einen solchen Ausgleich? Es ist doch nicht so, daß die Amerikaner einfach die Tasche voll Geld hätten und das nun ausgaben. Im Gegenteil. Das ist das Geld Zimbabwes. Zimbabwe haben sie es weggenommen und wollen nun dieses, unser Geld, den Leuten geben, die das Land verlassen wollen. Und sie wollen sich Unterstützung innerhalb des Landes erkaufen.

Gemäß ihren vorgegebenen Bedingungen sollen der Verteidi-

gungsminister, der Minister für „Gesetz und Ordnung“ und der Polizeiminister, Weiße sein. Sehen Sie, das sind doch die Positionen, wo die Schalthebel der Macht liegen. Daher bleibt nach diesem Plan die effektive Machtausübung immer noch in Händen des Smith-Regimes. Wir sehen es so wie es ist. Das Smith-Regime wird einen Weißen zum Minister für „Gesetz und Ordnung“ ernennen. Unter diesen Bedingungen, sagten wir, ist dieser Plan unannehmbar.

AIB: Die ablehnende Erklärung der fünf afrikanischen Staatspräsidenten von Moçambique, Angola, Tansania, Sambia und Botswana fand allgemein große Beachtung. Wie ist ihre Einschätzung dieser Erklärung?

I. NYATHI: Die fünf Oberhäupter der Frontstaaten trafen sich mit unserem ANC-Präsidenten Joshua Nkomo und wir

britannien auf, eine verfassungsgebende Versammlung außerhalb Zimbabwes zusammenzuholen. Ihre Aufgabe sollte es sein, die Struktur und Funktion einer Übergangsregierung auf dem Wege zur Majoritätsherrschaft festzulegen.

Zum zweiten sollten wir schon zur Zeit der Übergangsregierung eine Verfassung für ein unabhängiges Zimbabwe schaffen. Drittens sollten wir der verfassungsgebenden Versammlung auftragen, die endgültigen Dokumente innerhalb eines Jahres und nicht etwa zweier Jahre, fertigzustellen und zu unterzeichnen. Erst dann hätten wir viertens die Mittel in der Hand, Frieden in Zimbabwe zu schaffen.

AIB: Heißt das, daß sich die Befreiungsbewegung von Zimbabwe voll mit der Haltung der afrikanischen Frontstaaten identifiziert oder gibt es feine Unterschiede?

I. NYATHI: Ja, die gibt es. Sehen Sie, das ist die Position der Staatsoberhäupter der 5 Frontstaaten, nicht etwa unsere Position. Das ist der Unterschied.

Was uns betrifft, so bittet man uns mitzumachen. Wir sind auch wenig daran interessiert, wenn Smith nun verkündet, dieses Abkommen, das ein Abkommen zwischen Smith und Kissinger war, sei keines gewesen. Es ist nicht unser Abkommen, wir hatten an der ganzen Sache keinen Anteil und wir sind nicht daran interessiert. Wir führen den bewaffneten Kampf unvermindert weiter und nichts wird uns aufhalten, bis Zimbabwe frei ist. Wenn die afrikanischen Staatsoberhäupter Großbritannien überreden sollten, eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen, werden wir dort hingehen. Doch ihre einzige Aufgabe kann es sein, die Mechanismen der Machtübertragung vom Minoritätsregime zur Majorität auszuarbeiten. Das ist unsere Position.

AIB: Hat es nicht seitens des Smith-Regimes in den 70er Jahren mit der südafrikanischen Bantustanpolitik vergleichbare Versuche einer Integration der schwarzen Mehrheit gegeben?

I. NYATHI: In der Tat hat Smith versucht, nach dem Beispiel Südafrikas die afrikanische Seite hinter Licht zu führen – also mit anderen Worten Bantustans im gleichen Stile zu schaffen. Aber Smith schaffte es nicht, das durchzuführen, da die ethnischen Gruppen in Zimbabwe nicht gleichermaßen getrennt sind wie in Südafrika, wengleich sie auch in Reservaten leben. Es ist jedoch nicht möglich, Gebiete abzugrenzen, die man als „Gebiete der Afrikaner“ links liegen lassen könnte. Die meisten dieser Reservate liegen isoliert um die Farmen herum, meist in den abgelegensten Gebieten, den besonders heißen und Tse Tse-verseuchten. Dort lebt der Großteil der Afrikaner Zimbabwes. Daher nannte Smith seine Politik Provinzialisierung. Er hat das Land in zwei Provinzen aufgeteilt, Matabeland und Mashonaland, obgleich es insgesamt eigentlich acht Provinzen gibt.



... der Inhalt des Plans K

erläuterten ihnen unseren Standpunkt. Daraufhin setzten sie ihre Bemühungen fort, eine Regelung auszuarbeiten und sie sagten uns, auch sie hielten diesen Plan für unannehmbar.

Die Gründe: Vor allem belasse der Plan weiter die effektive Machtausübung, insbesondere die Militärgewalt, Polizei- und Justizgewalt in europäischen Händen. Ihrer Ansicht nach führe die halbparitätische Besetzung des Staatsrates zur Lahmlegung des Entscheidungsprozesses, da der Vorsitzende an Abstimmungen nicht teilnehmen soll. Dies würde bedeuten, daß Entscheidungen unter allseitigem Konsens gefällt werden müßten, was schwierig wäre und bedeutete, daß dieses Gremium nicht entscheidungsfähig wäre. Desweiteren hielten sie die Aufhebung der Sanktionen und die Forderung nach Beendigung des Guerillakrieges für nicht akzeptabel.

Erklärung der 5 Staatsoberhäupter und die Position des ANC

Der ANC kann gesetzliche Regelungen nur dann gutheißen, wenn wir unter bestimmten Bedingungen in eine Übergangsregierung eintreten.

Wir akzeptieren eine Übergangsregierung, doch darf deren Amtsdauer 1 Jahr nicht überschreiten. Und schon in der Übergangsregierung muß die Mehrheitsherrschaft in der Regierungsstruktur repräsentiert sein; und zwar von Anfang an. Desweiteren können wir diesen Ablauf nur akzeptieren, wenn wir unsere eigenen Sicherheits- und Militärkräfte aufrechterhalten können. So wie in Moçambique die FRELIMO ihre eigene Armee unter Waffen hielt und in der Übergangsperiode mit den Portugiesen zusammen ihre bilaterale militärische Präsenz aufrechterhielt. Das ist das Minimum an militärischer Absicherung, das wir akzeptieren.

Die Staatsoberhäupter fällten nach dem Treffen eine Entscheidung über unsere 4 Punkte: zunächst forderten sie Groß-

Häuptlinge im Sold des Smith-Regimes

Smith hat einen Rat einberufen unter der Führung von Häuptlingen, der für diese beiden Gebiete eine Art Administrationsmaschinerie darstellen soll. Diese funktioniert jedoch nicht, da sie für Zimbabwe nicht praktikabel ist. Der Versuch, in Zimbabwe Bantustans zu errichten, trifft zudem auf psychologische Schwierigkeiten von anderer Art als in Südafrika. Die Apartheitspropaganda und Rassendiskriminierung in den Bantustans ist noch nicht in die Köpfe der Häuptlinge vorgedrungen. Sie haben eigentlich noch gar nicht kapiert, was das ganze soll. Deshalb wurde dieser Versuch in einem bestimmten Ausmaß von Mißerfolg begleitet und ist eine Parallele zwischen den beiden Integrationsversuchen von Zimbabwe und Südafrika nur bedingt angebracht.

AIB: Wie aber verträgt sich das, mit der erstmaligen Hereinnahme von einigen schwarzen Kollaborateuren in das Kabinett Smiths im Sommer 1976? Unseres Wissens waren das Häuptlinge ...

Erklärung der 5 afrikanischen Präsidenten



Die Verfasser der Lusaka-Erklärung vom 26. 9. 1976 (v. l. n. r.): Kaunda (Sambia), Neto (Angola), Nyerere (Tansania), Khama (Botswana) und Machel (Mocambique)

Der Kampf des Volkes von Zimbabwe, die afrikanische und internationale Solidarität in der Frage der Anwendung der Sanktionen, das koordinierte Vorgehen aller antikolonialistischen Kräfte und Staaten haben die Isolierung und den Zusammenbruch des illegalen und rassistischen Minderheitsregimes in der britischen Kolonie Südrhodesien herbeigeführt.

Die Präsidenten haben das Volk und die Kämpfer Zimbabwes begrüßt und beglückwünscht, deren harter und heroischer Kampf die Rebellen-Regierung und den Feind im allgemeinen gezwungen hat, die Unvermeidbarkeit des Grundsatzes der Mehrheitsherrschaft und die Notwendigkeit der sofortigen Bildung einer Übergangsregierung zur Kenntnis zu nehmen und zu akzeptieren, um dieses Prinzip anzuwenden. Die Siege, die das Volk von Zimbabwe in seinem bewaffneten Kampf errungen hat, haben so die gegenwärtig günstige Ausgangsposition zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung geschaffen. Das ist ein Sieg für ganz Afrika, für die ganze Menschheit und besonders für die Länder und Völker, die für die Befreiung des Brudervolkes von Zimbabwe Opfer brachten.

Jetzt, nachdem der Druck des bewaffneten Kampfes den Feind dazu gezwungen hat, den Grundsatz der Mehrheit als Bedingung einer sofortigen Unabhängigkeit zu akzeptieren, fordern die fünf Präsidenten die Kolonialmacht, die britische Regierung auf, unverzüglich eine Konferenz außerhalb Zimbabwes einzuberufen, auf der sich die wahren und legitimen

Repräsentanten des Volkes vereinen, um:

- a) die Zusammensetzung und die Wirkungsweise einer Übergangsregierung zu diskutieren;
- b) die Übergangsregierung zu bilden;
- c) die Modalitäten zur Einberufung einer verfassungsgebenden Vollversammlung zu diskutieren mit dem Auftrag, eine Verfassung für die Unabhängigkeit auszuarbeiten;
- d) die Grundlagen zu legen, auf denen der Frieden und eine normale Situation im Lande wiederhergestellt werden können.

Zur Erreichung dieser Ziele sind zwei Phasen vorgesehen. In der ersten Phase soll man sich mit der Bildung einer Übergangsregierung mit afrikanischer Mehrheit befassen. In der zweiten Phase soll die detaillierte Ausarbeitung der Verfassung für die Unabhängigkeit Zimbabwes erfolgen.

Die Präsidenten haben die von dem illegalen und rassistischen Regime präsentierten Vorschläge sorgfältig studiert. Sie würden im Falle ihrer Annahme zu einer erneuten Legalisierung der kolonialistischen und rassistischen Machtstrukturen führen. Alle Einzelheiten bezüglich der Zusammensetzung und der Funktionen einer Übergangsregierung müssen von der Konferenz entschieden werden.

Die fünf Präsidenten haben erneut ihr Engagement für die Befreiung Zimbabwes und für den bewaffneten Kampf bekräftigt. Der Kampf geht weiter.

(Quelle: Le Monde, Paris, 28. 9. 1976)

I. NYATHI: Ja, Smith hat einige Häuptlinge in Ministerien aufgenommen. So ernannte er zum Beispiel zwei afrikanische Häuptlinge zu Ministern für afrikanische Entwicklung in Matabeleland und Mashonaland. Desweiteren machte er zwei Stammeshäuptlinge zu Unterministern für dieselben Gebiete. Der Grund: Er hat einfach keine Angehörigen des Volkes von Zimbabwe gefunden, die zur Kollaboration mit ihm bereit waren. Also hat Smith zunächst einmal die Häuptlinge in Zimbabwe versammelt und diese Versammlung als den sogenannten Rat der Häuptlinge institutionalisiert. Innerhalb dieses Rates haben die Häuptlinge ihren eigenen Vorstand: die Oberhäuptlinge und den Präsidenten der Häuptlinge. Smith ging noch weiter: zunächst erhöhte er die Gehälter für Häuptlinge. Als die Häuptlinge noch nicht bezahlt wurden, galten sie als die traditionellen Führer des Volkes. Nun aber ernennt Smith sie und bezahlt sie.

AIB: Zu welchem Zeitpunkt wurde mit der neuen Häuptlingspolitik begonnen? Vielleicht können Sie auch deren Kompetenzen näher erläutern.

I. NYATHI: Der Provinzialrat der Häuptlinge wurde 1972 geschaffen. Seit damals stehen die Häuptlinge im Sold der Regierung. Sie sind nun fast Regierungsbedienstete und machen nur noch was ihnen die Regierung aufträgt. Sie sind nur noch Figuren, Befehlsempfänger der Regierung, unfähig zu

eigenen Entscheidungen. Deshalb hat Smith ihre Bezahlung noch erhöht. Sie pflegten bislang 60 Dollar als Honorar für jeden Redeauftritt zu bekommen, doch jetzt bekommen sie noch mehr. So sind sie zu einer der am höchsten bezahlten Gruppen von Leuten im Lande geworden und als solche kann Smith sie nun zu Ministern ernennen.

Schwarze „Minister“ als Werkzeuge der Rhodesischen Front

In Zimbabwe zum Minister ernannt zu werden bedeutet in dessen Mitglied der herrschenden Rhodesischen Front zu werden. Zwar sind sie jetzt Mitglieder der Rhodesischen Front, jedoch können sie nicht am Kongress der Rhodesischen Front teilnehmen. Als Minister sind sie in die Regierung der Rhodesischen Front integriert. Das zeigt, daß sie Werkzeuge sind und als solche benutzt werden. Die einzigen Werkzeuge, die Smith zu seinem Gebrauch findet, sind Leute die auf seiner Soldliste stehen. Bei dem Rest der Bevölkerung kann er keine Kollaborateure irgendwelcher Art finden, außer jenen, denen er seine Instruktionen gegen Bezahlung erteilt. Im Bereich des Militärs hat er Solderhöhungen für die afrikanischen Soldaten veranlaßt. Auch hierbei wur-

den die Häuptlinge zur Rekrutierung eingesetzt. Zum Beispiel kommen sie zu einem Häuptling und sagen ihm daß sie von ihm und bestimmten anderen Kollaborateuren 500 Soldaten innerhalb von zwei Monaten haben wollen. Wenn er sie nicht besorge, werde die Regierung gegen ihn vorgehen. Also beginnen die Häuptlinge unter Druck Leute zu sammeln. Wenn die Leute sich weigern, unterstützt das Regime die Häuptlinge. Zu Anfang wurden etliche von ihnen von ihren eigenen Leuten verprügelt. Mittlerweile schützen Armeeeinheiten die Häuptlinge und sie ziehen los, um die Leute einfach zu verhaften, anstatt sie normal zu rekrutieren. Auf diese Weise sind Menschen gewaltsam festgenommen und in Smiths Armee zwangsrekrutiert worden. Aber natürlich findet man angesichts der guten Bezahlung und der großen Arbeitslosigkeit im Lande auch Personen, die sich freiwillig rekrutieren lassen. So wird die gesamte Regierungsausübung durch Gewalt zusammengehalten.

Drastische Ausweitung des bewaffneten Kampfes

AIB: Können Sie den Aufschwung des bewaffneten Kampfes in den letzten Monaten näher beschreiben?

I. NYATHI: Eine bedeutende Intensivierung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe fand 1975/76 und speziell nach dem Scheitern der Gespräche zwischen Nkomo und Smith im Frühjahr 1976 statt. Starke Impulse ergaben sich aus der Befreiung von Moçambique und Angola. Dadurch wurde die Front für den Befreiungskampf quasi ausgeweitet.

Hatten wir in früheren Jahren nur einen Zugang zum Land, nämlich durch Sambia, so haben wir heute über 1 700 km entlang der Ostgrenze, weitere 1 000 km entlang der Westgrenze und dazu noch die sambische Seite.

So konnten die Einsatzgebiete auch flächenmäßig gesehen stark erweitert werden. Heute operieren wir mehr oder weniger im ganzen Land, von Westen nach Osten, von Osten nach Westen und von Norden nach Süden. Man kann heute nicht mehr sagen, daß die Einsätze in bestimmten Zonen stattfinden. Smith mag noch so sehr von Kriegszonen reden – es gibt sie nicht. Das ganze Land ist heute vollständig besetzt. Wir sind überall. Dieser Erfolg des bewaffneten Kampfes ist es,



Rhodesische Anti-Guerillatruppe

der Smith dazu veranlaßte, seine Taktik zu ändern. Nach dem Scheitern seines Versuches die Guerillas im Lande selbst zu schlagen, zieht sich Smith nun auf etwas zurück, das er gerne „Vergeltungsschläge“ nennt, nämlich auf eine Politik der Aggression gegen benachbarte afrikanische Staaten.

AIB: Rhodesische Truppen verübten Mitte August d. J. ein ungeheures Blutbad auf dem Boden Moçambiques gegen das Flüchtlingslager von Nyazonia. Ist der Hergang dieses „Vergeltungsschlages“ heute exakt rekonstruierbar?

I. NYATHI: Das war eine der barbarischsten Untaten, die dieses Regime je verübt hat: unschuldige Flüchtlinge in Moçambique zu ermorden. Es handelte sich um ein von ca. 6 000 überwiegend Kindern, Frauen und alten Männern bevölkertes Flüchtlingslager. Das gesamte Lager beherbergte nichts von militärischer Bedeutung. Es wurde durch das Internationale Rote Kreuz betreut, dessen Präsenz in diesem Gebiet den Zweck der medizinischen und humanitären Versorgung eben dieser Flüchtlinge hatte.

Nyazonia – ein Akt der Barbarei

Das Smith-Regime wählte dieses Gebiet für einen „Vergeltungsschlag“ unter der Führung von afrikanischen Söldnern, die früher für die Portugiesen die Kolonialgendarmen gespielt hatten und sich bei Abzug der portugiesischen Armee nach Rhodesien abgesetzt hatten. Sie kannten das Gebiet sehr gut, drangen heimlich nach Moçambique ein und zogen in Tarnuniformen in das Flüchtlingslager ein. Die Weißen in ihrer Begleitung hatten sich schwarz angemalt. Sie alle riefen FRELIMO-Slogans: „Viva FRELIMO“ etc. So brachten sie die unschuldigen Menschen zu der Auffassung, sie seien zur Vorbereitung der Feiern für den Jahrestag der Befreiung Moçambiques gekommen. Als sie die Rufe hörten, kamen auch die wachhabenden Offiziere des Lagers heraus, um sich



Massengrab in Nyazonia

der Feier anzuschließen, begannen Kinder auf die Lastwagen zu klettern usw.. Daraufhin brachten diese Barbaren ihre Waffen in Anschlag und begannen ohne Ansehen der Person alle, die sie treffen konnten, zu erschiessen. Sie haben dabei über 1 000 Menschen ermordet. Es war eine der schlimmsten Tragödien, das barbarischste Massaker, das es seit Beginn unseres Kampfes gegeben hat.

AIB: Wie sind derartige Untaten in die generelle Linie der derzeitigen Smith'schen Militärpolitik einzuordnen?

I. NYATHI: Das Schlimmste ist, daß solche Akte der Barbarei nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb des Landes stattfinden. Der einzige Grund weshalb das bisher noch nicht bekannt geworden ist, besteht darin, daß das Smith-Regime Journalisten das Reisen in diese Gebiete verbietet. Uns sind die barbarischen Akte der Zerstörung ganzer Dörfer im Nordosten des Landes bekannt; wir kennen Dörfer, die dem Erdboden gleichgemacht wurden auch im Südosten.

Diese Akte der Barbarei sind eine verzweifelte Reaktion des Regimes und der Versuch, das Volk von Zimbabwe einzuschüchtern und von der Unterstützung der Guerillas in ihrem bewaffneten Kampf abzuhalten. Doch bewirken sie das genaue Gegenteil. Die Menschen unterstützen weiterhin die Befreiungsbewegung und schließen sich in großer Zahl ihr an.

Mittlerweile ist das Smith-Regime in seiner Verzweiflung dazu übergegangen, westeuropäische, australische und neuseeländische Vietnamveteranen in großer Zahl anzuwerben. Sie haben eine Menge amerikanischer Offiziere eingestellt, die früher in Vietnam gekämpft haben. Erst kürzlich kamen

100 Neuseeländer an, um sich den Söldnerbanden im Land anzuschließen; ebenso eine Gruppe von Australiern. Und das Smith-Regime zahlt ihnen bis zu 800 Pfund wöchentlich.

Alpträume Kissingers und der Rassisten

Wo kommt dieses Geld her? Es ist der Reichtum unseres Landes, der für diese ungeheuren Kriegsanstrengungen in die Taschen dieser Söldner kanalisiert wird.

AIB: Also ist das aktuelle Manövrieren Kissingers und Smiths in Ihren Augen vor allem eine Falle zur Liquidierung der Befreiungsbewegung . . .

I. NYATHI: So ist es, denn trotz der steigenden Unterstützung durch die Söldner und die Westmächte für das Smith-Regime hat der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe mit jedem Tag an Macht zugenommen. Und genau das ist es, was Herrn Kissinger nicht mehr ruhig schlafen läßt.

Es steht fest, daß der bewaffnete Kampf, wenn er fortgeführt wird, über kurz oder lang Smith eine Niederlage bereiten wird. Und diese Herren wissen, daß sie mit Smiths Niederlage den größten Teil ihrer Einflußsphären und aller ihrer Investitionen in diesem Lande verlieren werden. Für sie ist der Zug abgefahren, er rollt und ist nicht mehr aufzuhalten. Was uns betrifft, so sind wir zuversichtlich und wir haben kein Interesse an Kissingers Geschäften oder an Smiths Konfliktlösung in den Verfassungsgesprächen mit Großbritannien. Wir werden unseren bewaffneten Kampf weiterführen und wir sind sicher, daß wir ihn gewinnen werden.

Chile

Seit im Frühsommer d. J. die US-Diplomatie mit großem Aufwand daranging, die Pinochet-Junta international wieder salonfähig zu machen, reißt das Gerede von einer angeblich tiefgreifenden Stabilisierung im Chile der Junta nicht ab. Im Mittelpunkt steht dabei die Behauptung, die Krise der Junta sei überwunden und die chilenische Wirtschaft befände sich auf dem Wege einer echten „Gesundung“. Welchen Wahrheitsgehalt das Stabilisierungsgerede tatsächlich hat, untersucht der Beitrag des chilenischen Wirtschaftsexperten Hugo Fazio, unter der Regierung Allende Vizepräsident der Zentralbank Chiles.

Hugo Fazio Mythos von der Stabilisierung der chilenischen Wirtschaft

Le Monde veröffentlichte in der zweiten Julihälfte d. J. drei Reportagen über Chile, denen der Sonderkorrespondent Charles Vanhecke den allgemeinen Titel „Der lange chilenische Winter“ gab, der sehr gut das harte Drama wiedergibt, das unser Volk unter dem Faschismus durchlebt. Le Monde hat mit einer Reihe von Artikeln wesentlich dazu beigetragen, viele Aspekte der gegenwärtigen chilenischen Wirklichkeit zu erhellen. Gerade deshalb ist es notwendig, auf einige in den letzten Reportagen enthaltene Ideen einzugehen, die sich nach dem Lesen im Bewußtsein festsetzen können, die jedoch nicht wirklich der Lage, in der sich Chile befindet, entsprechen.

Besitzt die Junta wirklich ökonomische „Trumpfkarten“?

Wir möchten unser Augenmerk besonders auf die Folgerungen richten, die man aus der Form ziehen kann, in der die erwähnten Reportagen ausgeführt sind. In ihnen werden die Ansichten von Befürwortern der Diktatur, welche die These

vertreten, daß die angewandte Wirtschaftspolitik die einzig mögliche sei, mit den Ideen von Kritikern derselben konfrontiert. Die Kritiker erkennen an, daß diese Politik bestimmte Trumpfkarten besitzt und es der Junta somit möglich sein werde, eine gewisse Stabilität zu erreichen, wenn gleich dies innerhalb des Rahmens einer Entnationalisierung der Industrie und der Konzentrierung der Produktion und der Einkommen geschieht — Merkmale, die sich zweifelsohne aus dem angewandten „Modell“¹⁾ ergeben. Wir werden somit andere Behauptungen, mit denen wir nicht übereinstimmen, unberücksichtigt lassen; darunter auch solche, die sich in unrealistischer Weise auf die Regierungsführung der Unidad Popular beziehen.

Aus der Konfrontierung der erwähnten Stellungnahmen kann man — unabhängig vom Standpunkt, von dem aus man die gegenwärtige wirtschaftliche Lage in Chile betrachtet — folgern, die Wirtschaft des faschistischen Regimes sei konkret in einen Erholungs- und Stabilisierungsprozeß eingetreten, innerhalb dessen sich in Zukunft gewisse Erfolge abzeichnen könnten. So betrachtet, ergeben sich bis zu einem gewissen

Grad Übereinstimmungen mit dem, was kürzlich der Wirtschaftsminister der Junta, Jorge Cauas, in Concepción äußerte, als er behauptete, daß „Chile bereits den Weg des ständigen Fortschritts und der wachsenden Verbesserung des Lebensniveaus der Bevölkerung angetreten hat“²⁾.

Diese Folgerungen stehen in keinem Verhältnis zur tatsächlichen Situation der chilenischen Wirtschaft, die sich Mitte 1976 in einer außerordentlich schweren Krise befindet, welche sich bereits über einen langen Zeitraum erstreckt und für die es seit über 40 Jahren keinen vergleichbaren Zustand gibt. Man darf nicht vergessen, daß diese Krise nach offiziellen Angaben im Jahr 1975 einen Rückgang des pro Kopf Bruttosozialprodukts von 16,5 Prozent bedeutet hat, was das Durchschnittsprodukt der Chilenen auf den Stand von Ende der fünfziger Jahre zurückwirft. Ein Verlust dieser Größenordnung bedeutet für ein Land eine Katastrophe von beträchtlichem Ausmaß und stellt es vor eine langjährige Aufgabe, allein um das Ausgangsniveau wieder zu erreichen. Betrachtet man die Entwicklung aller lateinamerikanischen Länder nach dem Zweiten Weltkrieg, so begegnet man keinem vergleichbaren Fall.

Anhaltende Produktionsrückgänge

Der Rezessionsprozeß der chilenischen Wirtschaft hat sich in der ersten Hälfte dieses Jahres fortgesetzt. Aus den von der „Sociedad de Fomento Fabril“ („Gesellschaft zur Förderung der Industrie“, Unternehmervverband, d. Red.) für die Handwerksindustrie angegebenen Produktionsziffern geht hervor, daß diese in den ersten vier Monaten von 1976 noch niedriger waren als die des gleichen Zeitraums 1975 und daß die Produktion im Vergleich zu 1972 um 21,6 Prozent gesunken ist.

Das Bauwesen und die Investitionen sind weiterhin im Sinken begriffen. Ein Beweis dafür ist, daß in einer kürzlichen Versammlung des Rates der Chilenischen Kammer für Bauwesen beschlossen wurde, „den Behörden ihre Besorgnis kundzutun, bezüglich des geringen Etats, der dem Ministerium für Bauwesen in diesem Jahr zugewiesen worden ist“. Dieser Etat, erklärten die Vorsitzenden, „ist sogar für eine angemessene Instandhaltung vom infrastrukturellen Besitz des Landes unzulänglich“³⁾.

Wir haben es also mit einem Land zu tun, das nicht nur weit davon entfernt ist, Entwicklungsarbeiten zu leisten, sondern außerdem nicht einmal die notwendigen Auslagen tätigt, um vorausgegangene Investitionen zu bewahren.

Auch im Bergbau ist ein Produktionsrückgang zu verzeichnen, der besonders in jenen inländischen Wirtschaftsbereichen offensichtlich ist, die nicht als Enklaven für den Export tätig sind, wie es beispielsweise beim Kupfer der Fall ist. In den ersten vier Monaten dieses Jahres ist die Bruttoförderung an Kohle um 40,1 % gesunken, was andererseits auch das Ausmaß der teilweisen Lahmlegung, mit der das Land zu kämpfen hat, anzeigt. Trotzdem erreichen die Kohlereserven – wie Pinochet selbst in einer Rede vor den Kohlearbeitern zugeben mußte – 640 000 Tonnen, viermal mehr als die als akzeptabel angesehene Menge.

Die Landwirtschaftsproduktion wird ihrerseits von dem Mangel an Betriebskapital, den hohen Kreditkosten, den gestiegenen Preisen für Düngemittel und in nicht geringem Ausmaß auch vom dramatischen Rückgang der Konsumkraft der Bevölkerung betroffen. Dies veranlaßte die Landwirtschaftskammer zur Feststellung, daß „wir in Arbeitsversammlungen mit Schrecken erkannten, daß in Chile immer weniger und unter schlechten Bedingungen produziert wird“⁴⁾.

In diesem Jahr ist die Anwendung von Düngemitteln wieder sehr gering gewesen, was sich negativ auf den Ertrag der kommenden Zeit auswirken wird und auch der zukünftigen Entwicklung der Landwirtschaft schadet. Aus den Statistiken



Verarmung prägt das Bild des heutigen Chile

der „Oficina de Planificación Agrícola“ – ODEPA (Büro für Landwirtschaftsplanung, d. Red.) geht hervor, daß der Konsum an Stickstoffdüngern in den ersten fünf Monaten d. J. um 48,1 % niedriger als der von 1974 war. Auf derselben Vergleichsbasis ist der Verbrauch an Phosphatdüngemitteln um 48,5 % und der von Kalidünger um 50,1 % zurückgegangen.

Die Importe erreichten im Zeitraum Januar bis Mai 1976 einen Monatsdurchschnitt von 112,6 Mio Dollar, während 1975 der Monatsdurchschnitt bei 150,9 Mio Dollar und 1974 bei 186,5 Mio Dollar lag. Diese Ziffern zeigen, worin der tatsächliche Inhalt der „Verbesserung“ der Zahlungsbilanz besteht, die das faschistische Regime so gerne anführt.

Die Mehrheit der Chilenen hat unter dieser Politik zu leiden. Ende Mai d. J. überreichten die Führer von zehn Gewerkschaftsorganisationen der Junta eine Bittschrift, in der sie beweisen, daß der Reallohn der Arbeiter auf keinen Fall um weniger als 55 % gesunken ist, wenn man von einem Vergleich ihres gegenwärtigen Konsumniveaus mit dem vom Januar 1973 ausgeht. Es wird hinzugefügt, daß im Mai 1976 das Mindestgehalt einschließlich der Zulagen bei 50 % der Arbeiter nicht einmal für die Hälfte der lebensnotwendigen Auslagen reichte.

Die Arbeitslosigkeit betrifft in realen Ziffern weit über 20 % der Arbeitskräfte.

Massenbankrotte des Kleinbürgertums zugunsten der „Krokodile“

Tausende von Kleinunternehmern der verschiedenen Wirtschaftszweige machten Bankrott. Um nur ein Beispiel zu nennen: In Arica, der Stadt, die sich zum wichtigsten Handwerksindustriezentrum im Norden des Landes entwickelt hatte, arbeiteten Mitte dieses Jahres nur noch 18 % der Kleinunternehmen, die Ende 1973 in Betrieb waren.

Aber die Krise trifft nicht nur die Kleinindustrie. In den letzten Monaten haben auch zahlreiche Industriebetriebe von beträchtlicher Größe Konkurs angemeldet oder ihre Tore geschlossen. Die Zeitschrift „Ercilla“ hat diese Situation in folgenden Worten zusammengefaßt: „Für viele Unternehmer liegt die Entscheidung jetzt nicht darin, zwischen der Kürzung der Arbeitszeit und der Löhne oder vorübergehenden Schließungen zu wählen – die weiterhin als mildere Maßnahmen fortbestehen –, sondern jetzt stellt sich die Alternative in härterer Form: technische Schließung (wobei die Struktur bis zu einer Wiedereroberung des Marktes bestehen bleibt); strategische Schließung (beispielsweise die Zusammenschließung von zwei Unternehmen); Schließung und Liquidation und schließlich der Konkurs“⁵⁾.



Das bedeutet, daß die Wirtschaftspolitik des Faschismus, die zu Gunsten einer kleinen Gruppe mit großen Wirtschaftsinteressen (der „Piranas“ und der „Krokodile“, um die in Mode gekommene Terminologie zu benutzen, die auch der dritten Reportage in Le Monde als Überschrift dient) und des multinationalen Kapitals durchgeführt wird, der großen Mehrheit der Chilenen schadet. Diese Politik hat die Strukturkrise, in der sich Chile befindet, extrem zugespitzt, was sich in der absoluten Unmöglichkeit ausdrückt, die zentralen Probleme des Landes zu lösen, solange die Herrschaft des Auslandskapitals, der Finanzoligarchie und der Großgrundbesitzer fortbesteht.

Unter diesen Umständen ist eine Stabilisierung einerseits unmöglich, weil es dazu notwendig wäre, die überwältigende Mehrheit der Chilenen zu unterwerfen – und die Fakten zeigen, daß dies nicht einmal unter der brutalen Herrschaft des faschistischen Regimes möglich war – und zum anderen, weil ihr eigenes „Modell“ notwendigerweise wieder zum Ausbruch von Folgen der bestehenden Widersprüche führen wird.

Junta-Anpassungsmanöver beleben Wucher und Spekulantentum

Die Anpassungsmaßnahmen der Politik des Faschismus, die von Zeit zu Zeit durchgeführt werden, haben ihren Ursprung in dieser Krise und sind ihr Ergebnis. Vor etwas über einem Monat wurde das letzte dieser ausgleichenden Manöver vorgenommen, welches spektakulär aufgemacht werden sollte, indem man den Peso „aufwertete“. „Aufwerten“ ist in Anführungszeichen gesetzt, da die nationale Währung seit der Zeit des Staatsstreiches bis zum Moment dieser Maßnahme um das 289,5 fache abgewertet worden war; in weit stärkerem Ausmaß also als die Verbraucherpreise stiegen. Dies wiederum führte zu einer indirekten Mehrbelastung der Verbraucher und zu einer Schädigung jener Unternehmen, die für den inländischen Markt produzieren, indem sie importierte Mittel weiterverarbeiten.

Mit dieser Maßnahme versucht die Junta die Importe zu stimulieren, was zu einer Verminderung der Notenausgabe führen würde, da zur Zeit der Hauptfaktor dafür der Devisenaufkauf der Zentralbank ist. Das wiederum hätte nach den Wirtschaftstheorien der Vertreter der Schule von Chicago, für die die Inflation nichts anderes als das Ergebnis des Wechselspiels bestimmter Geldvariablen ist, zur Folge, daß die Inflation im Vergleich zu ihrem jetzigen hohen Niveau beträchtlich gesenkt werden könnte (der Index der Verbraucherpreise stieg im ersten Halbjahr 1976 um 90,6 %). Der Importrückgang ist indessen nicht so sehr die Folge eines zu niedrig angesetzten Wechselkurses, sondern weit mehr das Ergebnis der teilweisen Lahmlegung der Wirtschaft des Landes und des Konsumrückgangs – Faktoren, die beide nicht verändert wurden und noch fortbestehen. Unter diesen Umständen kann ein Importwachstum nur dadurch erreicht werden, daß überflüssige Waren ins Land eingeführt werden, mit der entsprechenden Devisenverschwendung, oder besonders dadurch, daß die inländische Produktion, die die gleichen Bedürfnisse befriedigen könnte, verdrängt wird.

Eine echte Stabilisierung ist nicht in Sicht

Die Inflation wird unabhängig von den Konjunkturschwankungen andauern, da sich in der Politik des Faschismus selbst Elemente finden, die sie anregen. Auf der Währungsebene hat die Politik der Junta – da sie ihre Analysen auf dieses Gebiet konzentriert – das ständige Wachstum einer kleinen Gruppe von Monopolen begünstigt, die gerade im Kapitalmarkt riesige Gewinne durch Spekulationen machten. Die Zinssätze für kurzfristige Kredite lagen im April, Mai und Juni 1976 höher als der durchschnittliche Anstieg des Index der Verbraucherpreise. Die Zinssätze für Kredite erreichten einen monatlichen Durchschnitt von 11,9 %, während der Index der Verbraucherpreise um 11,3 % stieg. Da infolgedessen natürlich auch die Geldanlagen sehr hohe Zinsen abwarfen, wurden sie in normalen Produktionsbereichen eingesetzt, sondern zu Spekulationszwecken angelegt.

Dies ist die Realität der chilenischen Wirtschaft. Sie durchlebt unter dem Faschismus eine Katastrophe von beträchtlichem Ausmaß.

Viele Jahre werden notwendig sein, damit das Land sich von ihren negativen Folgen erholen kann.

Man kann unter diesen Umständen nicht damit rechnen, daß sie in kurzer Zeit ihre Trumpfkarten zeigt oder daß Stabilisierungsmerkmale auftreten. Stattdessen kann man aus der Entwicklung der chilenischen Wirtschaft eine völlig gegenteilige Folgerung ziehen, die für die Völker der Welt von großer Wichtigkeit ist, da sie die wirkliche Bedeutung des Faschismus und seine Unfähigkeit offenkundig macht, die Probleme des Landes und der Mehrheit der Bevölkerung zu lösen.

(Quelle: KP Chile, Boletín del Exterior, Nr. 19/September-Oktober 1976, o. O., S. 15–19)

Anmerkungen der Redaktion:

- 1) Vgl. J. F. Petras, Wirtschaftskonzeption und Repressionspolitik der chilenischen Junta, in: Antimperialistisches Informationsbulletin, Nr. 2/1976 und Prof. G. Becerra-Schmidt (Hrsg.), Chile heute. Wirtschaft und Menschenrechte, Frankfurt/M., April 1976
- 2) El Mercurio, Santiago, 19. 7. 1976.
- 3) El Mercurio, 17. 6. 1976.
- 4) El Mercurio, 23. 1. 1976.
- 5) Ercilla, Santiago, 30. 6. 1976.

Colombo-Aktionsprogramm, Teil II

mußte aus Platzgründen auf
AlB-Nr. 11-12/1976 verschoben werden

UNO-Seerechtskonferenz

Ohne ein konkretes Ergebnis ging am 17. September 1976 die fünfte Session der III. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen zu Ende. Auf der Tagung hatten rund 2 000 Vertreter aus insgesamt 145 Staaten um eine Neukodifizierung des internationalen Seerechts gerungen. Die Auseinandersetzungen verliefen ganz im Zeichen des Kampfes der Entwicklungsländer um eine „Neue Weltwirtschaftsordnung“, der auch auf einer Reihe anderer Staatenkonferenzen der letzten Zeit (UNCTAD-Konferenz in Nairobi, Weltbeschäftigungskonferenz in Genf) zusehends konkretere Formen annehmen. Mit der Verabschiedung der UN-Charta der ökonomischen Rechte und Pflichten der Staaten im Jahre 1974, die den Reichtum des Meeres als „Gemeinsames Menschheitserbe“ deklariert, ist ein deutlicher Zusammenhang zwischen umfassenderen Problemen der Neuordnung der Weltwirtschaft und dem spezifischen Problem des internationalen Seerechts hergestellt.

Als zentrales und weltwirtschaftlich bedeutsamstes Problem rückte während des Verlaufs der New Yorker Seerechtskonferenz die Frage der Modalitäten der Ausbeutung der materiellen und lebenden Meeresressourcen in den Mittelpunkt heftiger Auseinandersetzungen zwischen den Entwicklungsländern und den kapitalistischen Hauptländern.

Während die „Gruppe der 77“ darauf bestand, die Ausbeutung der Meeresschätze unter die Kontrolle einer universell anerkannten internationalen UN-Meeresbehörde zu stellen, beharrten die westlichen Industriestaaten auf dem freien Zugang der multinationalen Konzerne zum Abbau der Meeresressourcen. H. Kissinger drohte sogar kurz nach Konferenzbeginn an, die US-Administration würde gegebenenfalls amerikanischen Privatkonzernen einseitig und ohne eine völkerrechtlich bindende Regelung des Problems abzuwarten, gestatten, geplante Meeresboden-Bergbauprojekte voranzutreiben. Kissinger: „Wir können nicht hinnehmen, daß amerikanische Unternehmen von der Ausbeutung des Meeresbodens ausgeschlossen werden.“ (Süddeutsche Zeitung, 18. 8. 1976) Das verstärkte Drängen der US-Konzerne auf die freie Verfügungsgewalt über die Bodenschätze des Meeres steht im Zusammenhang mit der Orientierung auf die Erschließung neuer Energie- und Rohstoffquellen, die nach dem weitgehenden Verlust der billigen Ölquellen des Nahen Ostens nun als neues Druckmittel gegen das Streben der Entwicklungsländer nach der Umgestaltung des Weltrohstoffmarktes ins Feld geführt werden könnten. Die „Dritte Welt“ dagegen will die aus der Ausbeutung des Meeres zu erwartenden Einnahmen zu großen Teilen der Entwicklungshilfe zuführen.

In der Tat stellen die Rohstoffvorräte des Meeres ein riesiges Potential dar, das im Interesse der Lösung der Weltentwicklungsprobleme genutzt werden könnte. Die Erdölvorräte unter Wasser werden gegenwärtig auf 150 Mrd Tonnen geschätzt. Schon heute gewinnen die USA über 30 % ihres Ölbedarfs aus dem Meer. Die Erdgasvorräte unter Wasser belaufen sich auf eine ähnliche Höhe. Unschätzbar ist der Wert der sogenannten Manganknollen, die 10 % des Meeresbodens bedecken und die zu 25 % Mangan, 14 % Eisen, 1 % Nickel, 0,5 % Kupfer und 0,4 % Kobalt enthalten.

Obwohl die Interessenwidersprüche zwischen den Entwicklungsländern in Seerechtsfragen stärker zum Tragen kommen (z. B. zwischen Ländern mit Küstenlage und Binnenländern), ist es den westlichen Ländern nicht gelungen, die weitgehende Geschlossenheit und Solidarität der „Gruppe der 77“ aufzuweichen. „Geringes Echo auf die Vorschläge Kissingers“, berichtete diesbezüglich das konservative Finanzblatt Neue

Zürcher Zeitung am 21. 9. 1976 resignierend. Wenngleich eine neue Seerechtskonvention von der fünften Session noch nicht verabschiedet werden konnte, so würde eine nochmalige negative Haltung der kapitalistischen Staaten auf der sechsten Session, die am 23. 5. 1977 wiederum in New York zusammentritt, nur noch um den Preis eines weiteren Prestigeverlustes in der „Dritten Welt“ möglich sein.

Iran

Auf dem 9. Jahreskongreß von Amnesty International im September d. J. sind erneut schwere Vorwürfe hinsichtlich der Verletzung der Menschenrechte im Iran erhoben worden: „Das französische Vorstandsmitglied Marie-Josée Protais erklärte in einem Interview, die Menschenrechte würden im Iran in einer Weise mißachtet, die vielleicht schlimmer sei als in irgendeinem anderen Land der Welt. Die Zahl der in Persien inhaftierten politischen Gefangenen betrage mindestens 25 000. Man vermute sogar, daß sie in Wirklichkeit bei 100 000 liege.“ (Süddeutsche Zeitung, 27. 9. 1976). Es wurde betont, daß es im Iran besonders ausgeklügelte Foltermethoden gebe und in den letzten Jahren die meisten Hinrichtungen von politischen Gefangenen unter allen diktatorischen Regimes der Erde vorgenommen worden seien.

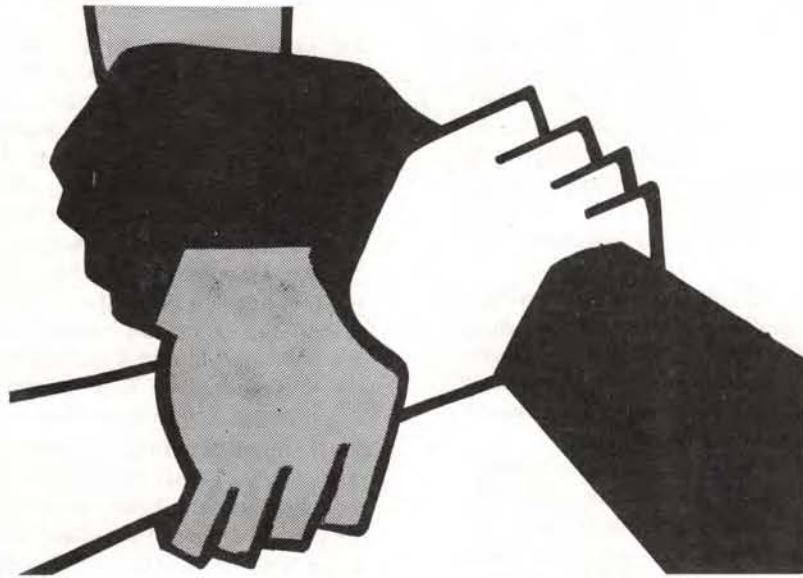
Nach einem Bericht der Internationalen Juristenkommission (IJK, Sitz in Genf) wurden seit 1971 offiziell 75 Oppositionelle hingerichtet; höher noch liegt allerdings die Zahl derer, die gleich bei ihrer Verhaftung oder bei angeblichen „Fluchtversuchen“ erschossen wurden bzw. unter der Folter starben.

Die Internationale Juristenkommission weist insbesondere auf die zentrale Rolle des berüchtigten iranischen Geheimdienstes SAVAK bei der Verfolgung von Regimekritikern hin. Der SAVAK, dessen Agenten vom israelischen Geheimdienst und vom US-Geheimdienst CIA ausgebildet werden, untersteht direkt dem Schah, ist nur diesem verantwortlich. In dem Bericht der IJK heißt es, daß sich die Tätigkeit des SAVAK keineswegs nur auf den Iran beschränkt. „Der SAVAK operiert“, so die Frankfurter Rundschau vom 20. 5. 1976, „in aller Welt, wo sich Verbände iranischer Studenten befinden oder wo der Iran nationale Interessen zu haben glaubt“.

Nachdem ein Beauftragter des SAVAK in der Schweiz sein Handwerk derart offen ausübte, daß er schließlich von den Behörden ausgewiesen werden mußte, wurden inzwischen die Beweise erbracht, daß der Geheimdienst des Schah auch in der BRD persische Oppositionelle jagt. So legten Gegner des Regimes der Presse ein Telegramm des führenden SAVAK-Mannes Sabeti an das Europa-Büro des SAVAK in Genf vor, aus dem hervorgeht, daß eine Reihe von Agenten zum 14. Kongreß der Conföderation Iranischer Studenten (CISNU) am 4. 1. 1973 in die BRD entsandt wurde. Der Berliner Extra Dienst veröffentlichte weitere Dokumente, die genaue Anweisungen für den Einbruch in die Wohnungen von Oppositionellen enthalten und die beweisen, daß iranische Militärangehörige im Ausland zur „Erfüllung der Informationsbedürfnisse“, im Grunde also zur Spionage, verpflichtet werden (siehe Berliner Extra Dienst, 7. 9. 1976).

Ob allerdings die Bundesregierung gegen die Praktiken des SAVAK ernsthaft einzuschreiten gedenkt, muß bezweifelt werden: Wie Ausweisungsdrohungen gegen fortschrittliche Perser zeigen, ist ihr eher daran gelegen, die guten Beziehungen zum Folter-Regime in Teheran aufrechtzuerhalten, damit der Strom des iranischen Erdöls weiter ungestört fließt.

Neue Abonnenten für's AIB werben!



Zeitschriften wie das AIB brauchen die Unterstützung ihrer Leser, sei es durch Kritik und Anregungen oder sei es durch die Werbung neuer Abonnenten, die – wie unsere Leserumfrage im letzten Jahr zeigte – zum übergroßen Teil von Lesern, Freunden oder Abonnenten des AIB gewonnen werden.

Das AIB möchte nun mit seiner Aufforderung „Neue Abonnenten für's AIB werben“ sowohl den Werbern Dank sagen, als auch Anstoß geben, noch mehr Abonnenten zu gewinnen.

Für einen neuen Abonnenten setzt das AIB Buch- oder Schallplattenprämien aus. Voraussetzung für die Prämie ist, daß die Abonnement-Gebühren für 1 Jahr überwiesen wurden, beide Namen und Anschriften vollständig eingetragen sind und die Unterschrift nicht vergessen wurde.

Für einen Abonnenten:

H. Abdel Hadi u. a., Die BRD, Israel und die Palästinenser
H.-J. Hennecke, Adelante Argentinos!
P. Schütt, Vietnam – 30 Tage danach
Paulo Freire, Pädagogik der Solidarität
E. M. Kohl, Pablo (Chilenisches Kinderbuch)
E. Hackethal, Kreuzweg Chile. Christen, Kirche und Klassenkampf vor und nach dem Militärputsch
Protokoll des Tribunals gegen Kolonialismus und Apartheid im Südlichen Afrika – Bonn 1975
P. Khalatbari, Ökonomische Unterentwicklung
J.-L. Schmidt, Entwicklungsländer

Für zwei Abonnenten:

E. R. Greulich, Olga Benario, Geschichte einer deutschen Revolutionärin in Brasilien
M. Uschner, Lateinamerika – Schauplatz revolutionärer Kämpfe
S. Ramirez, Viva Sandino. Leben und Tod des ersten lateinamerikanischen Guerillaführers
K. M. Schreiner, Sklave im eigenen Land. Unterdrückung und Widerstand im Südlichen Afrika
E. Galeano, Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart
S. I. Tjulpanow, Politische Ökonomie und ihre Anwendung in den Entwicklungsländern
Ali Primera, Venezuela. Lieder aus Lateinamerika
Isabel und Angel Parra, La Pena de los Parra. Lieder aus Chile

Ich habe für ein AIB-Abonnement gewonnen:

Name:

Anschrift:

Meine Adresse:

Name:

Unterschrift:

Buchwunsch: